

Ausgabe 3
Juni 2025
9,00€ (DE)



Surplus

Das Wirtschaftsmagazin

Wir
kümmern
uns

Neoliberale schaffen
einen Staat, der die
Menschen allein lässt.
Doch es braucht gemein-
same Fürsorge.

Joseph Stiglitz
Freiheit statt
Monopolkapitalismus

Melinda Cooper
Der Neoliberalismus
und die Familie

Thomas Piketty
Die Kolonialschulden
von Frankreich

Aktuelle Artikel, Analysen und Kolumnen auf surplusmagazin.de



Europa und China müssen sich gegen Trump gemeinsam wehren

Trumps Zollkrieg zerstört den Multilateralismus. Das kann für Europa und China auch eine Chance sein, meint *Marcel Fratzscher*.



Ende des 8-Stunden-Tags: Arbeit braucht Grenzen

Die neue Bundesregierung will die tägliche Höchstarbeitszeit aufweichen. Das würde die Arbeit gefährlich entgrenzen, meint *Johanna Wenckebach*.

Umweltkatastrophen stärken die extreme Rechte

Nach dem Olivenbaumsterben in Apulien ist die extreme Rechte aufgestiegen. Der Fall verdeutlicht: Resilienz braucht Infrastruktur in der Breite, analysiert *Max Hauser*.

Vermögensungleichheit nach Migration

Wie viel Vermögen Menschen in Deutschland aufbauen, hängt statistisch auch von der Herkunft ab, zeigen *Rudolf Faininger* und *Svenja Flechtner*.

CEOs als Minister

Drei Millionäre und Konzernchefs übernehmen Ministerien in der neuen Bundesregierung. Das ist ein ökonomisches wie demokratisches Problem, meint *Xenia Miller*.

Kaum Aufklärung bei Cum-Cum

Der Cum-Cum-Steuerbetrug ist nach wie vor nicht aufgeklärt. Wenn nicht gehandelt wird, entgehen dem Staat Milliarden, zeigen *Anne Brorbilker* und *Konrad Duffy*.

Kolumnen



Eine Kettensäge für Europa? Das Gegenteil wäre richtig

Die EU steht wirtschaftlich vor großen Herausforderungen. Das erfordert umso mehr Anstrengung, meint *Mariana Mazzucato*.



Trump ist ein verhindertes Kolonialherrscher

Die Zollpolitik Trumps reagiert auf den ökonomischen Niedergang der USA. Dagegen braucht es eine Reform des IWF und der Weltbank, meint *Thomas Piketty*.

Diese und viele weitere Texte findest du auf www.surplusmagazin.de
Folge uns auch unter [@surplusmagazin](https://twitter.com/surplusmagazin) auf:

Instagram

X

Threads

YouTube

Mastodon

LinkedIn

Editorial

Vom sorglosen zum sorgenden Staat

»Nicht staatliche Fürsorge, sondern mehr Eigenverantwortung ist gefragt, wenn wir den Herausforderungen der nahen Zukunft gerecht werden wollen«, erklärte Friedrich Merz während der Energiepreiskrise – um im selben Atemzug seine angebotsseitige Politik zugunsten der Unternehmen zu wiederholen.

Dabei hat sich der Staat aus der sozialstaatlichen Fürsorge immer weiter zurückgezogen. Der Fachkräftemangel in diesen Branchen spricht für sich: 1999 kamen auf jede Pflegekraft durchschnittlich 3,2 Pflegefälle, 2023 waren es 4,5 Fälle – ein Anstieg um über 40 Prozent, Tendenz steigend. Ähnlich ist es bei den Jüngsten. In Kindertagesstätten fehlen über 300.000 Fachkräfte, was zu chronischer Überlastung von Sorgearbeitenden führt, wie [Viktoria Reich](#) in der Reportage dieser Ausgabe zeigt.

Dieser sorglose Staat erklärt Fürsorge zur »Eigenverantwortung«. Das belastet vor allem Frauen, die nach wie vor einen Großteil der Sorgearbeit stemmen müssen. Die Politökonomin [Melinda Cooper](#) erklärt im Interview, wie ein »stummer wirtschaftlicher Zwang« die familiären Abhängigkeiten erhöht – nicht nur innerhalb der Kernfamilie, sondern auch im erweiterten Verwandtschaftsnetzwerk. Denn im Zuge des neoliberalen Umbaus des Staates hat die Fürsorge einen hohen Preis: mehrere hundert Euro im Monat sind es für Kita-Plätze, für Pflegeplätze mehrere tausend Euro.

Diese neoliberale Familienpolitik beruht auf der neoliberalen Theorie der Familie: So betrachtet der Ökonom und Nobel-Gedächtnispreisträger [Gary Becker](#) die Familie als Wirtschaftseinheit zur Produktion langlebiger Konsumgüter (Kinder), wo sich der Staat – wie bei Firmen – mit Eingriffen zurückhalten solle, wie [Max Hauser](#) in dieser Ausgabe beschreibt. Dabei zeigt jede Kindertagesstätte, wie irrsinnig auch bei der Sorgearbeit das blinde Vertrauen auf Individuum und Markt ist: In jeder Kindertagesstätte kümmert sich eine Fachkraft um mehrere Kinder. Aus dieser gemeinsamen Fürsorge folgen enorme Skalen-, Arbeitsteilungs- und Multiplikatoreffekte. Sie sind die ökonomische Voraussetzung für eine gerechte Verteilung der Sorgearbeit in der Zukunft.

Doch die Politik zementierte in den letzten Jahren etwa mit dem Ehegattensplitting und dem Elterngeld die Geschlechterungleichheit, wie [Jo Lücke](#) analysiert. Unter Schwarz-Rot wird sich voraussichtlich nicht viel ändern, meint [Britta Sembach](#). Das kürzlich von der Familienministerin [Karin Prien](#) vorgestellte Familienpflegegeld zeigt, dass Schwarz-Rot Familien und Frauen noch stärker in die »Eigenverantwortung« nehmen will.

Was es stattdessen braucht, liegt auf der Hand: einen Staat, der alle entlastet – jene, die keinen bezahlbaren Kita- oder Pflegeplatz finden, jene, die in der Kita und der Pflege arbeiten, und jene, die sich selbst um die Jungen und Alten kümmern wollen. Kurzum: Wir brauchen einen sorgenden statt einen sorglosen Staat.



LUKAS SCHOLLE
ist Ökonom, Gründer und
Chefredakteur von Surplus.

Viel Spaß bei der Lektüre

Lukas Scholle

Wir kümmern uns

Kaputte Kitas *Viktoria Reich*



Ausgabenschwerpunkt: *Familie und Care-Arbeit*

1
Vom sorglosen zum sorgenden Staat
Lukas Scholle

4
»Wo der neoliberale Staat versagt, sollen Frauen einspringen«
Hat der Neoliberalismus die traditionelle Familie zerstört? Das Gegenteil ist der Fall, meint die Soziologin *Melinda Cooper* im Interview mit *Maxine Fowé*



»Wo der neoliberale Staat versagt, sollen Frauen einspringen.«
Melinda Cooper

10
Die falschen Erfolge der Sorgepolitik
Elterngeld und Ehegattensplitting wurden einst als Meilensteine der Gleichstellung verkauft. Doch sie haben bestehende Ungleichheiten verschärft. Von *Jo Lücke*

12
Die Familienpolitik von Schwarz-Rot löst keine Probleme
Für echte Gleichstellung braucht es höhere Löhne und eine gerechtere Verteilung von Sorgearbeit. Die Pläne von Schwarz-Rot werden dafür nicht reichen. Von *Britta Sembach*

14
Der Kampf um die Familie
Während Fürsorge immer warenförmiger wird, wollen extreme Rechte zurück in die Vergangenheit. Von *Friederike Beier*

17
Wer kümmert sich?
In Deutschland übernehmen oft Mütter die Care-Arbeit. Ein Blick in die Statistik zeigt: Vor allem alleinerziehende Frauen sind strukturell benachteiligt.

18
Kaputte Kitas
In Deutschland fehlen knapp hunderttausend Erzieher, Kitas sind überlastet. Das wird für Kinder, Eltern und die Wirtschaft zum Problem. Von *Viktoria Reich*



24
Kita-Politik ist der Schlüssel
Investitionen in die Kinderbetreuung helfen nicht nur gegen Ungleichheit. Sie fördern auch Bildung, Integration und Wachstum. Von *Katharina Spieß*

26
Kämpfe um Gleichstellung
Frauen und queere Menschen kämpfen seit mehr als 200 Jahren für ihre Rechte. Diese Kämpfe drehen sich oft um Eigentum, Sorgearbeit und die Institution der Familie.

28
Das Private ist ökonomisch
Der Neoliberalismus entdeckte dank des Ökonomen Gary S. Becker die Familie als Wirtschaftseinheit und Alternative zum Wohlfahrtsstaat. Das hat auch in Deutschland Spuren hinterlassen. Von *Max Hauser*

32
Die Entdeckung unsichtbarer Arbeit
Silvia Federici prägte die Theorie von Geschlecht, Arbeit und Familie wie keine andere. Dass heute selbstverständlich von Sorgearbeit gesprochen wird, ist ihr Verdienst. Von *Xenia Miller*

37
Pflegefall Boomer
Die Boomer gehen bis spätestens 2032 in Rente. Das könnte zu einer noch stärkeren Überlastung des Pflegesystems führen.

32 *Silvia Federici:*
Die Entdeckung unsichtbarer Arbeit

38

»Angstmindernde Wirtschaftspolitik schafft gute Arbeitsplätze«

Markus Marterbauer war Chefökonom der österreichischen Arbeiterkammer und ist nun sozialdemokratischer Finanzminister in Österreich. Im Interview erklärt er, wie er trotz Kürzungen Vertrauen zurückgewinnen will. Geführt von *Lukas Scholle*

42

Klima: Erneuerbare Energie reicht nicht aus

Der Kampf um eine klimagerechte Wirtschaft dreht sich vorwiegend um den Stromsektor. Doch für Klimaneutralität wird das nicht reichen. Von *Caro Rübe*

46

Das »fiskalische Ökosystem«

Schattenhaushalte sind keine Ausnahme, sondern seit Jahrzehnten fester Bestandteil der Staatsfinanzen. Sie spiegeln die deutsche Geschichte. Von *Steffen Murau* und *Moritz Kapff*

50

Wege zur Freiheit

Der heutige Kapitalismus ist weit davon entfernt, faire Wettbewerbsmärkte zu schaffen. Die Monopolmacht verhindert überall Innovationen und befeuert die Ungleichheit. Von *Joseph Stiglitz*

55

Der Preis der Klimakrise

Warum der Emissionshandel versagt, die Wirtschaft gefährdet und die AfD stark macht. Von *Maurice Höfgen*

56

Seit 200 Jahren hält Frankreich Haiti in Armut

Haiti ist eines der ärmsten Länder der Welt und steckt in einer schweren humanitären Krise. Frankreich sollte seine 30 Milliarden Euro Kolonialschulden bei Haiti begleichen. Von *Thomas Piketty*

58

Pakistan zwischen Krieg, Klimawandel und Kapitalflucht

Pakistan befindet sich an der Schwelle eines Krieges mit Indien. Auch ökonomisch hat das Entwicklungsland große Turbulenzen hinter sich: Ein Schuldenschnitt würde helfen. Von *Patrick Kaczmarczyk*

38

»Angstmindernde Wirtschaftspolitik schafft gute Arbeitsplätze« *Markus Marterbauer*



56

Seit 200 Jahren hält Frankreich Haiti in Armut
Thomas Piketty

Mitwirkende



Adam Tooze
Herausgeber



Isabella Weber
Herausgeberin



Maurice Höfgen
Herausgeber



Lukas Scholle
Chefredakteur



Thomas Piketty
Kolumnist



Mariana Mazzucato
Kolumnistin



Matthias Ubl
Chef vom Dienst



Maxine Fowé
Redakteurin



Max Hauser
Redakteur



Patrick Kaczmarczyk
Redakteur



Caro Rübe
Redakteurin



Markus Stumpf
Creative Director



Xenia Miller
Redakteurin

Autorinnen und Autoren



Britta Sembach



Katharina Spieß



Joseph Stiglitz



Friederike Beier



Jo Lücke



Victoria Reich



Steffen Murau



Moritz Kapff



MELINDA COOPER
ist Professorin an der School
of Sociology der Australian
National University und Autorin
des Buchs »Family Values:
Between Neoliberalism and
the New Social Conservatism«.

»Wo der neoliberale Staat versagt, sollen Frauen einspringen«

Familie

Hat der Neoliberalismus die traditionelle Familie zerstört? Das Gegenteil ist der Fall, meint die Soziologin **Melinda Cooper** im Interview mit *Maxine Fowé*

Frau Cooper, viele Menschen haben das Gefühl, dass die Institution der Familie in der Krise steckt. Warum ist das so?

Die Familie befindet sich immer in der Krise. Es ist schwierig, einen Moment in der modernen politischen Geschichte zu finden, in dem nicht über eine Krise der Familie diskutiert wurde. Vielleicht waren die 1950er Jahre eine Zeit der Stabilität, doch die Debatte um eine Krise der Familie ist praktisch allgegenwärtig. Meist geht sie einher mit einer Debatte über die Krise der Männer oder der Männlichkeit. Selten gibt es eine Krise der Frauen oder der Weiblichkeit. Stattdessen werden Frauen vielmehr für die Krise verantwortlich gemacht.

Sie argumentieren, dass diese vermeintliche Krise Ausdruck sich verschiebender Hierarchien innerhalb der Familie ist.

Genau. In der fordistisch-keynesianischen Ordnung der Nachkriegszeit waren die Löhne der männlichen »Breadwinner« (Alleinvertreiber) und die damit verbundenen Einschränkungen der Frauen beim Zugang zu Sozialleistungen und Erwerbsbeschäftigung von entscheidender Bedeutung. Der Keynesianismus basierte stets auf strengen demografischen Annahmen; Leistungen waren immer strikt reglementiert und an Bedingungen geknüpft. In diesem »keynesianischen Pakt« wurde der lohnarbeitende Mensch immer als der weiße männliche Staatsbürger gedacht. Frauen wurden lediglich als legitime Unterhalts-

berechtigte angesehen, als die klassische Ehefrau. Unverheiratete Frauen, Gastarbeitende in Europa oder afroamerikanische Menschen waren nie Teil dieses Paktes.

Warum geriet das keynesianische »Breadwinner«-Modell ins Wanken?

Wenn unverheiratete Frauen oder nicht-weiße Frauen Sozialleistungen fordern oder wenn verheiratete Frauen in den Arbeitsmarkt (wieder-)eintreten und gleiche Löhne verlangen, wie es ab den 1970er Jahren der Fall war, dann ist die gesamte ökonomische Grundlage dieses Breadwinner-Modells bedroht. Meiner Ansicht nach war es sinnvoll, mich in meinem Buch *Family Values* auf die 1970er Jahre zu konzentrieren, denn jede Analyse der Kapitalismuskrisis in diesem Jahrzehnt ist auch eine Analyse der Krise der Familie. Neoliberale Denker sahen die Familie eindeutig als Barometer für die kapitalistischen Verhältnisse insgesamt. Daher beinhaltete ihre Antwort auf die Kapitalismuskrisis unter anderem den Versuch, die Institution Familie auf eine neue Grundlage zu stellen.

Sie schreiben, dass die neoliberale Konterrevolution auch eine Gegenreaktion auf emanzipatorische Gruppen wie die Black Panthers Party oder die Lesben- und Schwulenbewegung war.

Wenn man sich den Krisendiskurs der 1970er Jahre genauer ansieht, findet man Menschen, die bis Ende der 1960er Jahre mit dem besagten keynesianischen Konsens einver-

standen waren – und sich dann plötzlich dagegen wandten. Sie beklagten eine Inflation der Ansprüche, ein »Zuviel an Demokratie«. Sie argumentierten, dass der keynesianische Wohlfahrtsstaat begonnen habe, Lebensweisen zu subventionieren, für die er nie gedacht war: Massenarbeitslosigkeit, Müßiggang, Abkehr von der Familie.

Die sozialen Bewegungen der späten 1960er und frühen 1970er Jahre wurden – oft ohne es zu merken – durch den expandierenden Wohlfahrtsstaat ermöglicht. Diese Bewegungen setzten sich aktiv dafür ein, die Sozialleistungen großzügiger und weniger an Bedingungen geknüpft zu gestalten, indem sie für den Zugang von Schwarzen, Migranten, geschiedenen Frauen und anderen kämpften und dafür vor Gericht zogen. Das Ergebnis war ein Sozialsystem, das auf eine Weise funktionierte, die sich die Mainstream-Keynesianer nie vorgestellt hatten.

Warum war ein Wohlfahrtsstaat für alle nicht möglich?

Wir neigen dazu, nur zwei Alternativen zu sehen: das Familienverantwortungsmodell des Neoliberalismus, bei dem der Staat die Kosten der Care-Arbeit aufs Private, also in die Familie überträgt, oder eben das keynesianische Familien-Lohnsystem, bei dem der Staat die Care-Arbeit von Frauen indirekt über die Ehemänner subventioniert.

Der keynesianische Wohlfahrtsstaat subventioniert die Care-Arbeit in der Familie, knüpft aber gleichzeitig strenge normative Bedingungen an Frauen: Sie müssen mit einem Mann verheiratet sein, um über ihn eine Art Lohn zu erhalten, und drohen andernfalls in extreme Armut zu stürzen. Frauen lehnten diese heterosexuelle Abhängigkeitsbeziehung massenhaft ab, als sie in den 1960er und 1970er Jahren verstärkt wieder in den Arbeitsmarkt eintraten. Der Neoliberalismus ist eine kapitalistische Anpassung an diese Entwicklung. Er akzeptiert die Arbeit von Frauen außerhalb des Haushaltes, wenn auch nur zu ungleichen Bedingungen und zu ungleichen Löhnen. Und er akzeptiert ein breiteres Spektrum »nicht-normativer« Verwandtschaftsbeziehungen. Dennoch bürdete beide Systeme die extreme Last der unbezahlten Care-Arbeit den Frauen auf.

Sowohl der Neoliberalismus als auch der Keynesianismus fördern die Familie, wobei sie allerdings unterschiedliche Beziehungen zwischen Staat und Familie vorschreiben. Es muss aber darum gehen, eine Alternative zu diesen Modellen zu finden. Die sozialen Bewegungen der 1970er Jahre haben dies getan. Doch ihre Forderung nach einem bedingungslosen armutsfesten Lohn war für den kapitalistischen Staat einfach nicht tragbar.

In Ihrem Buch »Family Values« kritisieren Sie Argumente aus der Linken, der Neoliberalismus führe zur Zerstörung der Familie.

Die Vorstellung, Wirtschaftsliberalismus – oder Neoliberalismus – stünden im Widerspruch zur Familie, ist einfach falsch. Der Wirtschaftsliberalismus braucht die Familie als fundamentale Quelle ökonomischer Sicherheit; die Familie entbindet den Staat von der Verantwortung für Sozialleistungen und Fürsorge.

Solange sich Linke nur auf den Wirtschaftsliberalismus in einer idealisierten Form konzentrieren, fördern

sie letztlich eine Form des linken Sozialkonservatismus, in dem Widerstand gegen den Kapitalismus mit einer Wiederherstellung der Familie und sozusagen eine »Wieder-Inwertsetzung« der Rolle der Frau innerhalb der Familie einhergeht. Diese Politik nimmt zunehmend eine demografisch-pronatalistische Form an. Es herrscht die weit verbreitete Sorge, Frauen seien überqualifiziert und selbstverwöhnt geworden und vernachlässigten daher ihre essenziellen Pflichten gegenüber Familie und Nation. Auf diese Weise argumentiert beispielsweise Dustin Guastella, der Ex-Vorsitzende der Democratic Socialists of America.

Dahinter steckt auch eine lange Rechtstradition ...

Ja. Es handelt sich um eine langjährige Praxis in der Armutsbekämpfung, die bis zu den Armengesetzen aus der Zeit Elizabeths I. zurückreicht. Damals konnte die Gemeinde von einem Familienmitglied verlangen, die Unterhaltskosten für bettelnde, obdachlose oder psychisch kranke Familienmitglieder zu tragen. Diese Idee wurde Teil des britischen Common Law und bildete die Grundlage für klassisch liberale Ansätze der Sozialpolitik seit dem 19. Jahrhundert – sei es mit der Verabschiedung der drakonischen New Poor Laws in England oder diversen anderen Versionen davon in anderen Ländern. In der liberalen Tradition der Armutsbekämpfung stand hinter der persönlichen Verantwortung stets die absichernde Verantwortung der Familie, sozusagen als »letzte Rettung«.

Warum waren neoliberale Juristinnen und Juristen die ersten, die die Ehe für queere Menschen forderten?

Als in den 1980er Jahren die gleichgeschlechtliche Ehe für viele noch undenkbar war, forderten neoliberale Juristen sie bereits – mit dem Ziel, die finanzielle Bürde von der öffentlichen auf die private Sphäre zu verlagern. Sie beobachteten die damalige AIDS-Krise und hatten recht wohlwollende Ansichten zur Homosexualität – jedenfalls keine rein normativen.

Diese Rechtswissenschaftler lehnten es aber ab, dass der Staat für öffentliche Gesundheitsmaßnahmen zur Bekämpfung von AIDS aufkommen sollte. Ihre Position war: Homosexueller Sex ist moralisch nichts Verwerfliches, aber die Risiken von HIV sind allgemein bekannt, also soll man, wenn man das Risiko eingeht, nicht vom Staat verlangen, dass er nachher dafür aufkommt. Die Lösung ist dabei nicht nur persönliche Verantwortung, sondern darüber hinaus eine eheliche Verantwortung. Dementsprechend braucht es Heirat: Die Ehe wird als eine Art privater Versicherungsmechanismus gesehen, bei dem ein Partner gesetzlich verpflichtet wird, für den anderen zu sorgen.

Wenn man die jüngste Geschichte der Queer- oder Transpolitik betrachtet, fällt auf, dass jeder Zugewinn an gesellschaftlicher Akzeptanz von einer Einbindung in Familienformen oder -modelle abhängt.

In Ihrem Buch beschreiben Sie auch, wie ehemals versklavte Menschen nach der Abschaffung der Sklaverei in den USA zum Heiraten angehalten wurden. Warum?

Nach dem Bürgerkrieg gab es eine kurze Phase der sogenannten »Radical Reconstruction«, die einen Vorläufer des



Man mag liebevolle und liebende Familienmitglieder haben – oder auch nicht –, aber der ökonomische Zwang ist da.

Sozialstaats beinhaltete. So gab es beispielsweise kostenlose öffentliche Bildung für arme Weiße und ehemals versklavte Schwarze. Dies führte schnell zu Gegenreaktionen seitens der wohlhabenden Weißen, insbesondere im Süden, die keine Steuern zahlen wollten, um solche Unterstützungsmaßnahmen zu finanzieren.

Sie argumentierten, die neu befreiten Staatsuntertanen müssten die »volle Verantwortung« übernehmen, die eine liberale Staatsbürgerschaft nun einmal mit sich bringe. An erster Stelle stand die persönliche Verantwortung, also die Verantwortung, durch Arbeit für sich selbst zu sorgen. Die Alternative war meist Zwangsarbeit im Gefängnis.

Wie ich jedoch zu zeigen versuche, ist das zur Zwangsarbeit gehörende Pendant immer die Zwangsbindung in familiären Beziehungen. Daher wurden die neu befreiten ehemals versklavten Menschen auch zur Heirat ermutigt. Tatsächlich wandelten die staatlichen Stellen frühere Lebensgemeinschaften nicht selten in legale Ehen um, ohne die Betroffenen überhaupt zu fragen. Der einzige Zweck dieser nicht einvernehmlichen Ehen bestand darin, den Staat von der Verantwortung für die Versorgung der Angehörigen befreiter Sklavinnen und Sklaven zu entbinden.

Die Geschichte der Ehe in dieser Zeit ist faszinierend, weil sie ein Echtzeit-Experiment zur Schaffung liberaler Staatssubjekte darstellt. Es gibt keinen deutlicheren Beweis für die Idee, dass die individuelle Freiheit im Liberalismus einerseits durch den Zwang zur Arbeit und andererseits durch den Zwang zu familiären Beziehungen gestützt wird.

Der Neoliberalismus hat Sozialleistungen privatisiert und öffentliche Ausgaben gekürzt. Dadurch werden Menschen bis heute dazu gedrängt, sich auf familiäre Netzwerke zu verlassen und private Schulden aufzunehmen.

Für die meisten Menschen der Arbeiterklasse oder Mittelschicht ist die Unterstützung durch die Familie heute ein Mittel, um den Abbau des Sozialstaats und die immer geringere soziale Mobilität auszugleichen. Man mag liebevolle und liebende Familienmitglieder haben – oder auch nicht –, aber der ökonomische Zwang ist da.

Ich beobachte außerdem eine räumliche Rückkehr zum Familienhaushalt: In Australien beispielsweise, wo die Immobilienpreise seit Jahrzehnten deutlich schneller steigen als die Löhne, ziehen mehrere Generationen wieder in Vorstadtsiedlungen zusammen. Das erinnert an eine Haushaltsproduktionsgemeinschaft oder eine Großfamilienstruktur, in der wirtschaftliche und familiäre Beziehungen stark miteinander verflochten sind und verschwimmen. Das mag zwar ein extremes Beispiel sein, doch die Abhängigkeit von der Familie bis weit ins Erwachsenenalter hinein (und dann erneut am Lebensende) ist in westlichen Ländern mittlerweile gang und gäbe.

Formen der »erweiterten Familienbeziehung« werden oft als nicht-normative oder alternative Formen der Verwandtschaft romantisiert, möglicherweise aus kulturellen Präferenzen heraus, aber tatsächlich sollten sie ebenfalls als eine ganz eigene Form der Armutsbekämpfung gesehen werden. In der Nachkriegszeit war die Kernfamilie das Gegenstück zum Wohlfahrtsstaat. Je weiter der Neoliberalismus

Die Familie entbindet den Staat von der Verantwortung für Sozialleistung und Fürsorge.



ralismus voranschreitet, desto mehr sehen wir eine Rückkehr zu verwandtschaftsähnlichen Beziehungsnetzwerken. Das ist etwas, von dem lange angenommen wurde, der moderne Kapitalismus würde es beseitigen.

Sehen wir uns aktuelle Beispiele an: Viktor Orbán hat in Ungarn eine »familienorientierte Wirtschaft« mit besonderen Vorteilen für heterosexuelle Ehepaare angekündigt. Demnach sollen Mütter mit drei Kindern ab Oktober 2025 keine Einkommensteuer mehr zahlen. Für Mütter ab zwei Kindern soll diese Regelung ein Jahr später in Kraft treten.

Orbán bietet eine Art Wohlfahrtschauvinismus an – eine selektive Ausnahme von der Austerität, aber nur unter ganz bestimmten Bedingungen. Der Staat ist bereit, die Arbeit von Frauen zu unterstützen, solange diese Arbeit buchstäblich reproduktiv ist und innerhalb der Ehe und Familie geleistet wird. Gleichzeitig greift derselbe Staat die Rechte der arbeitenden Mehrheit an, drangsaliert Gewerkschaften und nimmt insbesondere weibliche Arbeitnehmerinnen wie Lehrerinnen ins Visier.

Dieses Modell ist dabei nicht so einzigartig, wie es scheinen mag. In Australien beispielsweise hat die rechtsgerichtete Liberal-National Party in der Vergangenheit großzügige »Babyprämien« (einmalige Zahlungen als Belohnung für Geburten) gefordert und Vorschläge für bezahlten Elternurlaub gemacht. Gleichzeitig treibt sie an allen anderen Stellen eine harte Austeritätspolitik voran. Was wir hier sehen, ist eine Verschmelzung neoliberaler mit sozialkonservativer Politik.

In den USA fordert ein Teil der Trump-Koalition familienfreundliche Sozialmaßnahmen. Dabei handelt es sich um die nationalkonservative, protektionistische Fraktion, vertreten von Leuten wie J.D. Vance und dem Thinktank *American Compass*. Sie behaupten, eine Alternative zum Neoliberalismus zu bieten. Doch ihre vermeintlich alternative Arbeiterpolitik läuft lediglich auf Zölle und migrationsfeindliche Maßnahmen hinaus. Ebenso ist ihre einzige Alternative zur neoliberalen Austerität im Sozialbereich das Anbieten von selektiven Anreizen zum Kinderkriegen.

Unter der neuen konservativen-sozialdemokratischen Regierung in Deutschland bleiben Schwangerschaftsabbrüche formal illegal, werden aber nicht strafrechtlich verfolgt.

Das ist bezeichnend. Die feministische Philosophin Penelope Deutscher beschreibt das Recht auf Schwangerschaftsabbruch als »von Natur aus widerrufbar«. Dahinter steht die Idee, dass die körperliche Selbstbestimmung von Frauen immer nur bedingt gewährt wird und jederzeit wieder aberkannt werden kann. Die Aufhebung von *Roe v. Wade* in den USA war undenkbar – bis sie es plötzlich nicht mehr war. Doch schon vor der Aufhebung war der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen entlang von Kriterien wie ethnischer Zugehörigkeit, Klasse und geografischer Region stark eingeschränkt.

Meiner Meinung nach spiegelt die allgegenwärtige Fragilität des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch die Vorstellung wider, dass der Körper von Frauen letztendlich eine nationale, kollektive Ressource ist, die in Krisenzei-

ten zur Verfügung stehen muss und wie Soldaten »eingezogen« werden kann.

Sprechen wir abschließend über Alternativen. Wie haben aktuelle soziale Bewegungen – wie Arbeitsplatz-, Mietstreiks oder Nachbarschaftskassen – dazu beigetragen, Care-Arbeit außerhalb der traditionellen Familie zu organisieren?

Die Möglichkeit, außerhalb von Ehe und Familie zu leben, hängt vom Schaffen einer echten kollektiven Finanzierung, kostenlosen öffentlichen Dienstleistungen und der Verfügbarkeit eines bedingungslosen armutsfesten Lohns ab. Ohne diese Voraussetzungen sind Forderungen nach der Abschaffung von Ehe und Familie nichtig und pseudoradikal. Oftmals enden derartige Bewegungen damit, dass eine alternative Familienform romantisiert wird. Man kann so viele queere Alternativen schaffen, wie man will; sie werden letztlich die ökonomische Rolle spielen, die ihnen der Neoliberalismus zuweist.

Sozialpolitik ist für sie der Hebel, um Care-Arbeit außerhalb der traditionellen Familie zu organisieren?

Ich finde es lähmend, wenn Menschen Sozialpolitik als bloßen Reformismus abstempeln. Wir wollen sicherlich einen Punkt erreichen, an dem wir unsere kollektive Finanzkraft – in Form von Staatsverschuldung, Geldschöpfung – nutzen, um das Leben zu subventionieren, das wir leben wollen. Ich glaube, wir befinden uns in einer Phase, in der viele Menschen zu denselben Fragen gelangen, auch wenn sie nicht in einer einheitlichen Bewegung zusammenkommen. Es gibt ein unglaublich großes Interesse an Fragen der öffentlichen Finanzen, am deutlichsten in der Modern Monetary Theory, aber auch in der postkeynesianischen Linken im Allgemeinen.

Für mich geht es darum, die Linke dazu zu bringen, Sozialpolitik mit derselben strategischen, direkten, aktionsorientierten Denkweise zu betrachten wie die Arbeitspolitik. Sie sind Teil desselben Kampfes. Man braucht lokales Fachwissen und fein abgestimmte Taktiken. Es ist unerlässlich, Theorie – beispielsweise rund um die MMT oder öffentliche Gelder – mit Mikro-Strategien zu Miete, Schulden und Care-Arbeit zu verbinden. Ohne diese Verbindung bleiben die spannendsten technokratischen Visionen politisch abstrakt.

Ich interessiere mich beispielsweise sehr für die derzeit wiederauflebende Mietendenbewegung in den USA und die Strategien, die sie entwickelt, um die Bundeswohnungsbaubehörden zum Handeln zu zwingen. Es geht darum, die derzeit privaten Schulden der Haushalte – sei es für Bildung, Gesundheitsversorgung oder Wohnen – wieder in die öffentliche Hand zu übertragen.

Dazu gehören auch Experimente, wie wir leben und Care-Arbeit leisten. Ja, Mietstreiks, Schuldenstreiks, Interventionen gegen Studienkredite, das mag alles wie Stückwerk erscheinen, aber es weist in eine radikale Richtung. Den öffentlichen Ausgaben sind aktuell Grenzen gesetzt, die nicht nur aus rein ökonomischen Gründen existieren, sondern auch aus geschlechtlichen, verhaltensbezogenen und rassistischen. Das Ziel muss es sein, diese Grenzen zu überwinden. ●

Die falschen Erfolge der Sorgepolitik

Ungleichheit Elterngeld und Ehegattensplitting wurden einst als Meilensteine der Gleichstellung verkauft. Doch sie haben bestehende Ungleichheiten verschärft. Von **Jo Lücke**



Die Pausenlosigkeit von Fürsorgeverantwortung versetzt viele in einen Funktionsmodus, den zu verlassen oft keine Option ist. Das Kind weniger füttern,

den Opa weniger pflegen oder den Katheter einfach mal nicht leeren kommt schlicht nicht infrage. Gleichzeitig sind die Menschen, die Politik machen, maximal weit von aktiver Sorgeverantwortung entfernt. Denn die ist mit einer politischen Karriere kaum – und da ist das Wort – vereinbar. Und so verkennen auch Debatten über Vereinbarkeit und die Frage nach dem, was man so »leisten« sollte, dass Menschen mit Sorgeverantwortung oft mehr arbeiten als Minister mit 80-Stunden-Wochen.

In Deutschland werden jährlich rund 117 Milliarden Stunden unbezahlte Sorgearbeit geleistet – fast doppelt so viel wie die gesamte Erwerbsarbeit. Den größten Anteil daran tragen Frauen mit etwa 72 Milliarden Stunden. Würde diese Arbeit bezahlt, hätte sie einen ökonomischen Wert von 1,2 Billionen Euro, was etwa einem Drittel des deutschen Bruttoinlandsprodukts entspricht. Diese unbezahlte Leistung stellt damit die größte inoffizielle Subvention der deutschen Wirtschaft dar. Der gesellschaftliche Nutzen ist enorm, die Kosten aber tragen fast vollständig die Sorgearbeitenden – klassische Externalisierung.

Die ökonomischen Folgen für Betroffene sind enorm: Wer Fürsorgeverantwortung übernimmt, muss Einbußen bei Einkommen, Karrierechancen und Rente hinnehmen. Diese Benachteiligung resultiert nicht aus individuellen Entscheidungen, sondern ist systemisch bedingt: Politisch gesetzte Rahmenbedingungen stabilisieren tradierte Rollenbilder, auch wenn die Politikerinnen und Politiker rhetorisch Gleichstellung beschwören.

Ein zentraler Indikator für die Ungleichheit bei der Sorgearbeit ist der Gender Care Gap, der in Deutschland laut dem Familienministerium im Jahr 2024 bei 44,3 Prozent lag. Besonders groß ist die Ungleichverteilung bei Eltern kleiner Kinder: Mütter mit Kindern unter sechs Jahren übernahmen 2022 laut Statistischem Bundesamt durchschnittlich 6,8 Stunden Sorgearbeit täglich, Väter nur 3,3 Stunden. Hinzu kommt die sogenannte Mental Load, die Belastung durch das Management des Familienlebens: an Geburtstage denken und Geschenke aussuchen, Einkaufslisten schreiben und Speisepläne erdenken, Unverträglichkeiten und Vorlieben beachten, Medikamente rechtzeitig geben, Schultaschen und Koffer vollständig packen, Termine koordinieren, ärztliche Besuche organisieren, sich in Erziehungs- oder Krankheitsthemen weiterbilden, Medienkonsum begleiten, Gespräche führen, trösten. Der Hans-Böckler-Stiftung zufolge liegt die Wahrscheinlichkeit, dass sie diese kognitive Arbeit leisten, für Frauen bei 62 Prozent, für Männer bei 20 Prozent.

Elterngeld und Ehegattensplitting: gut gemeint, schlecht gemacht

Die Ungleichverteilung von Sorgearbeit wird in Deutschland systemisch befördert. Als das Elterngeld 2007 eingeführt wurde, wurde es als gleichstellungspolitischer Meilenstein gefeiert. In der Realität hat es jedoch bestehende soziale Ungleichheiten weiter verschärft. Die Leistung wird als Lohnersatz gewährt, wodurch Menschen mit hohem Einkommen bis zu 1.800 Euro monatlich erhalten, während Geringverdienende lediglich den Mindestbetrag von 300 Euro beziehen. Besonders benachteiligt sind junge Mütter: 64 Prozent der unter 25-Jährigen erhalten nur den Mindestbetrag.

Zudem wurde das Elterngeld seit seiner Einführung nicht inflationsbereinigt. Dadurch

hat es rund ein Drittel seiner Kaufkraft verloren. Für Eltern im Bürgergeldbezug wird es voll angerechnet, sodass faktisch keine zusätzliche Unterstützung übrig bleibt – anders als beim früheren Erziehungsgeld, das nicht auf Sozialleistungen angerechnet wurde.

Während das Elterngeld immerhin Gleichstellung beabsichtigt, konterkariert das Ehegattensplitting dieses Ziel aktiv. Das Steuermodell belohnt vor allem Paare, bei denen eine Person deutlich mehr verdient – also klassische Zuverdienermodelle. Je größer die Einkommensdifferenz, desto höher der steuerliche Vorteil. Bei gleichen Einkommen entfällt dieser Vorteil vollständig. Damit entsteht ein klarer Anreiz, dass vor allem Frauen beruflich kürzertreten, um das Familieneinkommen zu optimieren.

Die langfristigen Folgen sind gravierend: Mütter reduzieren ihre Erwerbsarbeitszeit, verzichten auf Karriereschritte und erfahren in der Folge langfristige Einkommensverluste von 48 bis 62 Prozent – ein Unterschied von bis zu 929.000 Euro im Vergleich zu Männern. Dieser Effekt wird in der Forschung als »Mutterschaftsstrafe« beschrieben. Auch bei der Rente zeigt sich die strukturelle Ungleichheit: Frauen beziehen durchschnittlich nur 33 Prozent der Altersrente von Männern.

Sorgearbeit ist systemrelevant, aber unsichtbar

Unbezahlte Sorgearbeit wird gesellschaftlich oft als Privatsache oder emotional motivierter »Liebesdienst« betrachtet. Tatsächlich ist sie die unsichtbare Infrastruktur des Sozialstaats: Ohne sie müsste der Staat Milliarden investieren – für Kinderbetreuung, Altenpflege oder medizinische Nachsorge.

Rund 4,8 Millionen Menschen in Deutschland pflegen Angehörige zu Hause, etwa 70 Prozent davon sind Frauen. Ein Pflegeheimplatz kostet im Schnitt 3.400 Euro monatlich – bei häuslicher Pflege tragen Familien die Hauptlast. Zwar gibt es rechtliche Regelungen

Die strukturelle Gering-schätzung von Sorgearbeit ist kein Zufall, sondern das Ergebnis politischer Entscheidungen.

gen für Freistellungen, aber kaum finanzielle Absicherung. Das Resultat: unterbrochene Erwerbsbiografien, Einkommensverluste und ein erhöhtes Risiko für Altersarmut.

Auch das Gesundheitssystem baut implizit auf unbezahlte Fürsorge. Ambulante Behandlungen, verkürzte Klinikaufenthalte und frühe Entlassungen wären ohne die nachsorgende Arbeit von Angehörigen nicht möglich. In Kinderkliniken wird die Mitwirkung von Eltern vielfach vorausgesetzt – sie übernehmen Tätigkeiten wie Wundversorgung, Medikamentengabe und Lagerung. So lagert der Staat strukturell einen Teil seiner Daseinsfürsorge auf das Private aus.

Politisch gewollte Schiefelage

Die strukturelle Geringschätzung von Sorgearbeit ist kein Zufall, sondern das Ergebnis politischer Entscheidungen. Modelle wie das Ehegattensplitting oder ein nicht bedarfsorientiertes Elterngeld machen es für Frauen oft ökonomisch »rational«, ihre Erwerbsarbeit zu reduzieren. Kürzungen im Gesundheitswesen verlagern moralische Verantwortung in den privaten Raum – wo sich erneut zumeist Frau-

Das Elterngeld hat bestehende soziale Ungleichheiten weiter verschärft.

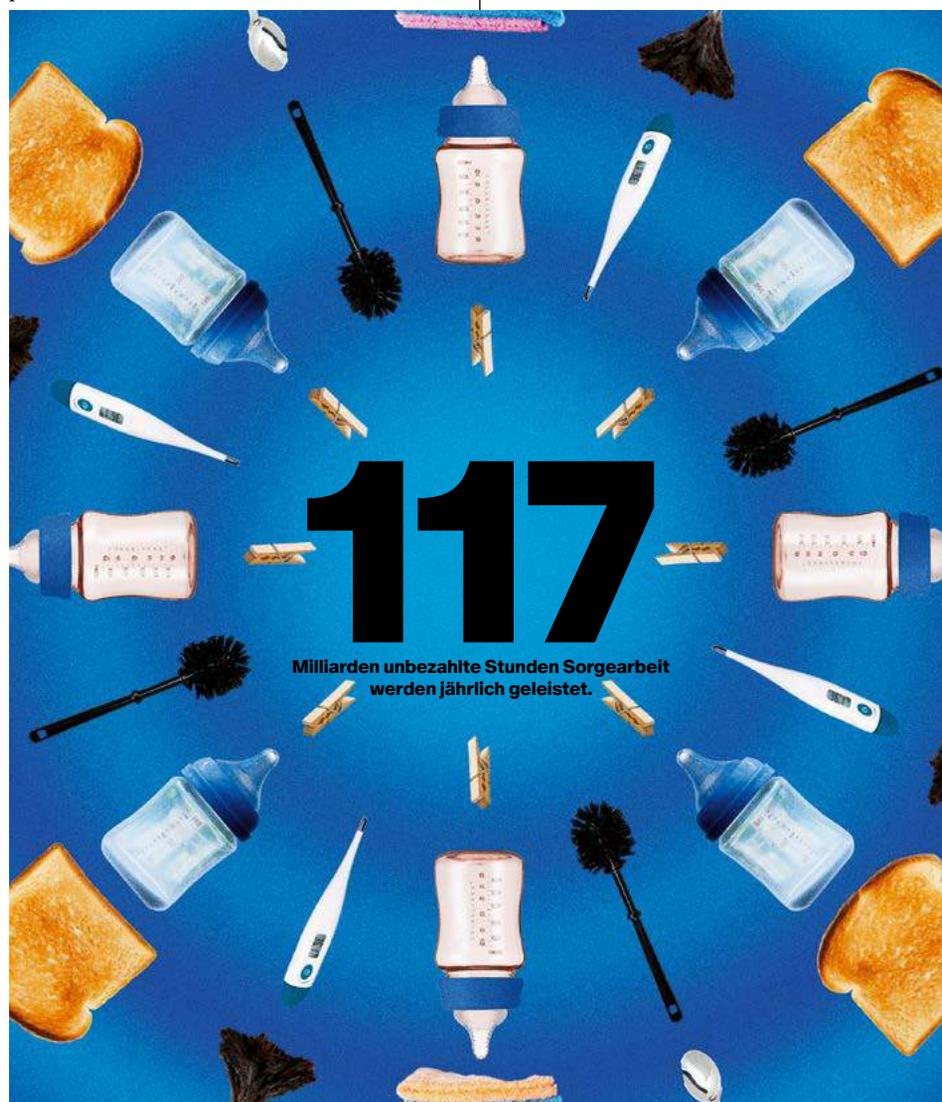
en zuständig fühlen. Das ist politisch gewollt – wer würde schon gern auf eine Subvention im Wert von 1,2 Billionen Euro verzichten?

Dass es auch anders geht, zeigen Länder wie Schweden oder Norwegen: Dort sind Elternzeiten für beide Elternteile reserviert und jeweils nicht auf das andere übertragbar. Zudem schafft eine hochwertige öffentliche Betreuung und eine Individualbesteuerung Anreize für Gleichstellung. Auch im Pflegebereich wären Reformen möglich: etwa eine Grundsicherung oberhalb der Armutsgrenze für pflegende Angehörige oder die Anrechnung von Pflegezeiten in der Rentenversicherung, um Altersarmut zu vermeiden.

Ein neuer Schritt

Ein weiterer Grund, warum sich politisch wenig tut: Sorgearbeitende haben keine Zeit, sich neben Erwerb und Care für ihren politischen Schutz starkzumachen. Um strukturelle Veränderungen zu erreichen, braucht es organisierte Interessenvertretungen. Mit der Gründung der Liga für unbezahlte Arbeit im Mai 2025 entsteht erstmals eine gewerkschaftsähnliche Organisation für Sorgearbeitende. Ziel ist es, Betroffene zu vernetzen, rechtlich zu beraten und politischen Einfluss zu nehmen.

Ein zentrales Anliegen: familiäre Fürsorgeverantwortung als Diskriminierungsmerkmal im Grundgesetz zu verankern. Eine solche Verfassungsänderung würde neue juristische Grundlagen schaffen – etwa für die Debatte um eine verkürzte Normalarbeitszeit, die allen Geschlechtern mehr Zeit für Sorgearbeit einräumen würde. Denn damit die derzeitige Schiefelage nicht weiter stillschweigend hingenommen oder gar politisch begünstigt wird, braucht es das klare Bekenntnis: Niemand darf wegen Sorgeverantwortung benachteiligt werden. Nur ein drastischer Paradigmenwechsel in der gesellschaftlichen und politischen Bewertung von Fürsorge kann tatsächliche Gleichstellung schaffen. ●



JO LÜCKE ist freiberufliche politische Bildnerin und Autorin zu neuen Normen in Wirtschaft und Care. 2025 gründete sie die Liga für unbezahlte Arbeit als erste gewerkschaftliche Interessenvertretung für Sorgearbeitende.

Die Familienpolitik von Schwarz-Rot löst keine Probleme

Politik Für echte Gleichstellung braucht es höhere Löhne und eine gerechtere Verteilung von Sorgearbeit. Die Pläne von Schwarz-Rot werden dafür nicht reichen. Von **Britta Sembach**





»Die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft und deren Durchsetzung ist zentrales Anliegen unserer gesamten Regierungsarbeit.« So steht es in der Präambel des Koalitionsvertrags. Denn von echter Gleichstellung ist Deutschland weit entfernt. Nun kann man sich fragen, ob es Zufall ist, dass das Thema Familienpolitik im neuen Koalitionsvertrag erst auf Seite 98 zum ersten Mal erwähnt wird. Davor kommen viele Seiten, die sich mit Wirtschaftswachstum und Industrieförderung beschäftigen. Doch wenn wir keine Antwort auf die Frage finden, wie Care- und Erwerbsarbeit gerechter verteilt werden, um ein höheres Erwerbspotential vor allem von Müttern freizusetzen, wird die Geschlechtergerechtigkeit bleiben.

Wir leben in einer alternden Gesellschaft mit schrumpfendem Arbeitskräftepotenzial und enormen Herausforderungen für die sozialen Sicherungssysteme. Schwarz-Rot ist nicht die erste Regierung, die das erkannt hat – und den erklärten Willen zeigt, diese Lücke durch eine Steigerung des Frauenanteils auf dem Arbeitsmarkt zu füllen. Allein: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist seit Jahrzehnten eine Schwachstelle der deutschen Familienpolitik, trotz aller Fortschritte. Es sind immer noch Frauen, die die Hauptlast der Sorge- und damit unbezahlten Arbeit tragen, die Job und Familie jonglieren, meistens in Teilzeit, und dafür lebenslange Einkommenseinbußen und Karrierehindernisse hinnehmen müssen. In kaum einem anderen OECD-Land ist die sogenannte Mutterschaftsstrafe so hoch wie in Deutschland. So verlieren Frauen hierzulande im Durchschnitt rund 60 Prozent ihres Lebensarbeitsinkommens mit der Geburt des ersten Kindes. Bei drei oder mehr Kindern ist die Einbuße noch höher. Das muss sich ändern.

Sorgearbeit sollte im BIP auftauchen

Doch auch der aktuellen Regierung scheint es an politischem Willen zu fehlen, Care-Arbeit endlich als das zu sehen, was sie ist: Arbeit mit einem enormen volkswirtschaftlichen Nutzen – vom gesellschaftlichen ganz abgesehen. Wer jedoch immer noch in klassischen Wirtschaftskategorien denkt, versteht unter »Arbeit« nach wie vor fast ausschließlich Erwerb. Es wird eine Leistung erbracht, ein Produkt hergestellt; beides hat im Wortsinn seinen Preis beziehungsweise durch Lohn einen definierten Wert. Kein Preisschild hängt jedoch an den unzähligen Stunden, die Menschen für die Sorge für andere aufwenden, seien es Kinder, Alte oder Kranke. Dabei macht nach jüngeren Berechnungen genau diese Arbeit, für die sogar mehr Zeit aufgewendet wird als für sogenannte »produktive« Arbeiten, etwa ein Drittel der im Bruttoinlandsprodukt (BIP) ausgewiesenen Brutto-

wertschöpfung aus – selbst wenn man den Wert dieser Arbeiten vergleichsweise vorsichtig bewerten würde. Expertinnen schlagen deshalb seit Jahren vor, den Wert dieser Arbeit mit einer konkreten Zahl zumindest im BIP auszuweisen, damit sie wenigstens sichtbar wird. Statistiken und Zeitverwendungsstudien gibt es genug, um einen Überblick zu bekommen, wie viel in diesem Sektor geleistet wird und welche Rolle er in unserem Wirtschaftssystem spielt.

Wenn wir also über Ziele der Familienpolitik und ihre Herausforderungen sprechen, sollten wir die ungleiche Verteilung und Bezahlung von Care-Arbeit stets im Blick haben. Eine partnerschaftliche Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit in Familien ist ein hehres und wünschenswertes Ziel. Allerdings ist es aufgrund jahrzehntelanger Versäumnisse, Stichwort Gender Pay Gap, noch nicht in Sichtweite. Und die enorme Zahl Alleinerziehender, davon über 80 Prozent Frauen, hätte ohnehin nichts davon.

Dabei ist das Sorgen für andere, in Familien, aber auch in der Gesellschaft, in unseren Dienstleistungs-Gesellschaften ein großer und stetig wachsender Wirtschaftsbereich – mit ei-

Jede Familie sollte selbst entscheiden, wie die Arbeit verteilt wird. Das darf aber nicht zu lebenslangen Nachteilen für eine Person führen.

nem immer größer werdenden Finanz- und Personalbedarf. Schon jetzt ächzen Kitas und Pflegeeinrichtungen unter der enormen Belastung, die immer mehr Arbeit mit immer weniger Personal bedeutet. Wir brauchen ein grundsätzliches Umdenken, was Arbeit ist, und wie wir alle Formen von Arbeit in unser wirtschaftliches Denken einbeziehen. Dafür müssen die entsprechenden politischen Weichen gestellt werden. Erst wenn wir etwa soziale Berufe und Dienste am Menschen angemessen entlohnen, werden sie als Arbeitsorte attraktiv – für Frauen, aber vor allem auch für Männer. Dafür brauchen wir eine gute Tarifpolitik, starke Gewerkschaften und den politischen Willen, diese Berufe und deren Bezahlung zu priorisieren.

Umgekehrt gilt: Erst wenn Sorgearbeit, also etwa längere Auszeiten für die Kinderbetreuung, nicht zu beruflichen Nachteilen führen, werden sie Väter überhaupt übernehmen. In bestimmten sozialen Milieus ist der Wille zu einer geschlechtergerechten Lebensweise enorm – doch in der Umsetzung gibt es oft Probleme, weil die Rahmenbedingungen nicht stimmen. Väter müssen also in den Fokus der Gleichstellungspolitik rücken – nicht Mütter. Die geplante leichte Veränderung bei der Verteilung der

Elternzeit-Monate geht dafür nicht weit genug. Zumal einige familienpolitische Akteure schon jetzt einen zu starken Dirigismus kritisieren. Schließlich sollte jedes Paar und jede Familie selbstbestimmt entscheiden, wie die Arbeit untereinander verteilt wird. Politisches Hauptziel muss jedoch sein, dass es – egal wie man sich entscheidet – nicht zu lebenslangen Nachteilen für die eine oder den anderen führt.

Es braucht dringend bessere Löhne

Also: Eine gerechtere Verteilung der Erwerbs- und Sorgearbeit ist gut und wichtig. Zumal sich viele Mütter wünschen, mehr Stunden zu arbeiten, während Väter in Studien oft angeben, ihre Stundenzahl reduzieren zu wollen. Aber erst, wenn die Übernahme von Sorgearbeit nicht mehr so gravierende berufliche und finanzielle Nachteile hat, wird sie in Zukunft mehr von Vätern übernommen. Und erst wenn Müttern der berufliche Aufstieg aktiv ermöglicht statt versperrt wird, entscheiden sich vielleicht mehr Frauen für eine Karriere. Dafür muss es jedoch eine zuverlässige und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung geben. Auch das ist in Deutschland nicht überall der Fall. Oberstes Ziel jedoch muss die Verringerung des Gender Pay Gap sein. Weil Frauen immer noch weniger verdienen, selbst bei gleicher Qualifikation, sind sie bei innerfamiliären Aushandlungsprozessen über die Verteilung der Arbeit strukturell benachteiligt.

Dazu gehört auch die Weiterentwicklung des Entgelt-Transparenz-Gesetzes, das bislang, so sieht es etwa auch die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung, als »zahnloser Tiger« daherkommt. Im Familienalltag würden Maßnahmen wie Haushaltshilfen junge Familien entlasten – gleichzeitig würden sozialversicherungspflichtige Jobs geschaffen. Dieser Vorschlag stand schon im Koalitionsvertrag der Ampel. Auch jetzt wird wieder nur die Absicht bekundet, sämtliche Maßnahmen stehen unter Finanzierungsvorbehalt. Angesichts der drängenden globalen Krisen scheint es unwahrscheinlich, dass Familien- und Gleichstellungspolitik den Stellenwert bekommt, den sie braucht. Die Grundfrage ist doch: Wie schaffen wir den gesetzlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmen, der Menschen sogenannte »atmende« Lebensläufe ermöglicht – mit ausreichend Zeit für Erwerb, aber auch für Care-Arbeit und Regeneration, und zwar nicht nur mit geänderten Tages- beziehungsweise Wochen-Arbeitszeiten, sondern über den gesamten Lebensverlauf? Erst wenn diese Frage gelöst ist, können wir uns auf den Weg in eine wirklich moderne Gesellschaft machen. ●

BRITTA SEMBACH ist Publizistin und Autorin. Sie beschäftigt sich seit über zehn Jahren mit Familienpolitik und Care-Arbeit und hat drei Bücher dazu veröffentlicht, darunter der Bestseller »Die Alles-ist-möglich-Lüge«.



Während Fürsorge immer warenförmiger wird, wollen extreme Rechte zurück in die Vergangenheit. Von **Friederike Beier**



Rechte idealisieren die Hausfrau der Nachkriegszeit.



Der ideologische Kampf um die Familie ist im vollen Gange. Er kristallisiert sich in einer rechten Familienideologie, die queere und trans* Leben angreift sowie Diversität bekämpft. Rechte verteidigen ein mystifiziertes Bild der weißen heteronormativen Familie. Sie wollen ihre Ideologie mit allen Mitteln als Leitbild durchsetzen. Diese Entwicklung resultiert aus dem neoliberalen Umbau der Wirtschaft – und auch aus Versäumnissen linker Bewegungen und Parteien.

Krise der sozialen Reproduktion

Ein weniger beleuchteter Zusammenhang besteht in der »Krise der sozialen Reproduktion« und dem Erfolg der rechten Familienideologie: dem rechten Familismus. Mit der neoliberalen Ausbreitung des Niedriglohnssektors in industrialisierten Ländern des Globalen Nordens und dem Erfolg des liberalen Feminismus ist die Erwerbsbeteiligung von Frauen und Queers gestiegen. 1970 waren 30 Prozent der Frauen erwerbstätig, 2022 waren es schon 73 Prozent. Die Zeit für Haus- und Sorgearbeit ist jedoch nicht substantiell zurückgegangen. Das führt einerseits zu Doppelbelastungen für alle (meist Frauen), die Kinder und pflegebedürftige Angehörige und Beruf »vereinbaren« müssen, sowie zu einer besonderen Belastung von Alleinerziehenden.

Auf der anderen Seite wurden Sorgearbeiten kommodifiziert, also zur Ware gemacht und meist an Migrantinnen ausgelagert. Das Ergebnis ist eine Zunahme von Stress, Arbeitsverdichtung und prekären Arbeitsverhältnissen im Care-Sektor, wie sie sich am drastischsten im Pflegenotstand zeigen. Dort gehen Fachkräftemangel (es fehlen mindestens 100.000 Fachkräfte in der Pflege) und die neoliberale Umgestaltung der Pflege zu Lasten der Qualität der Betreuung und der Arbeitsbedingungen. Aus diesen Entwicklungen resultiert die Krise der sozialen Reproduktion. Während feministische Theorien und Bewegungen (zum Beispiel das Netzwerk Care Revolution) auf dieses Problem hingewiesen haben, wurde das Thema Familie in linken Kontexten oft ausgeblendet – und dabei der Klassenfrage untergeordnet, oft auch, weil Familienpolitik als konservatives Politikfeld gilt. Diese Entwicklung ist jedoch fatal.

Rechter Familismus als Antwort

Rechte Ideologien präsentieren derzeit eine »einfache« Lösung für diese Krise. Sie verweisen auf die Zeit des heteronormativen Ernährer-Hausfrau-Modells im Fordismus. Dieses Modell war kurz nach dem Wirtschaftsaufschwung der 1950er Jahre für viele Menschen in westlichen Industriestaaten Realität. Ein Lohn reichte dort für die ganze Familie und

Familismus

Der Kampf um die Familie

ein Eigenheim – zumindest für den privilegierten Teil der Bevölkerung. Die unbezahlte Haus- und Sorgearbeit wurde darin von der Hausfrau verrichtet. Diese Familienverhältnisse waren jedoch oft von sexueller, psychischer und/oder ökonomischer Gewalt geprägt. Vergewaltigung in der Ehe wurde in Deutschland erst 1997 zu einer Straftat.

Gleichzeitig stand für einen Teil der Bevölkerung mehr Zeit für Haus- und Sorgearbeit und damit für Beziehungen zu Kindern, alten und kranken Menschen zur Verfügung als heute – auch wenn diese kapitalistische Form der vergeschlechtlichten Arbeitsteilung höchst problematisch ist. Denn Hausfrauen standen unter der Kontrolle ihrer Ehemänner und verfügten nicht über finanzielle Mittel, die ihnen ermöglicht hätten, ein selbstbestimmteres Leben zu führen oder eine gewalttätige Ehe zu beenden. All jene, die nicht in dieses Beziehungs- oder Geschlechtermodell passten, wurden marginalisiert, und für viele – oft migrantische – Menschen aus der arbeitenden Klasse blieb dieses Lebensmodell verwehrt, weil ein Lohn schon damals nicht zum Leben reichte. An dieses historische Bild schließen aktuell rechte Ideologien an, die die Verspre-

chung einer nie ganz eingelösten und somit mystifizierten Vergangenheit wahr machen wollen.

Neoliberale Krisenlösungen

Neoliberale Regierungen der letzten Jahrzehnte griffen queere feministische Forderungen nur dann auf, wenn sie sich mit einem progressiven Neoliberalismus vereinbaren ließen, wie beispielsweise bei der »Ehe für alle«. Die Krise der sozialen Reproduktion blieb davon ungelöst – und wurde nur teilweise durch den Ausbau von Kita-Plätzen entschärft. Haus- und Sorgearbeit ist die notwendige Voraussetzung des Kapitalismus, weil dieser auf regenerierte Arbeitskräfte angewiesen ist. Gleichzeitig ist Sorgearbeit im Gegensatz zu anderen Sektoren ortsgebunden sowie sehr zeit- und arbeitsintensiv. Kinder können nur bedingt schneller erzogen oder gesund gepflegt werden und auch Automatisierung hat ihre Grenzen. Insofern gibt es einen immanenten Widerspruch, weil der Kapitalismus die Kosten für die soziale Reproduktion gering halten will und andererseits auf Arbeitskräfte angewiesen ist. Neoliberale haben versucht, diesen Widerspruch durch Kommodifizierung und Auslagerung

an Migrantinnen zu lösen, wie zum Beispiel durch Anwerbeabkommen mit Niedriglohnländern, wie Brasilien oder den Philippinen, aus denen gut ausgebildete Pflegekräfte nach Deutschland geholt werden. Der Kostendruck im Care-Sektor geht insgesamt zulasten der Arbeitsbedingungen und der Qualität von Sorge. Überarbeitete und erschöpfte Pflegekräfte und Familienangehörige sowie vernachlässigte Patientinnen sind die Folge.

Die »heile« Familie und das Versprechen auf Liebe und Sicherheit

Anstatt die Krise der sozialen Reproduktion auf ihren ökonomischen Ursprung zurückzuführen, wird die Schuld von Rechten auf queere und feministische Lebensentwürfe sowie eine diverse, postmigrantische Gesellschaft projiziert. »Wokeness« wird dafür verantwortlich gemacht, Menschen um ihre ökonomische Sicherheit und Geborgenheit in der weißen, cis-hetero-Kleinfamilie zu bringen. So können unterdrückte Demütigungs- und Unsicherheitserfahrungen einer fragilen Männlichkeit, Abstiegsängste und Prekarisierungserfahrungen in patriarchale und rassistische Überlegenheitsfantasien kanalisiert werden. Wenn durch rechten Familismus klar ist, wer kocht, die Hausarbeit macht und gleichzeitig sexuell und emotional verfügbar ist, scheint es keine Konflikte zu geben. Liebe und Geborgenheit werden so im mystifizierten privaten Raum sichergestellt und Teil eines rechten Glücksversprechens. Frauen wird dabei suggeriert, Unterwerfung in ökonomische Sicherheit und ein stressfreies Leben eintauschen zu können. Die romantisierte Hausfrauenrolle hat in einem beschleunigten Neoliberalismus, der Stress und Erschöpfung als Lebensform hervorbringt, eine gewisse Attraktivität. Das erklärt auch den Erfolg des Internetphänomens der »Tradwives«, bei dem Frauen die Vorteile dieses Lebensmodells auf Instagram und TikTok als Rebellion und Selbstbestimmung propagieren.

Die Familie als ideologischer Kitt

Die Familie bildet zudem einen völkisch-nationalistischen Kristallisationspunkt, um den Fortbestand und die »Reinheit der Nation« sicherzustellen. Trans*-Feindlichkeit, Rassismus, Antifeminismus, »Lebensschutz« und rechte Familienpolitik greifen ineinander: Zweigeschlechtlichkeit wird als »natürliche Ordnung« stilisiert und dabei behauptet, dass es biologisch nur zwei Geschlechter gäbe, womit trans*, nicht-binäre, intergeschlechtliche Menschen als unnatürlich abgewertet – und Erkenntnisse der Geschlechterforschung ignoriert und bekämpft werden. Zweigeschlechtlichkeit dient gleichzeitig als Legitimation für hierarchische Geschlechterverhältnisse. Rechte behaupten daher, Frauen seien zur Häuslichkeit und Kindererziehung geboren und

ein wehrhafter maskulinistischer Mann diene der Verteidigung der Angriffe von außen. Dies geht mit der Normalisierung von Misogynie, autoritärer und toxischer Männlichkeit sowie mit der Bagatellisierung sexueller Gewalt einher. Einige rechte Männer stilisieren sich dabei in einer Täter-Opfer-Umkehr selbst als Opfer: Incels seien um ihr angebliches Recht auf Sex gebracht worden oder Väterrechtler um den Umgang mit ihren Kindern. Die Familie hat aber nicht nur eine wichtige Funktion für Nation und rechte Ideologie, sondern auch für den Kapitalismus.



Elterngeld und Ehegattensplitting begünstigen heteronormative Familienkonzepte und schließen alternative Lebensformen aus.



Queere Familien praktizieren oft neue Formen der Fürsorge.

Familie im Kapitalismus

Durch die Familie als Organisationsform von Reproduktion und die Ehe als Rechtsform werden Eigentumsverhältnisse abgesichert und durch Erbe weitergegeben. Elterngeld und Ehegattensplitting begünstigen weiße, heteronormative und bürgerliche Familienkonzepte und schließen alternative Lebensformen aus. In der Festlegung der Familie als Keimzelle von Nation und Kapitalismus überschneiden sich bürgerlicher und rechter Familismus, genau wie in ihren Feindbildern. Das ist auch der Grund, warum sich der rechte Familismus als ideologischer Kitt zwischen den extrem Rechten, Rechtspopulisten, Männerrechtlern, Bürgerlich-Konservativen und christlich-fundamentalistischen Kräften eignet.

Was tun gegen rechten Familismus?

Linke Politik scheut sich hingegen, den Familismus grundlegend infrage zu stellen, denn gewerkschaftliche und linke Kräfte waren selbst historisch daran beteiligt, einen hetero-patriarchalen Familismus zu zementieren. Ein alleiniger Fokus auf Klassenpolitik führte nicht selten dazu, dass intersektionale Ungleichheiten wie durch »Race« oder Geschlecht nicht berücksichtigt und weiter verschärft wurden. Dagegen verweisen queerfeministische Ansätze auf die Dekonstruktion oder Abschaffung der Familie (»Family Abolition«). Das bedeutet etwa, die historisch gewachsene Form der heterosexuellen Kleinfamilie aus Vater, Mutter und Kindern durch andere Modelle zu ersetzen, welche geschlechtliche und sexuelle Vielfalt, Wahlverwandtschaft und gegenseitige Fürsorge in Care-Communities einschließen. Verschiedene alternative Modelle der Reproduktion und Fürsorge gab es bereits in diversen historischen und geografischen Kontexten – wie die Beginenhöfe in den Niederlanden, kommunalkis in der Sowjetunion, das Einküchenhaus in Berlin oder das Dorf Nashira in Kolumbien. Alternativen zur Kleinfamilie aufzubauen, bedürfte jedoch einer radikalen Reflexion der eigenen verinnerlichten Familienvorstellungen sowie des eigenen Nutzens des bestehenden patriarchalen und heteronormativen Systems. Zur Abschaffung des rechten Familismus und der Überwindung der Krise der sozialen Reproduktion gibt es keine einfachen Lösungen, dafür aber die Chance, solidarische Beziehungsweisen und Alternativen zu entwickeln. ●

FRIEDERIKE BEIER forscht am Otto-Suhr-Institut zu Sozialer Reproduktion, Zeitpolitik und materialistischen und queerfeministischen Theorien. Sie ist Mitherausgeberin der Zeitschrift »femina politica«.

Alle **2,5 Millionen** Kinder in Trennungsfamilien haben gesetzlich Anspruch auf Unterhaltszahlungen.

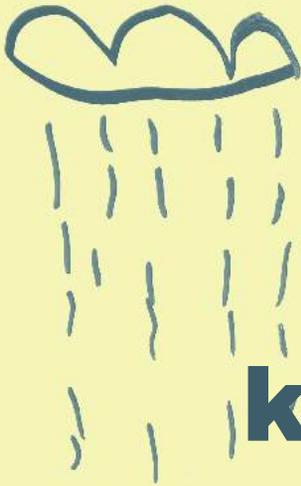
25% der Kinder erhalten keinen Unterhalt

25% der Kinder erhalten zu wenig Unterhalt

50% Kinder erhalten den ihnen zustehenden Unterhalt

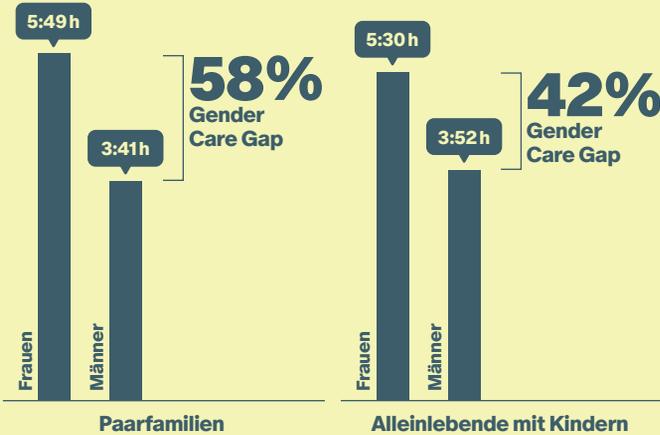
Dann muss der Staat gesetzlich einspringen! Im Schnitt zahlt er einen Vorschuss von **311 Euro** pro Monat.

2022 wurden **2,5 Milliarden Euro** an Vorschüssen gezahlt, aber nur **0,5 Milliarden Euro** zurückgezahlt.



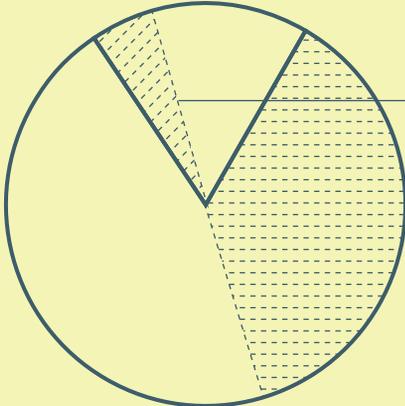
Wer kümmert sich?

In Deutschland übernehmen oft Mütter die Care-Arbeit. Ein Blick in die Statistik zeigt: Vor allem alleinerziehende Frauen sind strukturell benachteiligt.



Quelle: BMBFSFJ 2025, S. 214

301.000 Alleinerziehende Väter



28% sind armutsgefährdet
45% sind armutsgefährdet

1,4 Millionen Alleinerziehende Mütter

Durchschnittliche tägliche Zeit für Care-Arbeit





Kinder In Deutschland fehlen knapp hunderttausend Erzieher, Kitas sind überlastet. Das wird für Kinder, Eltern und die Wirtschaft zum Problem. Von **Viktorija Reich**.

Kaputte Kitas



Noch vor wenigen Minuten wimmelte es im Garten. Kinder, die an diesem sonnigen Maitag durch das Gras ranneten. Vorbei an Birnbäumen und einem großen Sandkasten. Die kichernd in einer roten Hütte verschwanden oder ein großes Holzgerüst erklommen. Ihr Kreischen hallte durch den Garten auf die Straße. Vom Rand betrachtet eine harmonische Kulisse. Doch für den Erzieher Marc Richter* wird dieser Ort an manchen Tagen zum Alptraum.

17 Uhr: Richter sitzt auf einer kleinen, braunen Bank, auf der vorhin noch Kinder saßen, und blinzelt in die Sonne. Vor ihm auf dem Boden liegt eine zusammengeknüllte kleine Jacke. Gerade ist seine Schicht zu Ende gegangen. Achteinhalb Stunden lang hat er sich gekümmert, gespielt, aufgepasst und immer wieder getröstet. Zum ersten Mal an diesem Tag ist es nun still. Der 31-Jährige atmet tief durch und sagt: »Die letzten Tage waren der absolute Alptraum, ich bin froh, dass wir das geschafft haben.« Nur mit zwei Kolleginnen musste er 58 Kinder betreuen.

Auf den ersten Blick sieht man Richter die Erschöpfung nicht an. Weil er viel draußen ist, ist er leicht gebräunt. Aber wenn er ganz gehetzt spricht, zwischendurch immer wieder Silben verschluckt oder schnell durch den Garten läuft, merkt man: Ihm fällt es schwer, das Tempo des Tages hinter sich zu lassen. Seit sechs Jahren arbeitet er als Erzieher in einer Kita im Westen Berlins. Einer von fünf Eigenbetrieben des Landes. Es gibt zwei Gruppen mit Kleinkindern, und eine Krippe für die ganz Kleinen. Ihre Eltern bewohnen die benachbarten Stadtvillen. Sie sind Ärztinnen, Juristen und Diplomatinen.

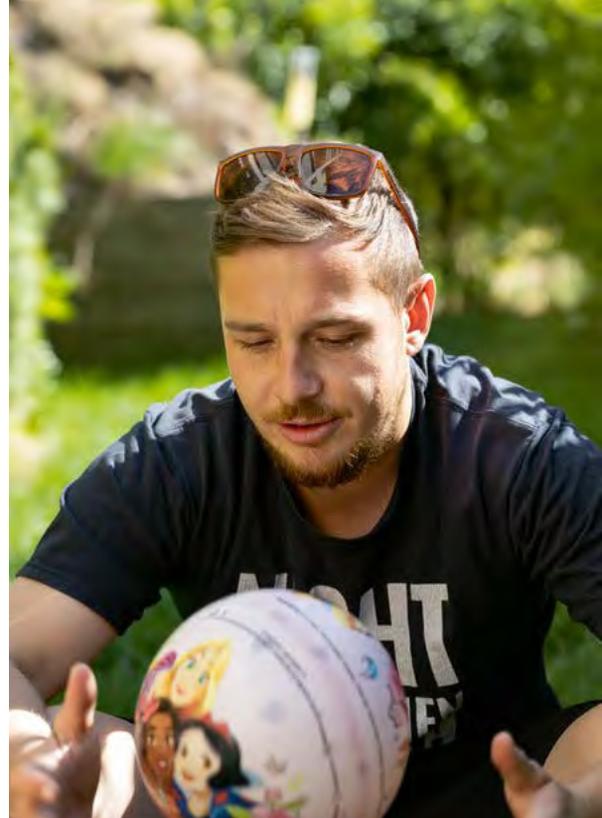
Erziehende sind erschöpft – Kinder leiden

Obwohl Marc Richter erschöpft ist, hat er sich Zeit genommen, um mit uns zu sprechen. Es ist nicht die Müdigkeit nach einem langen Tag, sondern eine, die tiefer sitzt, die bleibt, auch wenn das Wochenende vor der Tür steht. Und davon will Richter erzählen. Dabei war heute einer von den guten Tagen. Das sind solche, an denen »keiner wegkommt« und »alle unverletzt bleiben«. Marc Richter schaut zum Gartentor, wo seine Kollegin gerade zum Abschied winkt. Er hebt die Hand, zögert kurz und sagt dann: »Ich hab sie wegen ihres Gemüts früher immer Sunny genannt, weil sie immer so viel gelacht hat, aber das mache ich schon lange nicht mehr.«

Richter ist einer von rund 778.000 Erziehenden in Deutschland, die fast vier Millionen Kinder in über 60.000 Kitas betreuen. Viele von ihnen sagen den gleichen Satz, wenn man mit ihnen über die Zustände in Kitas spricht: »So kann das nicht weitergehen.« In weiten

Teilen Deutschlands herrscht ein drastischer Mangel an Betreuungsplätzen und Erzieherinnen. Die, die es gibt, halten das System am Laufen. Doch wie lange kann das noch gut gehen? Obwohl die Zahl der pädagogischen Betreuungskräfte in den vergangenen Jahren stärker gestiegen ist als die Zahl der betreuten Kinder, ist die Personalsituation in vielen Kitas angespannt. Etwa hunderttausend Fachkräfte fehlen.

Wie viele Kräfte in einer Kita arbeiten, regelt der Personalschlüssel. Auf dem Papier soll in Berlin eine Erzieherin ungefähr fünf Kinder betreuen, die jünger als drei sind. Bei den Älteren soll eine Erzieherin etwas mehr als sieben Kinder betreuen. Damit liegt Berlin in Bezug auf die Kleinsten unter dem bundesweiten Durchschnitt. Im Alltag sieht es oft anders aus. Marc Richter sowie seine beiden Kolleginnen mussten in den letzten Tagen täglich jeweils ungefähr 19 Kinder betreuen. Die tatsächliche Fachkraft-Kind-Relation fällt oft schlechter aus, selbst wenn es eigentlich genug Personal in einer Einrichtung gibt. Denn auch Erzieherinnen brauchen Pausen, Urlaube, Fortbildungen. Und ständige Erkrankungen wie Grippe oder Magen-Darm-Viren sorgen für kurzfristige Ausfälle. Psychisch ist die Belastung hoch, viele halten dem Druck nicht stand.



Mehr als ein Drittel der armutsgefährdeten Familien finden keinen Kita-Platz, obwohl sie Betreuungsbedarf und einen Rechtsanspruch haben.

»Von den zwanzig Kollegen, mit denen ich mal angefangen hab, bin ich einer der Dienstältesten. Ich hab wirklich viele kommen und gehen sehen«, sagt Marc Richter und lacht kurz und abgehackt. Gerade von kurzfristigen Ausfällen merke er sich die Namen schon lange nicht mehr. Das lohne sich einfach nicht.

Rahel Dreyer ist Professorin für Pädagogik und Entwicklungspsychologie der ersten Lebensjahre an der Alice Salomon Hochschule in Berlin. Auch sie weiß, dass in keinem anderen Beruf so viele Beschäftigte innerhalb der ersten Jahre wieder aussteigen: »Rund ein Viertel der Berufseinsteiger kehrt dem Beruf innerhalb der ersten Jahre den Rücken.«

Richter ist seit acht Jahren Erzieher. In der neunten Klasse habe er ein Schülerpraktikum in einer Kita gemacht und »danach nie wieder aufgehört«, sagt er. Oft fragen ihn die Kinder, ob er mit ihnen Fußball spiele. Meistens muss er nein sagen, weil er sonst die Aufsichtspflicht verletzt. Wenn er über die Kinder redet,

306.000

Quelle: IW

Kita-Plätze fehlten 2024 für Kinder jünger als drei.

die er betreut, wird seine Stimme weich und er lächelt viel. »Es ist hart, die Kleinen zu enttäuschen. Sie können ja am wenigsten dafür.« Denn eigentlich liebe er ja die Arbeit mit den Kindern. »Ich bin stolz darauf, Erzieher zu sein und die Welt öfter aus Kinderaugen zu sehen«, sagt er, »doch jetzt ist es an den meisten Tagen so«, sagt er und sein Gesicht verhärtet sich wieder, als ob er nur noch Brände löschen würde. »Alles Wertvolle an der Arbeit geht verloren.«

Krank zur Arbeit? Kein Einzelfall

Magen-Darm, Husten, Influenza, eine toxische Ohrenentzündung: Richter hatte schon alles, sagt er. Im Schnitt fehlen Erzieherinnen und Erzieher 30 Tage im Jahr krankheitsbedingt. In Berlin sind es sogar 36. Der Bundesdurchschnitt aller Beschäftigten liegt bei 20 Tagen. Laut einer Bertelsmann-Studie fühlt sich fast jede zweite Fachkraft täglich oder fast täglich überlastet. Kaum einer seiner Kollegen sei weniger als sechs Wochen im vergangenen halben Jahr ausgefallen, erzählt Richter. Früher habe er sich noch krank zu Arbeit geschleppt.

Aber das sehe er nicht mehr ein. Oft fühlten sich seinen Kollegen zusätzlich schlecht, weil sie wissen, dass die anderen Erzieher ihre Abwesenheit auffangen müssen. Denn oberste Priorität für die Kitas ist es, keine Gruppe zu schließen. Das führt zu einem Teufelskreis: Aufgrund steigender Krankenstände fallen immer mehr Erzieherinnen und Erzieher aus, dadurch steigt die Belastung der anderen. Wenn die dann krank werden, geht alles wieder von vorne los. Der Kreislauf ist zur Normalität geworden.

»Wir haben gerade fünf offene Stellen im Haus«, erzählt Richter immer noch auf der Bank sitzend, »ohne einen einzigen Bewerber«. Dabei ist die Arbeit systemrelevant. Seit 2013 haben Eltern in Deutschland einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ab dem ersten Geburtstag des Kindes. Auch wenn die Realität oft anders aussieht: Eltern finden monatelang keinen Platz. Im Jahr 2024 fehlten rund 300.000 Plätze für Kinder, die jünger als drei Jahre sind.

Um freie Stellen zu besetzen, wird immer mehr Kita-Personal eingestellt, das die forma-

len pädagogischen Voraussetzungen nicht erfüllt. Dadurch sinke die Qualität der Kitas und es bestünde die Gefahr, dass Kinder nur noch verwahrt würden, sagt Rahel Dreyer. Doch gerade bei den unter Dreijährigen ist gut ausgebildetes Personal besonders wichtig, denn Kleinkinder brauchen engere Betreuung, mehr Personal, um Bindung aufzubauen und zu lernen, ihre Gefühle zu regulieren. In diesem Alter können sie Stress noch nicht verarbeiten und brauchen dafür Unterstützung von erwachsenen Bezugspersonen. »Wenn eine verantwortliche Fachkraft zu viele Kinder betreut, ist sie überhaupt nicht in der Lage, Stressreaktionen von Kindern zu erkennen und sensibel zu begleiten«, sagt Dreyer. Intensiver wiederkehrender Stress der Kleinsten habe erhebliche langfristige Auswirkungen auf das Herz-Kreislauf-System, das Immunsystem und die Gehirnentwicklung der Kinder. Zugleich arbeiten viele Erzieherinnen und Erzieher nur in Teilzeit. Zwei Drittel der pädagogischen Kräfte im Jahr 2023 hatten Verträge mit weniger als 38,5 Stunden pro Woche.

Anzeige

Wie krank ist der deutsche Föderalismus? **Warum** soll die Schuldenbremse reformiert werden? **Wodurch** werden Krankenhäuser finanziert?



Antworten
in der Lage
der Nation.



**JETZT
REINHÖREN:**



Podcast hören: lagedernation.org/

Deutschlands
größter
Politik-Podcast.

Mit Philip Banse
und Ulf Buermeyer.

In mindestens
26.731

Fällen meldeten Kitas 2022/23 einen
kinderwohlgefährdenden Personalmangel

Quelle: Correctiv

So wie Felicitas Conti, 45 Jahre alt, Teilzeitkraft bei einem freien, gemeinnützigen Träger. Eigentlich heißt sie anders, aber aus Angst vor beruflichen Nachteilen möchte sie ihren Namen hier lieber nicht lesen. Sie hat entschieden, weniger zu arbeiten. Conti erzählt am Telefon: »Niemand sollte diesen Job vierzig Stunden die Woche machen müssen«, und fordert sogar ein gesetzliches Verbot. Sie hat sich entschieden, nicht mehr zu geben, als sie leisten kann. Dass am Monatsende das Geld nicht reicht, sei trotzdem schwer. Aber sie wolle nicht auf Kosten der eigenen Gesundheit arbeiten, sagt sie und betont: »Ich würde kaputtgehen.« So wie ihre Kollegin, die schon über 60 ist. »Sie ist körperlich zwar anwesend, aber geistig ist sie einfach nicht mehr da. Sie macht nicht mehr wirklich was mit den Kindern.«

Gerade Kinder, die am meisten von einem Kita-Besuch profitieren würden, sind in den Einrichtungen deutlich unterrepräsentiert. Mehr als ein Drittel der armutsgefährdeten Familien finden keinen Kita-Platz, obwohl sie Betreuungsbedarf und einen Rechtsanspruch haben. Bei Familien ohne akademischen Hintergrund sind es 25 Prozent und bei Familien, in denen überwiegend kein Deutsch gesprochen wird, 39 Prozent. Dadurch manifestiert sich die Bildungsungleichheit schon vor Schuleintritt. Auch für Kinder, die eine intensivere Betreuung brauchen, ist es schwierig.

»Wir haben einen Jungen, der ist chronisch krank«, erzählt Richter und streckt den Rücken durch, so als würde die Kinderbank für ihn langsam unbequem. »Allein für ihn brauchen wir immer eine Person mehr«, sagt Richter. Man müsse ständig seine Gesundheit im Blick behalten. »Das hat wirklich schon zu stressigen Situationen geführt«, sagt Richter und schüttelt gedankenverloren den Kopf. Er habe auch schon Situationen erlebt, die an Kindeswohlgefährdung grenzen.

Viele Erzieherinnen und Erzieher sprechen offen von Kindeswohlgefährdung. Einige erzählen von Kollegen, die während der Arbeit einschlafen, andere davon, wie Kolleginnen Kinder wütend am Arm packen, sie auf die Toilette zerren oder auf die Finger schlagen.

Überall herrscht Stress, Überforderung, Chaos. Unfälle und Verletzungen gehören zum Alltag. Dass nicht mehr nur die Kinder schreien, ist normal geworden.

Dabei gäbe es eine Möglichkeit, den Fachkräftemangel zu minimieren. Zwischen 2021 und 2023 wurden in Deutschland 100.000 Kinder weniger geboren als erwartet – ein Abwärtstrend, der sich laut vorläufigen Zahlen des Statistischen Bundesamtes 2024 fortgesetzt hat. Gerade in Ostdeutschland wird die demografische Veränderung sichtbar. Dort gehen die Zahlen der Kinder in den Kitas schon länger und stärker zurück. In vielen Gemeinden gibt es dort einen Überhang: zu viele Kita-Plätze, zu viele Erziehende, aber zu wenig Nachfrage. Hielte man an der bisherigen Personalausstattung fest, würde sich dort der Betreuungsschlüssel automatisch verbessern. Gerade in Ostdeutschland ist der Betreuungsschlüssel aus historischen Gründen schlechter als im Westen des Landes. Doch Kitas werden geschlossen, Stellen abgebaut.

Die Zustände in den Kitas haben ökonomische Folgen

Aber auch in Westdeutschland wird eine solche Zukunft einigen Regionen bevorstehen. Erziehungswissenschaftlerin Rahel Dreyer spricht von einer verpassten Chance. Dabei sind Investitionen in frühkindliche Bildung aus ökonomischer Perspektive essenziell.

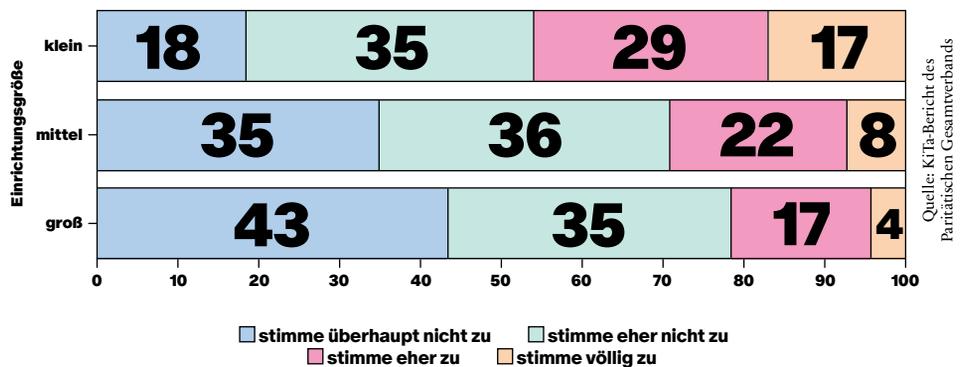
Bildungsökonomische Studien würden zeigen, dass sich Investitionen in frühkindliche Bildung besonders lohne, so Dreyer: »Für jeden investierten Euro fließen langfristig drei bis vier Euro zurück, als höhere Familieneinkommen, mehr Steuereinnahmen und zusätzliche Beiträge für die Sozialversicherung.« Dieser Effekt wirke wie ein BIP-Multiplikator, denn gute frühkindliche Bildung führe künftig zu höheren Bildungsabschlüssen und stärke nicht nur die eigene wirtschaftliche Lage, sondern treibe auch das gesamtwirtschaftliche Wachstum an, sagt Rahel Dreyer. Und nicht nur das, auch die demokratische Entwicklung ließe sich positiv beeinflussen. »In der Kita wird der Grundstein für demokratisches Engagement gelegt.«

Doch ein gesichertes, dauerhaftes Finanzierungskonzept gibt es nicht. Der Bund fördert, aber übernimmt keine langfristige strukturelle Verantwortung. Rahel Dreyer kritisiert das seit Jahren. »Der Staat hat ja den größten finanziellen Nutzen«, sagt sie. »Je mehr Eltern arbeiten, desto mehr Steuereinnahmen.«

Aber nicht nur beim Personal fehlt das Geld. Auch die Gebäude sind in schlechtem Zustand. Marc Richter will die Schäden in seiner Kita zeigen, führt durch den Garten. Vor kurzem sei die Schaukel zusammengebro-

»Mit dem tatsächlichen Personalschlüssel in unserer Einrichtung kann den Bedürfnissen der Kinder entsprochen werden«

Umfrage unter 1.714 Kindertagesstätten in Deutschland





chen. Ein Mädchen sei durch die Luft geflogen und »ist hier gelandet«, sagt er und deutet auf eine Stelle im Sand direkt neben einem kleinen Baum. »Das waren bestimmt drei Meter«, sagt er und reißt dabei die Augen auf. »Der Vater war ganz schön sauer.« Dann geht er weiter und zeigt mit dem rechten Zeigefinger auf ein Fenster im ersten Stock. Der graue Lack ist abgeplatzt, das Holz darunter ist dunkelbraun und morsch. »Das ist alles kaputt. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis wieder etwas passiert.«

Richter öffnet die Eingangstür zur Kita und geht durch einen dunklen Flur, vorbei an grauen Spinden in dem Essensraum. Ein kleiner Raum mit weißen Wänden, sechseckigen Tischen und Stühlen im Miniaturformat. Schwer vorstellbar, dass hier 30 Kinder essen sollen. In die abgestandene Luft mischt sich der süßliche Geruch voller Windeln und Reinigungsmittel.

Marc Richter erinnert sich genau an einen Tag im vergangenen Jahr, als er zum ersten Mal mit dem Verfall konfrontiert wurde. Er saß im Spielzimmer, »direkt nebenan«, sagt er und deutet mit einem Kopfnicken in die Richtung. Er tobte an diesem Nachmittag mit einigen Kindern auf dem Boden, als plötzlich krachender Lärm aus dem Essenszimmer zu ihm drang. Zwei Kinder seien panisch aus dem Raum gerannt. Als er durch die Tür trat, lag der meterbreite Lampenschirm zerbrochen auf dem Esstisch. »So ein grauer, wie man die früher auch in der Schule hatte«, ergänzt Richter. »Der kam einfach runter«, sagt er und wirkt immer noch entsetzt. Dabei fährt er mit dem Finger wieder und wieder über die tiefe Kerbe im grünen Holz des Esstischs, als könne er es immer noch nicht fassen. »Wenn da ein Kinderkopf gewesen wäre.«

Richter sagt, nicht nur für die Kinder sei der Zustand gefährlich und geht weiter ins

nächste Zimmer. »Hier« im größten Spielraum gäbe es ein Problem mit dem Lärmschutz, sagt Marc Richter. Die Wände sind mit bunten Bäumen bemalt, in den Ecken liegen rote Bauklötze auf hellgrünem PVC-Boden. »In diesem Durchgangszimmer ist es immer irre laut.« Tatsächlich klingt seine Stimme plötzlich um ein Vielfaches lauter, dabei ist es um ihn herum still. »Sobald zwei Kinder kreischen, ist es hier kaum auszuhalten.« Vor kurzem hatte er eine Ohrenentzündung. »Da bin ich hier mit riesigen Lärmschutzkopfhörern rumgelaufen«, sagt er und greift sich mit beiden Händen an die Ohren, als wären die Kopfhörer noch da.

Die fehlende Wertschätzung der Gesellschaft

Gerade in der unzureichenden Finanzierung zeigt sich die fehlende Wertschätzung auf politischer Ebene. Erziehungswissenschaftlerin Dreyer fordert ein klares Bekenntnis des Bundes: »Ein Sondervermögen von vier bis fünf Milliarden Euro jährlich würde dem Kita-System enorm helfen.« Sie plädiert für verbindliche Standards – etwa beim Personalschlüssel und bei Maßnahmen, wenn dieser unterschritten wird. »Die aktuellen Unterschiede untergraben Chancengerechtigkeit«, warnt sie. Besonders Kitas mit vielen sozial benachteiligten Kindern müssten besser ausgestattet werden – personell wie räumlich. Auch neue Karrierewege im System hält sie für dringend nötig, um den Beruf attraktiver zu machen.

Wie geht Marc Richter mit der fehlenden Wertschätzung von Eltern und Gesellschaft um? Er überlegt kurz, sagt dann, er versuche es

nicht zu sehr an sich heranzulassen und wirkt dann doch etwas angefasst, als er noch hinzufügt: »Für manche Eltern sind wir nur die Basteltanten. Das werde ich nicht ändern können.« Dann blickt er zur Seite und sagt etwas leiser: »Trotzdem fühlt man sich manchmal gedemütigt.« Die Kinder seien die einzigen, die seine Arbeit wertschätzen.

Erst im vergangenen Herbst wollten Richter und seine Kollegen streiken. Für bessere Arbeitsbedingungen. Doch das Berliner Arbeitsgericht hatte noch vor Beginn den Riegel vorgeschoben und die unbefristeten Streiks durch die Gewerkschaft ver.di als rechtswidrig eingestuft. »Am nächsten Morgen in die Kita zu gehen, war frustrierend«, sagt Richter. »Aber was willst du machen?« Da ist sie wieder, die Resignation, die man Richter immer wieder ansieht und -hört. Er ballt die Hände zu Fäusten, löst sie wieder. »Ich könnte die Tasche packen, einfach gehen«, sagt der 31-Jährige und wirkt fast ein bisschen trotzig. »Aber dann ist die Kollegin hier allein«, schiebt er schnell hinterher, als wolle er nicht zu lange über diese Option nachdenken. ●

*Name von der Redaktion geändert

VIKTORIA REICH arbeitet als freie Journalistin. Sie hat Jura studiert und schreibt über Rechtspolitik, soziale Ungleichheit und gesellschaftlichen Wandel.



Kita-Politik ist der Schlüssel

Kinder

Investitionen in die Kinderbetreuung helfen nicht nur gegen Ungleichheit. Sie fördern auch Bildung, Integration und Wachstum.
Von **Katharina Spieß**



Investitionen in Kitas haben positive Folgen für die Gesellschaft. Sie helfen, Ungleichheit abzubauen, die frühkindliche Bildung zu fördern und die Integration voranzubringen. Daher müssen sie gezielter erfolgen, um Kita-Zugänge und Kita-Qualität hierzulande zu verbessern. Laut den aktuellsten Daten der Kinder- und Jugendhilfestatistik besuchten im Frühjahr 2024 rund 40 Prozent aller Kinder unter drei Jahren sowie 91 Prozent der Kinder im Alter zwischen drei Jahren und dem Schuleintritt Angebote der Kindertagesbetreuung – dazu zählen sowohl Kindertageseinrichtungen als auch die öffentlich geförderte Kindertagespflege. Die Betreuungsquoten für Kinder unter drei Jahren unterscheiden sich allerdings deutlich zwischen Ost- und Westdeutschland: Während in den ostdeutschen Bundesländern etwa 55 Prozent der Kinder unter drei Jahren Kitas nutzen, liegt der Anteil in den westdeutschen Bundesländern bei lediglich 34 Prozent – und das, obwohl es seit Mitte 2013 einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem zweiten Lebensjahr gibt. Dennoch kann für Deutschland festgehalten werden, dass die frühkindliche Bildung und Betreuung in Kitas zu einem festen Bestandteil des Aufwachsens geworden ist. Die öffentlichen Ausgaben für Kitas, die hauptsächlich von Kommunen und Ländern, in geringerem Maße auch vom Bund getragen werden, sind nach dem Kita-Ausbau der letzten Jahre stark angestiegen. Aus einer volkswirtschaftlichen Perspektive ist das eine wichtige Entwicklung, denn diese Investitionen sind mit einer hohen gesamtwirtschaftlichen Rendite verbunden.

Für eine bessere Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit

Ohne Kindertagesbetreuung wäre die Erwerbstätigkeit und das Erwerbsvolumen von Müttern mit kleinen Kindern deutlich geringer. Der Ausbau von Betreuungsplätzen hat messbare Effekte auf die Erwerbsquote und das Arbeitsvolumen von Müttern. Repräsentative empirische Studien zeigen, dass der massive Ausbau der Kita-Angebote in den letzten

15 Jahren die Erwerbsbeteiligung von Müttern mit Kleinkindern im Alter von zwei bis drei Jahren signifikant erhöht hat – bei Vätern hingegen zeigen sich keine vergleichbaren Effekte, sie arbeiten in der Regel ohnehin Vollzeit.

Von einer besseren Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit profitieren aber nicht nur die betroffenen Familien, deren Einkommen steigt, sondern auch die Gesellschaft insgesamt. Gerade bei einkommensschwachen Haushalten kann die Betreuung den Unterschied machen: Sie verhindert, dass Familien – allen voran Alleinerziehende – in Armut geraten. Mütter profitieren außerdem langfristig: Kürzere Unterbrechungen der Erwerbsbiografie wirken sich positiv auf das Lebenseinkommen sowie die Alterssicherung aus. Insgesamt entstehen durch die stärkere Erwerbstätigkeit wichtige Impulse für das Wirtschaftswachstum, insbesondere im Kontext des demografischen Wandels und dem damit verbundenen Fachkräftemangel.

Während viele Studien sich auf die quantitativen Effekte konzentrieren, zeigen einige Studien auch, dass die Qualität der Betreuung und Bildung entscheidend für die Erwerbsfähigkeit von Müttern ist: Eine gute Kita-Qualität kann die Produktivität am Arbeitsplatz von Müttern erhöhen.

Der Nutzen frühkindlicher Bildung

Eine qualitativ hochwertige Kita stellt aber nicht nur Betreuung bereit, sondern auch Bildung, sie fördert die kindliche Entwicklung umfassend. Bildungsökonomische Forschung belegt, dass vor allem Kinder aus benachteiligten sozialen Verhältnissen überproportional von guter Kita-Qualität profitieren. Die Effekte zeigen sich in ihrer sprachlichen, sozialen und kognitiven Entwicklung, im weiteren Bildungsverlauf sowie im späteren Erwerbsleben – mit positiven Auswirkungen auf berufliche Qualifikationen und die Gesundheit im Erwachsenenalter. Frühe Bildung kann langfristig den Bedarf an sozialen Transferleistungen senken. Höhere Steuer- und Sozialbeiträge bei gleichzeitig geringeren Sozialausgaben bedeuten aus volkswirtschaftlicher Sicht ein Plus. Studien beispielsweise aus Norwegen belegen, dass der Kita-Ausbau langfristig auch zur Verringerung der gesamtwirtschaftlichen Einkommensungleichheit beitragen kann und sogar die geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede reduziert. Darüber hinaus wirkt sich ein verlässliches Kita-Angebot auch indirekt positiv auf Kinder aus – etwa durch die Steigerung des Wohlbefindens der Mütter, was wiederum positiv auf die Entwicklung von Kindern wirken kann.

All diesen positiven Effekten stehen Kosten gegenüber – insbesondere, wenn eine hohe Qualität angestrebt wird. Diese Inves-



titionen sind kurzfristig beachtlich. Doch die genannten Ergebnisse belegen: Qualitativ hochwertige und gezielt eingesetzte Frühförderprogramme weisen sehr günstige Kosten-Nutzen-Verhältnisse auf – je nach Studie zwischen 1:7 und 1:16. Es muss also bedacht werden, dass ein Teil der öffentlichen Ausgaben zum Beispiel über erhöhte Steuer- und Sozialabgaben wieder an den Staat zurückfließen. Studien zeigen, dass sich bis zu 40 beziehungsweise 50 Prozent der Ausgaben für Kitas auf diesem Wege refinanzieren.



Kitas fördern Integration

Auch im Kontext von Migration und Flucht sind Kitas ein zentrales Instrument der Integration – vor allem durch Sprachförderung und das soziale Umfeld. Der Besuch einer Kita kann die gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und ihren Müttern deutlich verbessern. Studien zeigen, dass geflüchtete Mütter, deren Kinder eine Kita besuchen, um rund 40 Prozent besser integriert sind als Mütter ohne betreute Kinder. Kitas leisten also auch einen Beitrag zur Integrationspolitik – ein Effekt, der die Rendite der Investitionen zusätzlich erhöht. Hinzu kommt, dass Kitas auch dazu beitragen können, dass Eltern ihre Kinderwünsche realisieren – auch dies zeigen empirische Studien – und damit tragen sie zu einer

Steigerung der Geburtenrate bei. Zusätzlich stellen Kitas einen bedeutenden Beschäftigungssektor für pädagogische Fachkräfte dar – dies zeigt sich insbesondere heute, wo auch in diesem Bereich von einem eklatanten Fachkräftemangel auszugehen ist.

Untersuchungen – unter anderem von Ökonomie-Nobelpreisträger James Heckman und Kollegen und Kolleginnen – zeigen, dass Investitionen in frühkindliche Bildung deutlich höhere Renditen erzielen als Bildungsmaßnahmen zu einem späteren Zeitpunkt. Der Grund: Früh erworbene Fähigkeiten bilden die Basis für weiteres Lernen. Vor allem Kinder aus benachteiligten Familien profitieren von solchen außerfamiliären Bildungs- und Betreuungsangeboten. Internationale Studien belegen zudem: Je stärker Angebote auf die gesamte Familie ausgerichtet sind, also nicht nur auf die Kinder, sondern auch die Eltern, desto wirkungsvoller sind sie.

Doch für Deutschland gilt: Nach wie vor sind große sozio-ökonomische und -demografische Unterschiede in der Nutzung von Kindertageseinrichtungen, speziell bei Kindern unter vier Jahren, festzumachen. Immer noch sind die meisten Angebote primär auf Kinder ausgerichtet, Familienzentren, in denen Familien auch beraten und gefördert werden, sind seltener.

Ärmere Familien bekommen seltener Kita-Plätze

Insbesondere jene Gruppen, die von einem frühen Kita-Besuch besonders profitieren würden, sind in Kitas unterrepräsentiert: Das sind Kinder aus Familien, die zu Hause überwiegend kein Deutsch sprechen, deren Eltern ein geringeres formales Bildungsniveau haben, die armutsgefährdet oder alleinerziehend sind. Von den ein- bis unter dreijährigen Kindern aus Familien, die zu Hause überwiegend kein Deutsch sprechen, nutzen nur 40 Prozent Kitas. Bei den anderen Kindern sind es 66 Prozent. Ähnliche Unterschiede zeigen sich auch für andere Altersgruppen. Bei zweijährigen Kindern aus armutsgefährdeten Familien sind es 35 Prozent und bei der Vergleichsgruppe 70 Prozent. Hinzu kommt, dass diese Unterschiede schon viele Jahre zu beobachten sind. Nun könnte es sein, dass diese Familien keinen Kita-Bedarf haben. Dies ist aber keinesfalls so. Insgesamt bekommt in Deutschland jede fünfte Familie mit Kindern zwischen ein und unter drei Jahren keinen Kita-Platz, obwohl ein Bedarf besteht. Bei Familien, die zu Hause kein Deutsch sprechen, sind es insgesamt 39 Prozent – bei den Zweijährigen zum Beispiel 38 Prozent und bei armutsgefährdeten Familien 33 Prozent. Besonders betroffen sind auch bildungsferne Familien und alleinerziehende Elternteile. Die benachteiligten Gruppen geben außerdem an, dass sie viel größere Schwierigkeiten bei der Kita-Suche haben.

Vor diesem Hintergrund ist es Aufgabe der aktuellen Bundesregierung, gezielt in Regionen zu investieren, in denen es noch an Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren mangelt. Das würde gerade Kindern helfen, die zu Hause wenig sprachliche oder kognitive Anregung erfahren oder deren Familiensprache nicht Deutsch ist. Darüber hinaus sollten Maßnahmen zur Verbesserung der Kita-Qualität weiter intensiviert werden – etwa durch ein Bundesqualitätsgesetz mit einheitlichen Mindeststandards. Die neue Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag festgelegt, dass es neben dem Startchancenprogramm für Schulkinder auch eines für Kitas geben soll. Das ist wichtig – wichtig ist aber auch, dass dies nicht nur den Kindern zugutekommt, die bereits eine Kita besuchen, sondern dass dieses Startchancenprogramm auch Maßnahmen beinhaltet, die besonders jenen einen früheren Kita-Besuch ermöglicht, die bisher erst deutlich später Plätze in Einrichtungen erhalten. Nur dann kann gewährleistet werden, dass wir in unserer alternden Gesellschaft alle frühen Potenziale nutzen und entwickeln. ●

Während in den ostdeutschen Bundesländern etwa **55 % der Kinder unter drei Jahren Kitas nutzen, liegt der Anteil in den westdeutschen Bundesländern bei lediglich **34 %****

KATHARINA SPIESS ist Direktorin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BIB). An der Johannes Gutenberg-Universität Mainz hat sie die Professur für Bevölkerungsökonomie inne.

1848

Seneca Falls Convention in den USA

Die Frauenrechtlerinnen Elizabeth Cady Stanton und Lucretia Mott initiieren die erste Frauenrechtskonferenz der USA und fordern Gleichstellung in Eigentumsrechten, Arbeit und politischer Teilhabe. In den folgenden Jahrzehnten werden zahlreiche Reformen umgesetzt.

1869

Gründung der Women's Trade Union League in den US

In den USA schließen sich Arbeiterinnen mit bürgerlichen Unterstützerinnen zusammen, um sich für bessere Arbeitsbedingungen einzusetzen. Der Fokus liegt auf Löhnen, Sicherheit und dem Zugang zu gewerkschaftlicher Organisation.

1882

Married Women's Property Act in Großbritannien

In Großbritannien dürfen verheiratete Frauen erstmals ihr eigenes Einkommen und Eigentum unabhängig vom Ehemann behalten. Die rechtliche Reform stärkt die Unabhängigkeit von Frauen in der Ehe. Das verdeutlicht, wie umfassend Frauen im 19. Jahrhundert unterworfen wurden.

1919

Erste weibliche Gewerkschaften in Deutschland

Nach dem Ersten Weltkrieg entstehen in Deutschland erste Gewerkschaften, die spezifisch die Interessen arbeitender Frauen vertreten. Sie fordern bessere Löhne, geregelte Arbeitszeiten und mehr Schutz in den Fabriken – ein entscheidender Schritt zur Sichtbarkeit weiblicher Erwerbsarbeit.

1950er
–1960er**Ausbau des Kita-Systems in der DDR**

Die DDR etabliert ein flächendeckendes System staatlicher Kinderbetreuung, das berufstätigen Müttern die Erwerbsarbeit ermöglicht und Care-Arbeit kollektiviert. Durch Krippen, Kindergärten und Hortbetreuung wird Haus- und Sorgearbeit teilweise sozialisiert – ein Modell, das feministische Ökonominnen bis heute als Vorbild für öffentliche Infrastruktur diskutieren.

1970er

Free-Lunch-Programme der Black Panther Party in den USA

Im Rahmen ihrer Community-Programme organisiert die Black Panther Party kostenlose Frühstücke für schwarze Kinder in Schulen. Diese öffentliche Versorgungspolitik widersetzt sich dem vorherrschenden Familienideal und etabliert kollektive Sorgearbeit als politische Praxis.

1972

Gründung der Wages for Housework-Bewegung

In Italien, Großbritannien und bald weltweit fordern feministische Aktivistinnen, Hausarbeit als produktive Arbeit anzuerkennen und zu entlohnen. Silvia Federici, Selma James und Mariarosa Dalla Costa machen damit die strukturelle Ausbeutung unbezahlter Sorgearbeit sichtbar.



ELIZABETH CADY STANTON

LUCRETIA MOTT

MARSHA P. JOHNSON

Kämpfe um Gleichstellung

Frauen und queere Menschen kämpfen seit mehr als 200 Jahren für ihre Rechte. Diese Kämpfe drehen sich oft um Eigentum, Sorgearbeit und die Institution der Familie.

**INVEST
IN
CARING
NOT
KILLING**

SELMA JAMES

ANGELA DAVIS



SYLVIA RIVERA

1973

Gründung der Street Transvestite Action Revolutionaries (STAR)

Marsha P. Johnson und Sylvia Rivera gründen STAR, eine Organisation, die trans* Jugendliche, Sexarbeitende und Obdachlose unterstützt. Sie organisieren Unterkunft, Nahrung und Gesundheitsversorgung – ein radikales Beispiel gelebter Fürsorge außerhalb staatlicher Institutionen.

1980er

Queere Care-Netzwerke während der AIDS-Krise

Als Regierungen die AIDS-Krise ignorieren, bauen queere Communities eigene Netzwerke zur Pflege und Sterbebegleitung auf. Diese Care-Strukturen widersprechen dem heteronormativen Familienmodell und zeigen, wie queere Solidarität soziale Reproduktion kollektiv neu denkt.

1981

UN-Konvention CEDAW tritt in Kraft

Mit der völkerrechtlich bindenden Frauenrechtskonvention verpflichten sich UN-Mitgliedsstaaten zur Beseitigung aller Formen der Diskriminierung gegen Frauen, auch im wirtschaftlichen Bereich. Die Konvention markiert einen globalen Meilenstein in der Anerkennung von Frauenrechten als Menschenrechte.

1995

Weltfrauenkonferenz in Peking

Auf der vierten UN-Weltfrauenkonferenz wird die Beijing Platform for Action verabschiedet, die Gleichstellung in Beschäftigung, Ressourcenverteilung und Armutsbekämpfung fordert. Die Philosophin Angela Davis hebt auf der Konferenz die Verbindung zwischen Rassismus, Kapitalismus und Geschlecht hervor.

2000er

Feministische Ökonomik gewinnt an Einfluss

Theoretikerinnen wie Nancy Folbre, Marilyn Waring und Gisela Notz stellen unbezahlte Care-Arbeit, den Gender Pay Gap und strukturelle Benachteiligungen im Rentensystem ins Zentrum wirtschaftlicher Debatten. Feministische Ökonomik etabliert sich als eigenständige Denkrichtung

2020

Care Revolution und feministische Streiks

In der Schweiz, Spanien, Deutschland und Argentinien legen feministische Bewegungen mit Streiks und Protesten den Fokus auf die Aufwertung von Pflege-, Erziehungs- und Sorgearbeit. Mit dem Slogan »Wenn wir streiken, steht die Welt still!« machen sie die gesellschaftliche Abhängigkeit von Care-Arbeit unübersehbar.

2010er

Schwarze Transbewegung für ökonomische Gerechtigkeit in den USA

Organisationen wie die Black Trans Advocacy Coalition oder For the Gworts setzen sich für Wohnraum, medizinische Versorgung und finanzielle Unterstützung für Schwarze *trans Frauen ein. Sie verbinden queeren Aktivismus explizit mit ökonomischer Umverteilung und antikapitalistischer Politik.

Wirtschaftstheorie

Der Neoliberalismus entdeckte dank des Ökonomen Gary S. Becker die Familie als Wirtschaftseinheit und Alternative zum Wohlfahrtsstaat. Das hat auch in Deutschland Spuren hinterlassen. Von **Max Hauser**



Das Private ist ökonomisch



Haben Sie schon mal darüber nachgedacht, ob Ihr Kind ein langlebiges Konsumgut ist? Oder mit welchem Bildungsgrad Ihres Partners Ihr Lebens-

einkommen maximiert würde? Wenn Sie kein Ökonom sind, vermutlich eher nicht. Doch ob wir wollen oder nicht, die Familie erfüllt ökonomische Funktionen: Auf der einen Seite werden die großen Vermögen der Unternehmerdynastien steueroptimiert vererbt, auf der anderen müssen Familien bis weit in die Mittelschicht hinein die Lasten einer bröckelnden Daseinsvorsorge und des Wohnraum Mangels ausgleichen. Für viele Menschen fühlt es sich jedoch *falsch* an, die Familie explizit nach wirtschaftlichen Kriterien zu bewerten. Ist sie nicht einer der letzten Orte, an denen Liebe und gegenseitige Fürsorge kultiviert werden?

Ganz anders sah das die neoliberale Theorie in der Wirtschaftswissenschaft, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entwickelt wurde und die westliche Familienpolitik bis heute prägt. Und mit keinem anderen Namen ist dieses Projekt mehr verbunden als mit dem US-amerikanischen Nobel-Gedächtnispreisträger Gary S. Becker. So wie Keynes die Makroökonomie begründete, stempfte Becker mit seinem Kosten-Nutzen-Ansatz ganze Zweige der Mikroökonomie aus dem Boden. Ob man ihm nun zustimmt oder kritisiert, es ist schwierig, in der modernen VWL an ihm vorbeizukommen.

Becker trieb die Sorge um, dass die sozialen Umwälzungen der Nachkriegszeit – die Ermächtigung von Frauen und Minderheiten sowie der Anstieg von Scheidungen und Alleinerziehenden – die bürgerliche Kleinfamilie »beinahe zerstört« hätten. Sein Ziel war es, die Eigen- und Familienverantwortung zu

stärken – und den Sozialstaat abzubauen. Wie lassen sich Beckers Werk und die neoliberale Familienpolitik, die es inspirierte, ein halbes Jahrhundert später bewerten?

Von Babys und Cadillacs

Gary Becker, der Mitglied der berühmt-berüchtigten »Chicagoer Schule« um Milton Friedman und George Stigler war, wurde für seinen Ansatz bekannt, die neoklassische Preistheorie samt ihrer oft merkwürdigen Annahmen »erbarmungslos und unerbittlich« auf weitere Bereiche der Gesellschaft anzuwenden, die bisher als »unökonomisch« galten und zum traditionellen Revier der Soziologie gehörten. Dazu zählten unter anderem die Familie und die Bildung von Humankapital sowie Diskriminierung, Kriminalität und Bestrafung. Er wollte damit nicht weniger als einen umfassenden Erklärungsansatz für menschliches Verhalten vorlegen. Der Kosten-Nutzen-Ansatz war Beckers Hammer, dem jede Ent-

scheidungssituation wie ein Nagel vorkam.

So kam er dazu, die Familie als eine Produktionseinheit, wie eine kleine Firma, zu betrachten. Männer und Frauen fänden auf Heiratsmärkten zusammen, um auf Basis der jeweiligen Präferenzen und Informationen den erwarteten gemeinsamen Nutzen durch eine Eheschließung zu maximieren. Dazu gehöre, sich jeweils auf entweder Haus- oder Lohnarbeit zu spezialisieren, um den größten Nutzen aus effizienter Arbeitsteilung zu erzielen. Die Quantität und Qualität der Kinder hänge – wie beim Kauf eines Cadillacs – von den Ressourcenbeschränkungen und dem erwarteten Nutzen der Eltern ab. Eine Konsequenz der Theorie: Je höher die gesetzliche Rente ist, desto weniger Kinder werden geboren. Man kann Gary Becker zumindest keine unnötige Sentimentalität vorwerfen.

Mit dieser Radikalität erregte er die Aufmerksamkeit eines unwahrscheinlichen Bewunderers: des französischen Philosophen Michel Foucault. Der Theoretiker der Macht erkannte 1979 in seinen Vorlesungen zur *Ge-burt der Biopolitik* in Beckers Werk einen neuen liberalen Modus des Regierens und war davon regelrecht fasziniert. Foucault folgerte: In Beckers Neoliberalismus wird der Mensch nicht als Unternehmer geboren, sondern muss erst zu einem gemacht werden. Das soll dadurch zustande kommen, dass auf möglichst vielen Ebenen der Gesellschaft der Wettbewerb und die Eigenverantwortung gestärkt wird – angefangen bei der Familie.

Die marktliberale Stoßrichtung seiner Theorie passte zum politischen Zeitgeist der 1970er Jahre. Konservative Eliten hatten unter dem kombinierten Druck internationaler Wirtschaftskrisen und des gesellschaftlichen Umbruchs das Schreckgespenst einer unregierbaren Gesellschaft vor Augen. Sie befürchteten nicht weniger als den Zusammenbruch der traditionellen Autorität des Unternehmers am Markt und des Vaters zu Hause. Auch Teile der neuen Linken, wie Foucault, versprachen sich vom Neoliberalismus neue Formen des Selbstausdrucks und der Lebensführung jenseits der fordistischen Norm.

Es gilt zu bedenken, dass sich Theorien meist nicht reibungslos in Politik umsetzen und dass ihre konkrete Verwirklichung von vielen kontextuellen Faktoren abhängt. Dennoch kann man sagen, dass der weltweite Siegeszug des Neoliberalismus in Politik und Theorie die meisten westlichen Gesellschaften tiefgreifend prägte. Obwohl Becker in Deutschland akademisch eher ein Nischenthema blieb, lassen sich auch hier an drei Beispielen die gleiche politisch-ökonomische Bewegung zum Erhalt traditioneller Rollenmuster und zur Stärkung der Familienverantwortung in Zeiten der gesellschaftlichen Liberalisierung nachvollziehen.

Haben Sie schon mal darüber nachgedacht, ob Ihr Kind ein langlebiges Konsumgut ist?

Die Familie als Firma

Nach der reichlich späten rechtlichen Gleichstellung der Ehefrau 1977 fördert die BRD seit den 1990er Jahren das Familienmodell des Doppelverdienerhaushalts mit geteilten Fürsorgepflichten. Theoretisch ist offen, wer von beiden mehr verdient und wer mehr Sorgearbeit leistet, praktisch hat sich vor allem durch die Ausweitung der Beschäftigung mit Mini- und Teilzeitstellen das Modell des männlichen Hauptverdieners mit weiblicher Teilzeitverdienerin etabliert. Das Ehegattensplitting macht große Einkommensunterschiede zwischen den Ehepartnern weiterhin steuerlich attraktiv. Trotz punktueller Fortschritte sind es aber weiter die Frauen, die bei einem Kinderwunsch Verdienstverluste und Karriereknicks hinnehmen müssen, die mehr Elternzeit nehmen, mehr Zeit mit der Arbeit im Haushalt verbringen, und es schwer haben, nach einer Schwangerschaft in Vollzeitarbeit zurückzukehren. Jede zweite erwerbstätige Frau arbeitet in Teilzeit, verglichen mit nur 12 Prozent der Männer.

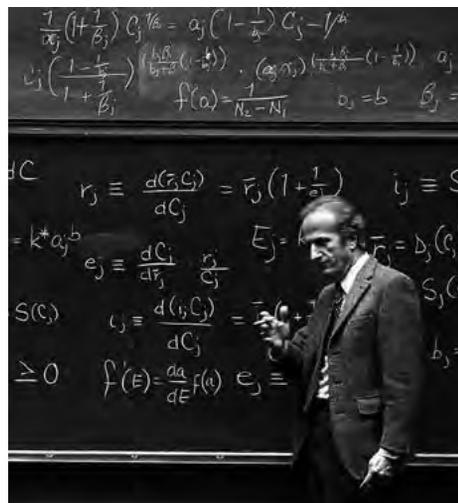
Die große Reform der Pflegeversicherung 1995 auf Teilkasko-Basis war ein Kompromiss zwischen den Neoliberalen, die eine vollständig private Lösung bevorzugten, sowie den Konservativen und Sozialdemokraten in der Tradition der öffentlichen Sozialversicherungen. Sie leistete einer doppelten Privatisierung der Pflege Vorschub, indem sie »die häuslich-ambulante Pflege vor der stationären begünstigte« und mit der Vorrangklausel gewerbliche Anbieter förderte, denn »die öffentliche Hand sollte nur dann eigene Einrichtungen schaffen, falls vonseiten der Wohlfahrtsverbände und der Privatwirtschaft nichts zu erwarten war«, so die Historikerin Nicole Kramer.

Die Bereitstellung wirtschaftlicher Sicherheit durch die Familie wurde in Deutschland auch mit der juristischen Fiktion der »Bedarfsgemeinschaft« (§7 SGB II) gestärkt, die im Zuge der Hartz-IV-Reformen 2005 eingeführt wurde. Innerhalb dieser Gemeinschaft werden die Einkommen aller Mitglieder berücksichtigt, egal ob rechtliche Unterhaltspflichten bestehen oder nicht. Wer zusammenlebt, so hat es der Staat bestimmt, soll sich gegenseitig unterstützen. Damit beginnt für Betroffene eine oft langjährige und demütigende Auseinandersetzung mit dem Arbeitsamt, wo zum Beispiel der Arbeitslohn der erwachsenen Kinder mit dem Leistungsbezug der Eltern verrechnet wird.

Die Unterhaltsrechtsreform von 2008 könnte als Gegenbeispiel aufgefasst werden, denn mit ihr sollte Schluss sein mit der »Versorgerehe«. Das Ziel war es, im Fall einer Scheidung den Kindern den Vorrang bei den Unterhaltszahlungen zu geben und damit die Selbständigkeit von Frauen nach der Ehe zu

fördern. So ein modernes Familienrecht scheiterte allerdings daran, dass es noch kaum moderne Familien gab. Viele Frauen, die sich in der Ehe gemäß Beckers effizienter Arbeitsteilung auf »Hausarbeit spezialisiert« hatten, stürzten nach der Scheidung in Armut. Deshalb wurde das Gesetz 2013 nachjustiert. Die vielen umständlichen Nachweispflichten für geschiedene Frauen, dass sie sich um die eigene Versorgung gekümmert oder »ehebedingte Nachteile« erlitten hätten, sind geblieben.

Angesichts dieser Beispiele können wir von einer widersprüchlichen Modernisierung sprechen, die den Frauen nach ihrer rechtlichen Gleichstellung implizit die männliche Norm vorschreibt – und deshalb letztendlich nicht gelingen kann. Diese Norm beruht nämlich auf der stillschweigenden Voraussetzung, dass jemand anderes die Hausarbeit erledigt.



Gary Becker lehrte mehr als 30 Jahre lang an der University of Chicago.

Leben wir in Beckers Welt?

Gary Beckers »greatest hit« dürfte wohl das Konzept des Humankapitals sein, also die verkörperten Kenntnisse und Kompetenzen des Individuums. Es hat sich derart in unsere Bildungsinstitutionen und gar unser Selbstverständnis eingeschrieben, dass es naiv wirkt, eine *nicht* unmittelbar vom Markt verwertbare Bildung anzustreben. Becker lag allerdings mit seiner Annahme falsch, dass die wachsende Bedeutung von Humankapital in der »Wissensgesellschaft« die Ungleichheit reduzieren würde. Thomas Piketty widmete ihm in seinem Bestseller *Das Kapital im 21. Jahrhundert* eine persönliche Fußnote, um seinen vorzeitigen Abgang aufs schöne, übertragbare Kapital zu kritisieren.

Das neoliberale Projekt, zu dem Becker beitrug, wollte die bürgerliche Familie paradoxerweise durch ihre Ökonomisierung retten. Für reiche Familien bedeutete das Steuerprivilegien (Stichwort: Betriebsvermögen) und

»family offices«; für arme Familien einen Abbau der Daseinsvorsorge und der »fordernde Sozialstaat«. Die unvermeidliche Konsequenz: Vermögen werden zunehmend weniger erarbeitet als vielmehr vererbt; in Deutschland besitzen nur zwei Familien mehr als die untere Hälfte der Bevölkerung. Das liberale Flaggmagazin *The Economist* spricht daher von der »Rückkehr der Erbekratie«.

In der Geschlechterpolitik hat sich der Neoliberalismus als flexibel genug erwiesen, um etwa mit monetären Anreizen oder Frauenquoten Forderungen nach Gleichstellung aufzunehmen, ohne traditionelle Rollenmuster ernsthaft zu überwinden. Es bräuchte dafür mindestens eine Arbeitszeitverkürzung, aber die Pläne der neuen Bundesregierung zeigen in die völlig entgegengesetzte Richtung. Mit der Abschaffung des Achtstundentages und der steuerlichen Förderung von Überstunden würde de facto wieder die männliche Brotverdiener-Norm etabliert werden.

Erst die Entlastung der Familie von ihren wirtschaftlichen Funktionen wird sie wirklich stärken können. Je weniger es zu Hause um wirtschaftliche Not oder Vorteil geht, desto eher gibt es Zeit und Raum für Liebe und Fürsorge. Dazu gehört, die Besteuerung und den Anspruch auf Sozialleistungen konsequent individuell zu gestalten, soweit es ohne Berücksichtigung der familiären Verhältnisse geht. Das sollte jedoch niemandem zum Nachteil gestaltet werden, wie es etwa Hausfrauen in der Unterhaltsrechtsreform geschehen ist.

Das würde allerdings bedeuten, die Kosten der menschlichen Reproduktion zu sozialisieren, das heißt auf den Staat und die Gesellschaft zu übertragen. Das wird unweigerlich den Widerstand von Kapitalinteressen hervorrufen, die sich gegen den Verlust an Zeit und Geld, die sich sie aneignen können, organisieren werden. Der konservative Backlash gegen die ohnehin begrenzten Fortschritte der letzten Zeit ist bereits in vollem Gange. In Gary Beckers Werk können dessen Akteure weiterhin viele Argumente und Instrumente finden, um die männliche Norm zu rationalisieren – und umzusetzen. ●



32



Silvia Federici

Die Entdeckung unsichtbarer Arbeit

Portrait Silvia Federici prägte die Theorie von Geschlecht, Arbeit und Familie wie keine andere. Dass heute selbstverständlich von Sorgearbeit gesprochen wird, ist ihr Verdienst. Von **Xenia Miller**



Silvia Federici erkannte früh, dass Karl Marx etwas vernachlässigt hat, nämlich Arbeit, die Frauen leisten. 1942 geboren und in einem sozialistischen Dorf mit Partisanen-Tradition aufgewachsen, las sie schon als Teenagerin seine Werke – die zum Ausgangspunkt ihres Denkens, aber auch zum Objekt ihrer Kritik werden sollten. Es war ihre Mutter, die sie dazu inspirierte, die bislang Unsichtbaren sichtbar zu machen. Denn Marx hatte die industrialisierte Fabrikarbeit des 19. Jahrhunderts im Blick, als er seine Wert- und Kapitaltheorie formulierte. Andere Formen der Arbeit kannte er zwar, gerade aber die Sorgearbeit hat er nie eigens theoretisch untersucht und ins Verhältnis zur kapitalistischen Wertschöpfung gesetzt. Und so sollte es Federicis Mission werden, die spezifische Ausbeutung und Zurichtung der Frauen im Kapitalismus sichtbar zu machen und damit einen neuen, materialistischen Feminismus zu prägen.

Der feministischen Aktivistin, Sozialwissenschaftlerin und Philosophin ist es zu verdanken, dass wir heute, geht es um Care-Arbeit, von *Arbeit* sprechen können. In ihrer, wie sie es scherzhaft nennt, »unglücklichen Ehe« mit dem Marxismus folgt sie der Auffassung, dass für die Produktion auch eine Reproduktion notwendig ist, dass die Arbeitskraft kontinuierlich wiederhergestellt werden muss. Nach Marx konstituiert sich der Prozess der Reproduktion dadurch, dass Güter konsumiert und mit einem Lohn gekauft werden können: das Bett zum Ausruhen, das Essen und Trinken für die Kraft. Aber, so fragt Federici, wer macht das Bett? Wer kocht das Abendessen? Wer erzieht die Kinder zur nächsten Generation Fabrikarbeiter und Hausfrauen? Wer erfüllt die sexuellen Wünsche des Ehemannes? Und zu welchem Lohn? Die heterosexuelle Kernfamilie, so Federicis Hauptthese, ist die Grundlage, auf der die kapitalistische Arbeitsteilung beruht: der Ehemann, der in die Fab-

rik geht und die Hausfrau, die zu Hause für die Reproduktion der Arbeitskraft des Mannes und für die nächste Generation von Arbeitenden sorgt.

Federicis politische Heimat: die feministische Bewegung der 1970er

Doch Federici kämpfte nicht nur auf dem Papier. Ihre Forderung danach, die Haus- und Fürsorgearbeit als Teil des gesamtgesellschaftlichen (Re-)Produktionszyklus anzuerkennen, war Kern der feministischen Bewegung der 1970er Jahre. »Manche Männer verurteilten uns, andere waren sehr überrascht«, erinnert sich die heute 82-jährige italienische Theoretikerin Mariarosa Dalla Costa. Sie waren überrascht von der Forderung, die plötzlich im Raum stand und die Geschlechterverhältnisse erschütterte: Am 8. März 1974 zogen Feministinnen durch die Straßen des italienischen Mestre und forderten einen Lohn für die Hausarbeit, die sie sonst kostenlos verrichteten. Dalla Costa hatte bei der Demonstration eine Rede gehalten und damit die gemeinsam mit ihren Genossinnen vorbereitete Kampagne »Wages for Housework« (»Löhne für Hausarbeit«) gestartet. Die Kampagne hatten Dalla Costa und Federici gemeinsam mit den feministischen Aktivistinnen und Schriftstellerinnen Selma James und Brigitte Galtier im

Federici will nicht nur die gerechte Entlohnung der Hausfrau, sondern auch die Emanzipation der Frau von der Hausfrau.

Jahr 1972 in Padua gegründet. Doch es sollte nicht bei Padua bleiben. Ziel war es, eine globale Bewegung anzustoßen und die materialistische feministische Theorie zu erneuern – auch gegen den Widerstand manch männlicher Marxisten, die, wie Dalla Costa sagte, den Feministinnen Spaltung vorgeworfen und ihre Frauen-Treffen gestört haben.

In Dalla Costa fand Silvia Federici ihre (politische) Heimat. Wie sie in ihrer Essaysammlung *Revolution at Point Zero* schreibt, habe sie nach dem Lesen eines Pamphlets Dalla Costas sofort gewusst, »dass ich mein Zuhause, meinen Stamm und mein eigenes Selbst als Frau und Feministin gefunden hatte.« Ihr Umfeld und die Praxis haben Federici zweifelsohne geprägt und sie bis heute begleitet. 1973, nach ihrer Emigration in die USA, gründete sie das *Wages for Housework Committee* in New York. Kurz darauf schrieb sie ein dazugehöriges Pamphlet.

»They say it is love. We say it is unwaged work«, lauten die ikonischen ersten Worte der Streitschrift *Wages against Housework* von 1975. »Against«, nicht »for«, wie im Kampagnen-Titel, weil Federici unmissverständlich machen will, dass sie und ihre Genossinnen nicht wortwörtlich die gerechte Entlohnung der Hausfrau, sondern vor allem die Emanzipation der Frau von der Hausfrau zum Ziel haben. Sie schreibt: »Wenn wir für Löhne kämpfen, kämpfen wir eindeutig und direkt gegen unsere soziale Rolle.« Es geht um die Wahlfreiheit, die eigene Arbeitskraft für Lohn zu verkaufen, Hausarbeit zu verweigern, oder in einer lesbischen Konstellation zu leben. Die Abweichung von der binären und heterosexuellen Konstellation, so heißt es in Federicis Pamphlet, ist es, was das kapitalistische Herrschaftsverhältnis ins Wanken bringt.

Vor allem aber sollten die Kampagne und das Flugblatt erst einmal sichtbar machen, dass

es sich bei Care-Arbeit nicht um einen kostenlosen Service aus Liebe zum Partner und zur Familie handelt, sondern um knallharte, repetitive Arbeit, die einen spezifischen Zweck in der kapitalistischen Gesellschaft verfolgt: die Reproduktion der Arbeitskraft. Bei Federici bilden Frauen und Männer gemeinsam das Proletariat, Frauen jedoch noch einmal eine Art Proletariat im Proletariat. Denn die Hausarbeit ist von anderer Qualität als die Lohnarbeit. Ihre Ausgestaltung sei in besonderer Weise manipulativ und mystifiziert, da sie »zu einer natürlichen Eigenschaft unseres weiblichen Körpers und Charakters erklärt wurde«, schreibt Federici in ihrem Pamphlet. Und der ausbleibende Lohn macht die Manipulation noch gravierender. Wer für einen Lohn arbeitet, wird nur darüber getäuscht, dass in Wirklichkeit ein Mehrwert abgeschöpft wird – wer ohne Lohn arbeitet, stellt *offensichtlich nur* Mehrwert für die andere Person her.

Wie es zur Ausbeutung der Frau kam

Dabei, so betont die Feministin, ist diese Ordnung nicht gottgegeben oder gar zufällig entstanden, sondern beruht auf der Subjektivierung der Frau zur Hausfrau, einer Art lebenslangen »Berufsausbildung«. An dieser Stelle grenzt sich Federici von anderen feministischen Theoretikerinnen ab: An den radikalfeministischen Positionen kritisiert sie, dass sie die Tendenz haben, kulturelle gegenüber sozio-ökonomischen Erklärungen vorzuziehen. Sozialistinnen wie Alexandra Kollontai und Clara Zetkin wiederum würden richtigerweise auf die »Geschichte spezifischer Ausbeutungssysteme« rekurrieren, dabei aber die Ausbeutung der Frau nur aus dem Ausschluss von der Produktion herleiten, nicht aber ihre Reproduktionsarbeit als »Quelle von Wertschöpfung und Ausbeutung« betrachten. Diese Defizite in der feministischen Theorie führten Federici dazu, nach den materiellen Ursachen für das patriarchale System zu suchen. Daraus entstand 2004 ihr bahnbrechendes Werk mit dem Titel *Caliban und die Hexe*, das einer genealogischen Methode, also dem Nachzeichnen spezifisch historischer Entwicklungen mit dem Ziel, strukturelle Zusammenhänge zu erkennen, folgt. Sie überprüft eine These, zu der ihre Genossinnen Mariarosa Dalla Costa und Selma James die Vorarbeit geleistet haben: Die Unterdrückung der Frau sei nicht bloß Überbleibsel des Feudalismus, sondern ein zentraler Bestandteil und Motor im »Prozess kapitalistischer Akkumulation«.

Um die Ausbeutung der Frau zu verstehen, untersucht Federici in *Caliban und die Hexe* historisch den Übergang vom Feudalismus in den Kapitalismus. Im 16. Jahrhundert scheiterten Adel und Kirche zunehmend daran, die Klassenverhältnisse in ihrer bisherigen Form zu verwalten. Erstmals sei die Macht der Hand-

Begriffe und historische Ereignisse

Reproduktion

Damit eine Arbeiterin oder ein Arbeiter am nächsten Tag wieder für die Produktion bereit ist, muss ihre beziehungsweise seine Arbeitskraft reproduziert werden. Über den Arbeitstag hinweg »nutzt sich die Arbeitskraft« ab, Menschen werden erschöpft, hungrig und müde. Um weiterarbeiten zu können, müssen sie daher zu Abend essen, ausreichend schlafen und sich pflegen, was selbst wiederum mit Arbeit verbunden ist.

(Historischer) Materialismus

Die Theorie des (historischen) Materialismus folgt der Kernthese, dass gesellschaftliche Entwicklung und Geschichte primär durch die materiellen Bedingungen, also die Produktionsbedingungen, geprägt sind. Wenn sich die Produktionsbedingungen verändern, verändert sich auch die gesamte Gesellschaft politisch, rechtlich, kulturell und ideologisch.

Ursprüngliche Akkumulation

Den Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus beschreibt Karl Marx im *Kapital*, Band 1 als gewaltsamen historischen Prozess. Dieser ging mit der Trennung der Arbeiterinnen und Arbeiter von ihren Produktionsmitteln einher, zum Beispiel der Bäuerin von ihrem Land. Marx will damit betonen, dass die besitzende Klasse ihren Besitz nicht friedlich erlangt hat und dass der enteigneten Klasse durch den Prozess nichts anderes übrig blieb, als ihre Arbeitskraft für einen Lohn zu verkaufen.

1. Feministische Welle

(Mitte 19. bis Anfang 20. Jahrhundert):

Feministinnen kämpften für rechtliche und politische Gleichheit und Freiheit für Frauen, vor allem in Form des Wahlrechts. Zentral war auch der Zugang zu Bildung, zur Arbeit und zur Verhütung.

2. Feministische Welle

(1960er bis -80er Jahre):

In dieser Phase fokussierten sich Feministinnen auf Arbeitsrechte, reproduktive Rechte und das Patriarchat als System. So wurden auch Geschlechterrollen infrage gestellt: »Das Private ist politisch.«

3. Feministische Welle

(ab 1990er Jahre):

Feministinnen beschäftigen sich mit Intersektionalität, also der Verschränkung von Diskriminierung, zum Beispiel in zugleich sexistischer und rassistischer Form. Neben dem Aufbrechen von Genderidentitäten wird auch gegen sexuelle Gewalt gekämpft.



werkerinnen und Handwerker, Bäuerinnen und Bauern im feudalen Europa laut Federici besonders gewachsen, nachdem die Pest die Bevölkerung um 30 bis 40 Prozent dezimiert hatte. Denn das bedeutete eine hohe Nachfrage nach Arbeitskräften sowie reichlich eigenes Land für diejenigen, die überlebt haben. Eine breite Masse an Leibeigenen verkürzte ihre Arbeitszeit und ihr Selbstbewusstsein stieg. Europa weit schlossen sich ganze Dörfer zusammen, um kollektiv Zahlungen wie Steuern zu verweigern. Gleichzeitig spukten Ideen kommunaler und demokratischer Produktion durch Europa und die Selbstversorgung wurde ausgebaut.

Wie Federici weiter nachzeichnet, ließen sich die Lehnsherren das nicht gefallen und griffen unter anderem in Italien, Frankreich und England erneut stärker auf Sklaverei zurück – was jedoch in noch größeren Aufständen der Bäuerinnen und Bauern mündete,

zum Beispiel im Großen Bauernkrieg im Jahr 1524 auf deutschem Gebiet. Ihr Zusammenschluss und die mächtige Position auf dem Arbeitsmarkt sorgten in der bäuerlichen und handwerklichen Klasse schließlich dafür, dass ihre Leibeigenschaft fast vollständig aufgelöst wurde. Doch gemeinsam mit dem Bürgertum bereitete der Adel bereits eine Konterrevolution vor.

Diese Situation spitzte sich Federici zufolge in den 1620er und -30er Jahren in einer ersten staatenübergreifenden Arbeitskrise des frühen Kapitalismus zu. Der angehäuften Reichtum ehemaliger Lehnsherren konnte nicht reproduziert werden, weil der Mehrwert aus der Arbeitskraft nicht mehr so einfach auszupressen war. Versuche, Menschen zu Quasi-Sklaven zu degradieren, gefährdeten die Reproduktion der bereits geschrumpften arbeitenden Bevölkerung. Die vermeintliche Lösung schien für die Herren und Kaufleute die Privatisierung von Land zu sein, beginnend mit dem Verkauf von kirchlichem Land im Zuge der Reformation in Europa und endend mit gewaltsamer Enteignung und Plünderung von sich widersetzen Bäuerinnen und Bauern.

Der Rest ist Geschichte, doch einen wesentlichen Teil dieser ersten kapitalistischen Transformationen haben weder Marx noch Foucault, dafür aber Federici näher betrachtet: Diese Entwicklung beruhte wesentlich auf der Enteignung von Frauen, der Abwertung ihrer Reproduktionsarbeit, sowie ihrer Verfolgung als »Hexen«. Während im Feudalismus zwar auch eine misogynen Aufgabenteilung zwischen den Geschlechtern galt, so bildeten Produktion und Reproduktion nichtsdestotrotz eine Einheit. Der Haushalt, der gemeinsam produzierte und reproduzierte, trug auch die gemeinsamen Früchte davon. Mit der Trennung von den eigenen Produktionsmitteln, so schreibt Federici,

galt von nun an nur noch die Arbeit als wertschöpfend, die auf dem Markt angeboten wurde – die, die hinter verschlossener Tür verrichtet wurde, wurde unsichtbar, und aus dem männlichen Lohn herausgerechnet.

Zusätzlich musste der höhere Stand nach der Pest die gesamtgesellschaftliche Arbeitskraft erhöhen. Denn die sinkende Anzahl an Männern, die zu einem niedrigen Lohn produzieren können, wurde unter anderem von Vertretern des Merkantilismus als Hindernis von Wirtschaftswachstum gesehen. Hierin, so die zentrale These Federicis, liegt die Hauptursache für die Disziplinierung von Frauen zur Reproduktionsarbeit. Frauen und vor allem ihre Körper wurden »unmittelbar in den Dienst der kapitalistischen Akkumulation gestellt«, schreibt Federici. Kirche und Staat kriminalisierten Verhütung, Sex aus Lust sowie Schwangerschaftsabbrüche. Wer sich dem Geburtdiktat widersetzte, wurde zur Hexe verurteilt, verfolgt und meist mit dem Tod bestraft. Die ökonomische Degradierung und Entrechtung der Frau mussten ideologisch gerechtfertigt werden. Für die so entstandene Klasse aus altem Adel und neuen Kaufleuten, so analysiert Federici, hatte dies mehrere positive Effekte: Die Arbeitskraft der Bevölkerung wurde gesteigert, die neue Lohnarbeiterklasse gespalten, das revolutionäre Potenzial der Frauen eingeehrt und der menschliche Körper zur Maschine des frühen Kapitalismus formiert.

Die Rolle des Kolonialismus im Kapitalismus

In Federicis Hauptwerk gibt es nicht nur die »Hexe«, sondern auch den »Caliban« – eine fiktive Figur aus William Shakespeares *The Tempest*, die Federici metaphorisch benutzt, um die Disziplinierung des rebellischen, ko-

Flugblatt mit der Verbrennung einer angeblichen Hexe von 1531. Unten: *Der Hexenschlaf* von Albert von Keller von 1888.



Frauen und vor allem ihre Körper wurden »unmittelbar in den Dienst der kapitalistischen Akkumulation gestellt«, schreibt Federici.



lonisierten Körpers zur kapitalistischen Arbeitskraft zu analysieren. Für die Entstehung und den Fortbestand des Kapitalismus haben nicht nur Frauen, sondern auch die kolonisierten Menschen und Erden weltweit geblutet. Die *ursprüngliche Akkumulation*, so betont sie, beruhte auch auf dem Raub und der Versklavung des sogenannten Globalen Südens. Indigene Frauen sind hier in doppelter Hinsicht kolonialisiert: Federici beschreibt, dass Frauen in Amerika unter der spanischen Kolonialherrschaft nicht nur als Indigene, sondern auch als Frauen degradiert wurden, sie waren »Hexe« und »Caliban« zugleich.

Federicis Theorie und Praxis wurde maßgeblich durch ihre Arbeit als Dozentin in Nigeria von 1984 bis 1987 beeinflusst. Von den dortigen wirtschaftspolitischen Umbrüchen zu dieser Zeit zieht sie Parallelen zum Prozess



Chicago, 1970: Die Frauenrechtsbewegung kämpft um materielle und rechtliche Gleichstellung.

der ursprünglichen kapitalistischen Akkumulation in Europa, aber auch zur Enteignung der Frauen. Sie sah vor Ort, wie in Nigeria Privatisierungen durchgeführt und die Arbeit von Frauen abgewertet wurde. Die Jahre, in denen Federici in Nigeria gelehrt hat, waren geprägt von Verhandlungen der nigerianischen Regierung mit der Welthandelsorganisation (WTO) und der Weltbank. Grund dafür war eine »Schuldenkrise«, die laut Federici jedoch hausgemacht war, indem Ländern des globalen Südens zunächst billige Kredite gestattet wurden, um später die Zinsen in unermessliche Höhen zu heben. Die Schulden sollte dann ein Strukturanpassungsprogramm bewältigen, oder in Federicis Worten: ein Rekolonisationsprojekt als Mittel der Konterrevolution der besitzenden Klasse. Mit der Verarmung der Bevölkerung durch diesen Prozess sind in den 1980er und -90er Jahren in Nigeria auch Hexenverfolgungen wieder aufgeflammt. Zugleich zeigten Frauen in Nigeria, wie man sich wehren kann, indem sie gemeinsame Güter pflegten und sie gegen Enteignungen und das Patriarchat verteidigten. Feministische und antikoloniale Kämpfe sind für Federici keine Nebenwidersprüche, sondern gemeinsame Kämpfe gegen dasselbe kolonialistische, kapitalistische und fossile Patriarchat.

Neue Herausforderungen

Es sind 20 Jahre vergangen, seitdem Federici ihr Schlüsselwerk veröffentlicht hat. Mittlerweile gilt die Philosophin und Sozialwissenschaftlerin in der marxistisch-feministischen Theorie als Klassikerin, ihre Schriften gehören zum Kanon. Dieses Jahr ist Silvia Federici 83 Jahre alt geworden, sie lebt heute mit ihrem Ehemann, dem Philosophen George Caffentzis, in New York. Mit ihren Interventionen, zum Beispiel zur Coronavirus-Pande-

mie oder zur Occupy Wall Street-Bewegung, schafft sie es auch heute, die sich immer weiter entwickelnden patriarchalen und kapitalistischen Strukturen treffend zu analysieren. In dem Sammelband *Aufstand aus der Küche* von 2012 problematisiert sie eine von ihr beobachtete Re-Traditionalisierung im globalen Norden. Ursächlich seien neoliberale Einsparungen im Sozialstaat, die insbesondere die Bereiche Pflege und Gesundheit individualisieren – was im Umkehrschluss die vom Staat am meisten begünstigte Konstellation der heterosexuellen Familie befördert.

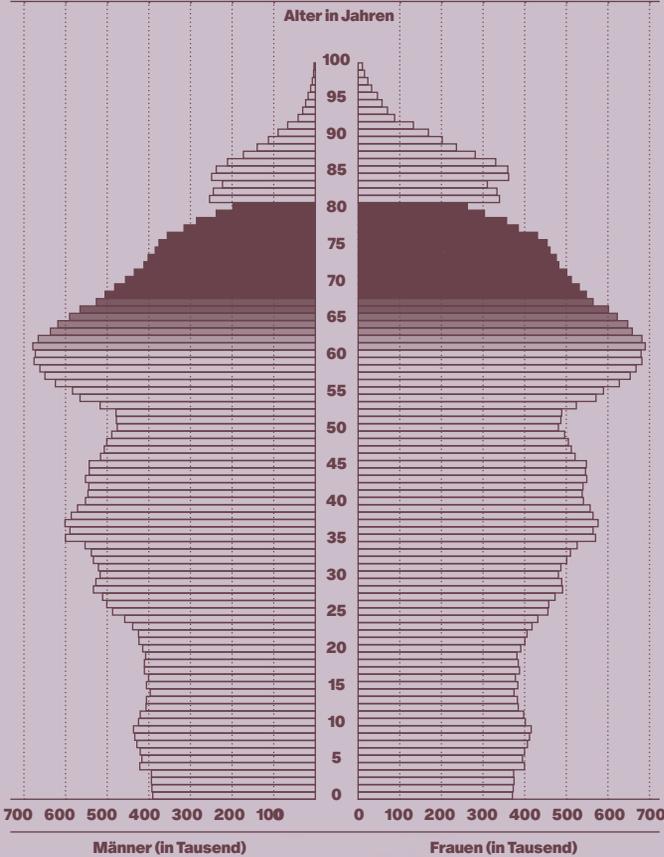
Im Gegensatz zu den 1970er Jahren sind Frauen heute in den meisten Ländern recht selbstverständlich Teil des Arbeitsmarktes, auch wenn nach wie vor viele in Teilzeit arbeiten. So waren laut Statistischem Bundesamt und Mikrozensus im Jahr 1970 in Westdeutschland nur circa 46 Prozent aller Frauen erwerbstätig, hingegen im Jahr 2023 fast 76 Prozent aller Frauen. So stehen wir heute vor einem Paradox: Frauen sind nun oft gezwungen, neben dem Hauptjob auch weiterhin die Hausarbeit kostenlos zu verrichten. Aus Gleichstellungserfolgen kann so häufig eine Doppelbelastung folgen. Federicis frühe Kritik an sozialistischen Feministinnen, dass der Eintritt in die Lohnarbeit die Frauen nicht befreien würde, hat sich bewahrheitet. Die geschlechtliche Aufteilung der Haus- und Fürsorgearbeit hat sich nicht signifikant verändert, weiterhin üben vor allem Frauen die unbezahlte Arbeit aus – neben der Erwerbsarbeit.

Von feministischen Kämpfen lernen

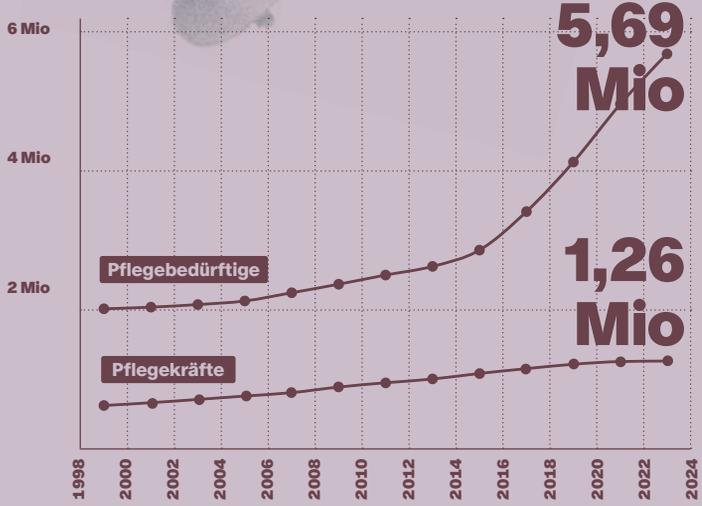
Federici baute und baut ihre Überlegungen immer wieder auf den Erfahrungen und den Kämpfen der Frauen vor ihrer Zeit und zu ihrer Zeit auf. Sie dachte, wie sie in einem Interview erzählt, bei der Recherche nach Hexenverbrennungen im 16. und 17. Jahrhundert sehr oft über das individuelle und zugleich kollektive Leid von Frauen nach, das sich durch die Historie zieht. Geschichte, und insbesondere weibliche Geschichte – bestehend aus Streik, Boykott und Protest – stellt für sie ein »notwendiges Instrument des Kampfes« dar, eine Erinnerung und Anleitung zugleich. Wenn wir heute damit konfrontiert sind, dass der Wohlfahrtsstaat zurückgebaut, das Recht auf körperliche Autonomie eingeschränkt, Frauen auf der Flucht an den nationalstaatlichen Grenzen zurückgewiesen und im Krieg sexueller Gewalt ausgesetzt sind, sollten wir mit Federici versuchen, diese Gewalt zu verstehen – um sie zu bekämpfen. ●

Frauen sind heute oft gezwungen, neben dem Job auch die Hausarbeit zu verrichten. Aus Gleichstellungserfolgen kann so eine Doppelbelastung folgen.

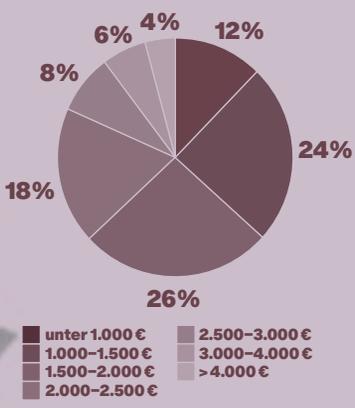
Bevölkerungspyramide Deutschland mit Boomer-Jahrgängen eingezeichnet (1945–1965)



Pflegebedarf nach Sozialgesetzbuch



Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), Wiesbaden 2025



Quelle: Alterssicherungsbericht der Bundesregierung 2024

West

2.299 € Männer

1.863 € Frauen

Ost

1.843 € Männer

1.843 € Frauen

Durchschnittliches monatliches Nettoeinkommen Alleinstehender ab 65 Jahren

Pflegefall Boomer

Die Boomer gehen bis spätestens 2032 in Rente. Das könnte zu einer noch stärkeren Überlastung des Pflegesystems führen.



Politik

»Angstmindernde Wirtschaftspolitik schafft gute Arbeitsplätze«

Markus Marterbauer war Chefökonom der österreichischen Arbeiterkammer und ist nun Finanzminister der Sozialdemokratischen Partei Österreichs. Im Interview erklärt er, wie er trotz Kürzungen Vertrauen zurückgewinnen will. Geführt von *Lukas Scholle*

Sie gelten als fortschrittlichster Finanzminister im deutschsprachigen Raum seit Jahrzehnten. Dennoch kämpfen Sie mit einer Schuldenkrise light in Österreich – werden Sie der deutschsprachige Yanis Varoufakis?

Nein (lacht). Ich bin grundsätzlich kein großer Freund von Vergleichen mit ehemaligen oder aktuellen Politikern. Varoufakis würde wohl einiges viel radikaler angehen als ich und zum anderen ist er schlussendlich gescheitert. Unsere Politik hingegen wird erfolgreich sein. Wir haben tatsächlich das Problem, dass die Ausgangssituation im Budget verheerend ist. Ohne Sanierungsmaßnahmen hätten wir in diesem Jahr ein Budgetdefizit von 5,8 Prozent des BIP gehabt. Das ist auch der Grund dafür, warum wir trotz des falschen Zeitpunkts, nämlich in einer schlechten wirtschaftlichen Lage, jetzt das Sanierungspaket machen.

Das Risiko ist zu hoch, dass wir gerade bei diesen notorisch instabilen Finanzmärkten in Schwierigkeiten kommen. Insbesondere deshalb, weil die Prognosen auch gesagt hätten, dass das Defizit in den nächsten Jahren nicht zurückgegangen wäre. Wir haben sehr viel Rücksicht darauf genommen, dass das jetzt möglichst konjunktur- und beschäftigungsschonend wird. Die negativen Multiplikator-Effekte sollten eher gering sein.

Wie ist Österreich in diese Situation gekommen?

Das sind im Wesentlichen zwei Gründe, die miteinander zusammenhängen. Die schlechte Wirtschaftslage ist der Hauptgrund. Wir sind das dritte Jahr in der Rezession. Das bedeutet, wir haben weniger Einnahmen bei den Sozialbeiträgen, bei der Lohnsteuer, Einkommensteuer, Gewinnsteuern, bei den Verbrauchssteuern. Gleichzeitig haben wir mit steigender Arbeitslosigkeit höhere Kosten.

Da muss man sich natürlich fragen: Warum haben wir so eine schlechte Wirtschaftsentwicklung – auch im europäischen Vergleich? Das ist sicher der Politik der Vergangenheit geschuldet. Ich möchte das an der jüngsten Teuerungskrise im Vergleich zum Energiepreisschock der 1970er Jahre zeigen: Damals haben wir in Österreich umfassende Preisregulierung gehabt. Sie hat dazu geführt, dass die Inflation relativ niedrig war. Jetzt haben wir eine der höchsten Inflationsraten, weil man nicht in Preise eingegriffen hat. Die letzte Regierung hat versucht, die hohe Inflation auszugleichen, indem Subventionen und Transfers massiv ausgeweitet wurden. Dadurch hat man einerseits die Teuerung nicht in den Griff bekommen, und gleichzeitig das Budget in »troubles« gebracht.

Ähnliche Phänomene gab es während der Coronakrise und in der Klimapolitik: Zu umfangreiche Förderungen,



aber viel zu wenig Regulierungen, Eingriffe und Vorschriften. Gleichzeitig wurden die Gewinnsteuern gesenkt, die Lohnnebenkosten gesenkt, die kalte Progression verhindert. Das alles ohne Gegenfinanzierung. Das Ergebnis ist die Budgetmisere.

Mit welcher Finanzpolitik wollen Sie Österreich wieder auf Kurs bringen?

Das Problem ist, dass wir relativ kurzfristig kürzen müssen, weil wir erst seit Anfang März regieren. Ich habe das Budget am 13. Mai im Parlament vorgestellt. Der Großteil der Maßnahmen tritt mit dem 1. Juli in Kraft. Wir brauchen aber dieses Jahr noch Ergebnisse. Das heißt, es gibt in einem ersten Schritt relativ grobe Kürzungen und Steuererhöhungen. Gleichzeitig wollen wir ein mittelfristiges Programm umsetzen, wo es um Strukturreformen geht.

Die Budgetsanierung besteht zu rund einem Drittel aus diversen steuerlichen Maßnahmen: etwa aus höheren Gewinnsteuern auf Banken und Energiekonzerne, einer teilweisen Rückabwicklung des Ausgleichs der kalten Progression, einer höheren Tabaksteuer, einer Umwidmungsabgabe oder dem Schließen von Steuerschlupflöchern bei Share Deals.

Dann kürzen wir aber auch bei Transfers. Der Klimabonus wird abgeschafft. Das war die Ergänzung zur CO₂-Steuer in Österreich. Es wurde aber doppelt so viel Klimabonus ausgeschüttet, wie über die CO₂-Steuer eingenommen wurde. Dieser muss jetzt aufgrund der herausfordernden Situation gestrichen werden, obwohl er an sich kein schlechtes Instrument ist. Rein von der ökonomischen Konzeption her ist das etwas anderes als bei den Transfers. Daneben werden die Familienleistungen und andere Sozialleistungen für zwei Jahre nicht indiziert. Das heißt, sie bleiben zwar bestehen, aber werden nicht an die Teuerung angepasst. Insgesamt ist es ein breites Sammelsurium an Maßnahmen.

In einem Ihrer letzten Bücher plädieren Sie für eine »angstmindernde Wirtschaftspolitik«, sind die geplanten Kürzungen nicht sogar angstfördernd?

Das wäre genau das, was ich nicht will. Es ist klar, dass jede Sanierungspolitik negative Effekte auf Konjunktur und Beschäftigung hat. Die sollen aber möglichst gering sein. Wir versuchen auch, die Verteilungseffekte im Griff zu haben. Die Generalsekretärin der Caritas sagt, die »Kürzungen treffen Ärmste am härtesten«.

Die Sanierung trifft leider alle zu einem gewissen Teil. Man kann keine Sanierung im Ausmaß von 6,4 Milliarden Euro (2025) und 8,7 Milliarden Euro (2026) machen, ohne dass es bemerkt wird. Aber es ist unser Anspruch, möglichst gerecht zu sein. Und wir versuchen den Gruppen, die besonders armutsgefährdet sind, entgegenzukommen. Wir machen zum Beispiel bei Alleinerziehenden – das ist die am zweitstärksten armutsgefährdete Gruppe bei uns – einen zusätzlichen Topf für Unterhaltszahlungen. Oder wir führen jetzt auch eine Jobgarantie für ältere Langzeitarbeitslose ein.

Bei der letzten Wahl 2024 hat die rechtsextreme FPÖ in Österreich fast 29 Prozent bekommen, seit der Wahl haben sie weiter dazugewonnen.

Die FPÖ lebt von Angst und Unsicherheit. Mit unseren Maßnahmen versuchen wir dem entgegenzutreten. Wir wollen Angst nehmen, indem wir wieder zu einer faktenbasierten Debatte zurückkommen. Wir versuchen wieder, den großen gesellschaftlichen Kompromiss in Österreich in den Mittelpunkt zu stellen. Gleichzeitig haben wir einen klaren Plan, wie wir die Staatsfinanzen in Ordnung bringen. Für eine große Investitionsoffensive oder große Programme gegen Arbeitslosigkeit fehlen die Mittel im Moment.

Deutschland hat sich gerade enorme Haushaltsspielräume verschafft, wobei noch unklar ist, ob sie mit den EU-Regeln kompatibel sind, die auch Ihnen zu schaffen machen. Was erwarten Sie von Ihrem neuen sozialdemokratischen Amtskollegen Lars Klingbeil?

Ich blicke sehr positiv nach Deutschland, insbesondere was das Infrastrukturprogramm betrifft. Ich finde, das ist wirklich ein Paradigmenwechsel. Die 500 Milliarden für die nächsten zwölf Jahre an Infrastrukturmaßnahmen sind nicht nur etwas, das der deutsche Standort bitter notwendig hat, sondern das ist einfach auch ein Zeichen von expansiver Wirtschaftspolitik. Das finde ich sehr positiv.

Ich erhoffe mir davon auch einen Paradigmenwechsel auf der europäischen Ebene. Für mich ist die ganze europäische Debatte aber im Moment viel zu stark auf Militärausgaben ausgerichtet. Ich glaube schon, dass viel dafür spricht, dass sich Europa im Verteidigungsbereich auf die eigenen Beine stellen muss, auch um unabhängiger vom Pentagon zu werden. Aber Investitionen im Infrastrukturbereich sind deswegen bitter notwendig, weil man die Kli-



makrise ja nur durch neue Mobilitäts- und Energiesysteme in ganz Europa bewältigen kann. Nicht zuletzt erhoffe ich mir von Lars Klingbeil, dass die fortschrittlichen Kräfte auch im Rat für Wirtschaft und Finanzen stärker werden, in dem alle Finanzminister der Europäischen Union vertreten sind. Da freue ich mich auf die Zusammenarbeit.

Worauf hoffen Sie konkret?

Ich bin langjähriger, man könnte fast sagen, jahrzehntelanger Anhänger der Goldenen Regel, bei der Investitionen von den Schuldenregeln ausgenommen werden sollen. Gerade angesichts der neuen Investitionen glaube ich, dass dort mehr Spielraum wäre. Das würde ich mir von den Fiskalregeln erhoffen. Gleichzeitig beginnt jetzt die Debatte über den neuen EU-Fiskalrahmen. Das wird eine ganz entscheidende Debatte für Europa. Und meine Vorstellung wären auf europäischer Ebene mehr Spielräume für eigene Einnahmen und gezielte Verschuldungsmöglichkeiten.

Worauf würden Sie in Österreich den Fokus bei zusätzlichen Spielräumen setzen?

Was wir dringend brauchen, sind Investitionen. Wir haben zwar öffentliche Investitionen, die pro Jahr ungefähr einen Prozentpunkt des BIP höher sind als die der Deutschen. Die öffentliche Investitionsquote liegt in Österreich bei 3,5 Prozent, in Deutschland selbst nach den jüngsten Steigerungen nur bei ungefähr 2,5 Prozent. Aber wir brauchen trotzdem viel mehr Investitionen, vor allem gegen die Klimakrise auf kommunaler Ebene, wo ein enormes Potenzial da wäre.



Man kann keine Sanierung im Ausmaß von mehreren Milliarden machen, ohne dass es bemerkt wird.

Investitionen sollten breiter gedacht werden, vor allem im Bildungs- und Integrationsbereich, wo wir große Defizite haben. Wir sind ein Einwanderungsland und trotzdem gelingt die Integration oftmals schlecht. Das ist ein enormes Potenzial für die Volkswirtschaft, wo man viel mehr investieren sollte. Das betrifft den Qualifizierungsbereich und generell den Strukturwandel des Arbeitsmarktes. Das wären eigentlich die Bereiche, wo ich mehr Geld ausgeben würde, wenn es möglich wäre.

Also sind Investitionen aus Ihrer Sicht »angstmindernder« als stabilere Preise oder höhere Einkommen?

In meinem letzten Buch *Angst und Angstmacherei* mit Martin Schütz argumentieren wir, dass Ängste primär aus fehlender Wahrnehmung in der Gesellschaft sowie dem Abrutschen von Teilen der Bevölkerung in die Armut folgen. Armut ist ganz oft mit schlechter oder mangelnder Erwerbstätigkeit verbunden. Deshalb braucht es Maßnahmen, um die Erwerbstätigkeit zu fördern – und zwar in Richtung guter, qualitativer Arbeit in hochproduktiven Betrieben. Angstmindernde Wirtschaftspolitik schafft gute Arbeitsplätze und setzt soziale Mindeststandards. ●

Energiewende

Der Kampf um eine klimagerechte Wirtschaft dreht sich vorwiegend um den Stromsektor. Doch für Klimaneutralität wird das nicht reichen. Von **Caro Rube**



Die Klimakrise ist im Kern eine Energiekrise. Durch das Verbrennen fossiler Energieträger – Kohle, Öl, Gas – wird CO₂ freigesetzt und der Treibhausgaseneffekt angeheizt. Die Frage, wie und wie viel Energie wir produzieren, entscheidet, für wie viele Menschen der erhitzte Planet noch bewohnbar sein wird. Die gute Nachricht: Der Ausbau grüner Energie geht voran. Im Jahr 2024 stammten fast 60 Prozent des in Deutschland eingespeisten Stroms aus erneuerbaren Energien. Diese werden im Schnitt auch immer billiger, was sie zu Konkurrenten fossiler Energien macht. Gleichzeitig regt sich ein »Backlash« der fossilen Industrie. Donald Trump selbst startete seine Präsidentschaft unter dem Motto »Drill, baby, drill« – er möchte mehr Öl und Gas fördern, um Energiepreise zu drücken.

Angesichts dieser Entwicklungen kann es so wirken, als stünden sich zwei Energieregime gegenüber: Erneuerbare auf der einen, Fossile auf der anderen Seite. Doch die Realität ist komplizierter. Das Denken über die Energiewende und die Klimatransformation ist von lauter falschen Vorstellungen und Mythen geprägt: Erst kürzlich kündigte der Chef der Internationalen Energieagentur einen bevorstehenden Epochenwechsel an. Das Zeitalter der sauberen Elektrizität würde Öl und Kohle ablösen. Doch diese Vorstellung eines Wechsels von einem Energieregime in das andere vermittelt ein falsches Verständnis der Klimatransformation.

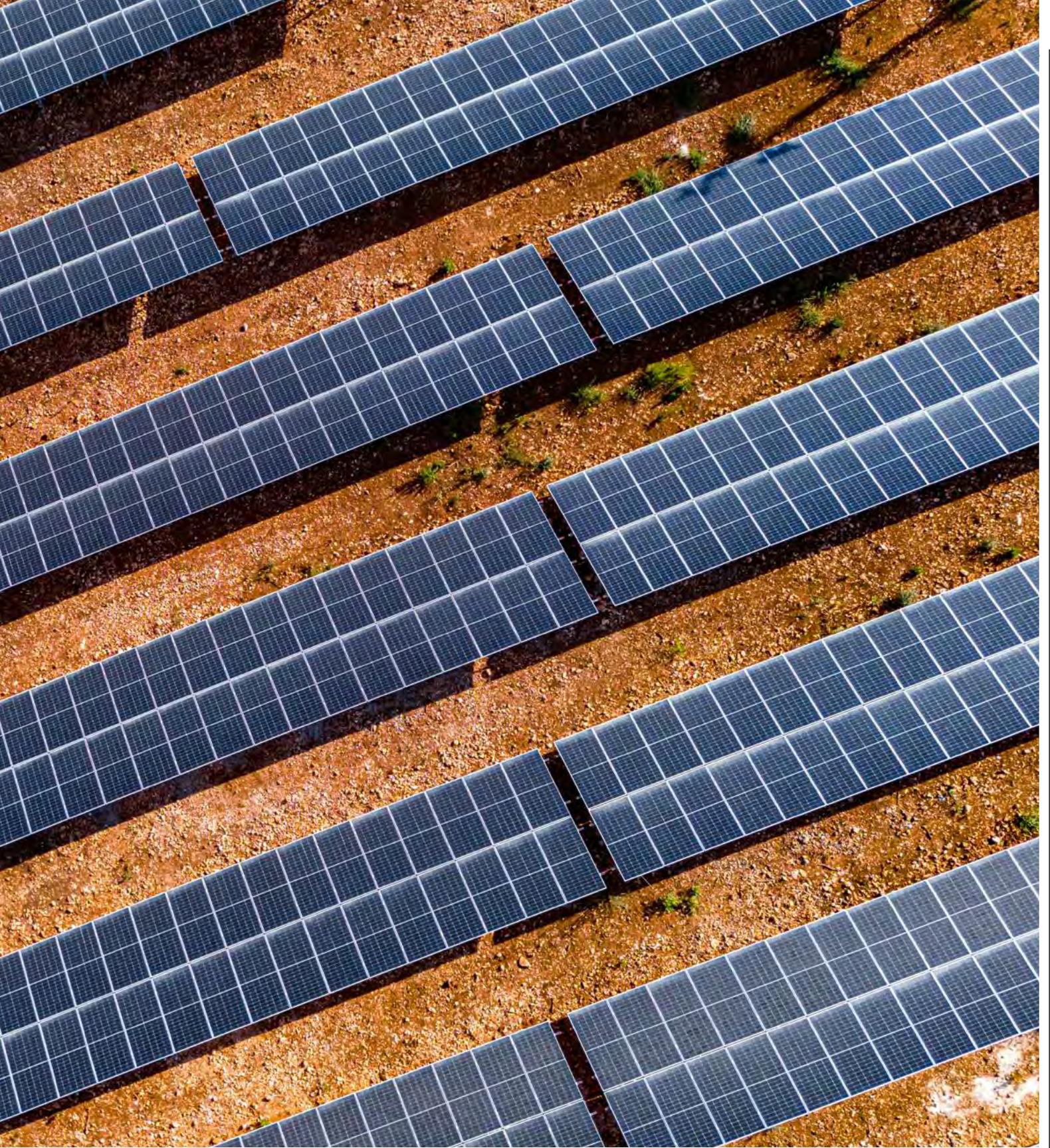
Historisch verwoben

Der Historiker Jean-Baptiste Fressoz zeigt in seinem Buch *More and More and More* auf, dass verschiedene Energiesysteme sich historisch nicht ablösen. Die Kohle verschwand nicht, nachdem das Öl entdeckt wurde. Er entkräftet gängige Transitionsnarrative, die die Weltgeschichte in unterschiedliche energetische Zeitalter einteilen. Laut Fressoz habe es historisch keine Energiewende gegeben, sondern lediglich eine Addition von Energiesystemen. Als etwa Kohle zunehmend ausgebaut wurde, sei auch immer mehr Holz genutzt worden, um die Schächte der Minen zu stützen.

Fressoz erklärt, dass das Argument der bevorstehenden grünen Energiewende – ermög-



Erneuerbare
Energie reicht
nicht aus



Bei der Transformation werden wichtige Produktionsprozesse vernachlässigt – etwa von Beton und Plastik.

licht durch den technischen Fortschritt – in der jüngeren Gegenwart oft dazu diente, eine tatsächliche radikale Transformation zu verhindern. Vorschläge wie Degrowth oder eine Diskussion um die zu hohe Nachfrage nach Energie und die Verteilung knapper Ressourcen wurden durch das technische Versprechen der bevorstehenden Transformation ausgehebelt. Fressoß schließt zwar nicht aus, dass es eine Umstellung hin zu erneuerbaren Energien geben kann, macht aber darauf aufmerksam, dass eine schnelle Wende weg von einem bestimmten Energieträger zu einem anderen bisher noch nie geglückt ist.

Ein prägnantes Beispiel für diese falschen Narrative rund um Energiewenden und den zugrunde liegenden Trend der Energie-Addition ist die heutige Holznutzung. Der Verbrauch von Biomasse, also Energiequellen aus pflanzlichem oder tierischem Ursprung, steigt massiv an, da sie als erneuerbar gilt. In der Theorie kann Wald gerodet werden, um dann wieder nachzuwachsen. Doch der steigende Holzbedarf trägt dazu bei, dass sich die Wälder nicht schnell genug regenerieren können. Im Jahr 2023 gab es erste Anzeichen, dass die natürliche CO₂-Speicherkapazität der Böden, Wiesen und Wälder abnimmt. Bricht diese wichtige Kohlenstoffsenke weg, kann nicht mehr die Rede davon sein, dass Holz eine erneuerbare Energie ist.

Die Energiewende baut also auf einen Träger, der laut Geschichte längst in den Hintergrund gerückt sein soll. Holz wurde angeblich von Kohle und Öl ersetzt, die nun wiederum von erneuerbaren Energieträgern ersetzt werden sollen. In Wahrheit wird der Holzverbrauch immer größer – und ob seine Nutzung als Energieträger tatsächlich erneuerbar ist, ist eine Frage der Implementation.

Energie – wofür?

Die Erzählung rund um Energiewenden wird ebenfalls komplizierter, wenn der Fokus darauf gelegt wird, wofür die produzierte Energie genutzt werden soll. Wenn die deutsche Bundesregierung von Energiewende spricht, spricht

sie meist von Strom – und wie er zunehmend durch Solaranlagen, Wind- oder Wasserkraft erzeugt wird. Und es stimmt, dass der Ausbau in Deutschland an Fahrt aufnimmt. Der Anteil der erneuerbaren Energien im Stromsektor stieg deutlich von 46,3 Prozent im Jahr 2022 auf 52,5 Prozent im Jahr 2023. Doch auch im Stromsektor können wir eine Verkettung der fossilen mit den erneuerbaren Energieträgern betrachten. China zum Beispiel baut massiv erneuerbare Energie aus, doch in Verbindung damit wird auch Kohle massiv ausgebaut – einerseits um den Energiehunger zu stillen, aber auch um das Stromnetz zu stabilisieren. Langfristig will China diese Verkettung lösen, indem Batterien Strom speichern und so bei Dunkelflauten genutzt werden können. Auch in Deutschland sollen im Sinne der Energiesicherheit Gaskraftwerke ausgebaut werden – ob es das braucht, ist umstritten, insbesondere da die versprochene Technologie, um das emittierte CO₂ einzufangen und zu speichern, in dieser Form nicht existiert.

Es wird immer mehr grüner Strom produziert, gleichzeitig wird jedoch auch immer mehr Strom verbraucht. Insbesondere stellen Datenzentren, künstliche Intelligenz und Kryptowährungen neue, sehr energieintensive Nutzungsfelder dar, die Effizienzsteigerungen teilweise aushebeln könnten.

In anderen Sektoren sind die Prognosen noch pessimistischer. Die Produktion der Grundstoffe Plastik, Beton und Stahl ist laut Fressoß für über ein Viertel der globalen CO₂-Emissionen verantwortlich. Die Messungen diesbezüglich sind ungenau, doch die Emissionen sind wohl groß genug, um das Pariser Klimaabkommen zu gefährden. Um den Energiebedarf und somit die Emissionen dieser Grundstoffe zu drücken, braucht es entweder eine Reduktion der CO₂-Intensität – gleich viel Plastik muss mit weniger Energie hergestellt werden – oder eine Reduktion der Nachfrage – der Plastikbedarf muss sinken.

Im Stahlbereich gibt es einerseits Fortschritte beim Recycling, aber auch durch neue Produktionsmechanismen. Erste Hochöfen lau-



fen etwa mit Erdgas und in Zukunft potenziell mit grünem Wasserstoff. Außerdem gibt es Anzeichen für eine Sättigung der Material-Nachfrage. Das bedeutet, dass trotz steigendem Bruttoinlandsprodukt der Pro-Kopf-Stahlverbrauch stabil bleibt. Bei anderen Grundstoffen ist die Prognose jedoch düsterer. Zement ist kaum recycelbar, Produktionsprozesse basieren auf fossilen Energieträgern und konnten bisher kaum elektrifiziert werden – doch die Nachfrage bleibt stabil. Auch Plastik wird kaum wiederverwertet, nur 9,5 Prozent des Plastiks stammen aus recyceltem Material, der Rest wird auf Basis von fossilen Energieträgern hergestellt. Die Sättigung ist auch in Industrienationen nicht erreicht.

Die Aufrüstung gefährdet die Klimatransformation..



Das Narrativ der Energiewende und der Ausbau von Erneuerbaren fokussiert sich zu stark auf den Stromsektor. Das verstellt den Blick auf Sektoren, deren Produktionsprozesse nicht elektrifiziert oder auf erneuerbare Energien umgestellt werden – etwa von Beton und Plastik. Fragen der Reduktion des Verbrauchs werden so umgangen.

Statt darüber nachzudenken, wer tatsächlich wie viel Energie verbrauchen kann, wird im Rahmen von Krieg und Krise die Debatte rund um Energiewende von der historischen Frage der Energieunabhängigkeit eingeholt. Symptomatisch ist die Debatte rund um »Freiheitsenergie«, die versucht, die geopolitischen Vorteile erneuerbarer Energien in den Vordergrund zu stellen. Im Zuge des russischen Angriffskriegs argumentierte der damalige Finanzminister Christian Lindner für Solar- und Windenergie, um die deutsche Energie-Abhängigkeit zu verringern. Der Begriff »Freiheitsenergie« fungiert dabei als Scharnier zwischen denen, die sich für eine Energiewende hin zu Erneuerbaren einsetzen und denen, die sich für deutsche Energieunabhängigkeit starkmachen. Solar- und Windenergie seien nicht nur wichtig um der Emissionen willen, sondern auch um geopolitische Interessen zu verteidigen.

Doch dieses Argument scheidet, sobald man die ökologischen Folgen mit einbezieht. Die Rhetorik rund um Energieunabhängigkeit bedeutet im deutschen Fall nicht nur der Verzicht auf russisches Gas, sondern auch Aufrüstung. Hundert Milliarden werden in die Rüstungsindustrie gepumpt, das bedeutet erstmal einen intensiven Stahlverbrauch – ob die Nachfrage aus der Rüstungsindustrie die schwächelnde Nachfrage der Autoindustrie ersetzen kann, ist noch offen, doch die Stahlindustrie hofft auf die Aufträge der Bundeswehr.

Zudem werden Waffen nicht nur produziert, sondern auch genutzt. Krieg fordert Menschenleben und führt zu massiver Zerstörung. Häuser und Straßen werden zerbombt und müssen wieder aufgebaut werden – all das kostet Ressourcen, Energie und führt zu CO₂-Emissionen.

Energiesysteme sind Gesellschaftssysteme

Die Komplexität von Energiesystemen wird in zahlreichen wissenschaftlichen Disziplinen anerkannt. Historiker und Historikerinnen wissen, dass Energiepolitik – besonders im energiearmen Deutschland – Geopolitik ist. Die Zeiten, in denen Olaf Scholz die Gaspipeline Nord Stream 2, die von Russland nach Deutschland führte, als »rein wirtschaftliches Projekt« betitelte, waren eine historische Anomalie. Politische Systeme haben sich in den letzten 150 Jahren verändert, die materiellen Gegebenheiten und energetische Engpässe nicht. Im Zweiten Weltkrieg etwa versuchte das Naziregime durch IG Farben, synthetische Treibstoffe aus Kohle herzustellen, um den Mangel an Öl zu kompensieren.

Heutzutage sind sogenannte Energiepartnerschaften Ausdruck des deutschen Energieengpasses. Die ausgebeuteten Ressourcen sind nun Land und Sonne, die dann in Form von grünem Strom oder Wasserstoff nach Europa geschifft werden sollen.

Energiesysteme beeinflussen nicht nur Geopolitik, sondern auch das Verhältnis von Kapital und Arbeit. Timothy Mitchell erklärt in seinem Buch *Carbon Democracy*, dass historisch nur durch die Kohleförderung demokratische Strukturen durchgesetzt werden konnten. Denn die Arbeiter und Arbeiterinnen unter Tage konnten an einem empfindlichen Punkt der Wirtschaft große Streikmacht entwickeln. Diese wurde dann mit der wachsenden Rolle von Öl untergraben. Mitchell überschätzt zwar das Ausmaß der vollzogenen Energietransition – Kohle ist bekanntlich bis heute ein wichtiger Energieträger – doch er legt den Grundstein für eine klassenbewusste Betrachtung von Energiesystemen.

Statt der Erzählung von erneuerbaren Energien zu folgen, die durch technische Innovation fossile Energieträger verdrängen, lohnt es sich, materielle Verstrickungen und wirtschaftliche Zwänge zu betrachten. Die Energiewende zu entmystifizieren, bedeutet nicht, aufzugeben, das Wirtschaftssystem in den Rahmen planetarer Grenzen zu bringen. Es bedeutet vielmehr, ein besseres Verständnis davon zu erlangen, wie das konkret gestaltet werden könnte: von der Kontrolle der Nachfrageseite über die ambivalente Definition erneuerbarer Energien bis hin zu einem Verständnis davon, wie Energiesysteme Gesellschaft und Geopolitik strukturieren. Ob dieser Wandel mit kapitalistischen und auf Wirtschaftswachstum geeichte Produktionsprinzipien einhergehen kann, ist fraglich. Die Transformation weg von fossilen Energien erfordert einen tatsächlichen Systemwandel. ●

Anteil der Erneuerbaren im deutschen Stromsektor

52,5 % (2023)
46,3 % (2022)

Quelle: Umweltbundesamt

CARO RÜBE ist Politökonomin und forscht im Rahmen des Projekts »Powering Wealth« zu dynastischen Strategien. Caro benutzt alle Pronomen.



Staatsfinanzen

Das fiskalische Ökosystem

Schattenhaushalte sind keine Ausnahme, sondern seit Jahrzehnten fester Bestandteil der Staatsfinanzen. Sie spiegeln die deutsche Geschichte. Von **Steffen Murau** und **Moritz Kapff**



In den vergangenen Jahren haben Sondervermögen an politischer Relevanz und öffentlicher Auf-

merksamkeit gewonnen: ob für die Bundeswehr im Frühjahr 2022 oder jüngst zur Finanzierung von Infrastrukturvorhaben im Zuge der Regierungsbildung. Doch trotz ihrer wachsenden Bedeutung wird über Sondervermögen meist erstaunlich eindimensional diskutiert. Sie gelten oft als trickreiches Umgehen der Schuldenbremse oder werden pauschal als »Schattenhaushalte« delegitimiert. Werden hier tatsächlich Haushaltsmittel intransparent aus dem regulären Etat ausgelagert und damit die fiskalische Ordnung ausgehöhlt?

Staatsfinanzen jenseits des Kernhaushalts

Sondervermögen sind ein Beispiel für bilanzexterne Fiskalagenturen (auf Englisch: off-balance-sheet fiscal agencies, OBFAs). So werden Institutionen bezeichnet, die für den Staat finanzielle Aktivitäten durchführen, die im Prinzip auch über den Kernhaushalt laufen könnten, aber in der Praxis von diesem

getrennt sind. In der Theorie soll der Kernhaushalt die zentralen Einnahmen und Ausgaben des Staates umfassen. In der Realität laufen allerdings bei Weitem nicht alle staatlichen Transaktionen über diesen einen allumfassenden Kernhaushalt. Denn der Staat ist kein einheitlicher Akteur, sondern ein verzweigtes institutionelles Gebilde, dessen Entscheidungen innerstaatlich von verschiedenen Akteuren getätigt werden. Um seine finanziellen Operationen zu verstehen, muss man daher die bilanzexternen Fiskalagenturen unter die Lupe nehmen. Diese ergeben dabei zusammen mit dem Kernhaushalt ein sehr breites und verstreutes »fiskalisches Ökosystem«. Dieses System ist insbesondere deswegen komplex, weil es nicht am Reißbrett geplant wurde. Zudem befindet es sich in einem kontinuierlichen Wandel. Es wird fortlaufend hinterfragt, neu verhandelt, reformiert und weiterentwickelt. Das dadurch erzeugte Spannungsfeld zwischen Zentralisierung und Fragmentierung der öffentlichen Finanzen sorgt dafür, dass immer wieder neue bilanzexterne Fiskalagenturen geschaffen werden. Einige dieser Institutionen bleiben langfristig bestehen, während andere wieder verschwinden.

Das »fiskalische Ökosystem«

In der Praxis ist es schwierig, klar zu bestimmen, was genau bilanzexterne Fiskalagenturen ausmacht. Wir können zwar definieren, was der Kernhaushalt ist, aber es ist weniger eindeutig, wo der Staat genau aufhört. Daher lassen sich bilanzexterne Fiskalagenturen am besten entlang eines Spektrums darstellen wie in der Grafik auf der nächsten Seite. Einige liegen näher, andere weiter entfernt vom Kernhaushalt.

Bilanzexterne Fiskalagenturen können unterschiedlich stark institutionalisiert sein. Stark institutionalisiert agieren sie als eigenständige juristische Personen mit eigener Infrastruktur und Personal. Sind sie schwach institutionalisiert, treten sie oft nur als »Briefkastenfirmen« in Erscheinung. Sie sind damit rechtlich unabhängig, aber ohne eigene interne Strukturen. Dazwischen angesiedelte bilanzexterne Fiskalagenturen sind weder vollständig Teil der Staatsverwaltung noch eigenständige Institutionen.

In der Grafik stellt die Y-Achse die rechtliche Einordnung der bilanzexternen Fiskalagenturen dar. Auf der grundlegendsten Ebene befindet sich die unmittelbare Staatsverwaltung, zu der der Kernhaushalt, Sondervermögen und staatliche Betriebe ohne eigene Rechtspersönlichkeit gehören, darunter etwa auch das staatliche Hofbräuhaus München. Darüber folgt die mittelbare Staatsverwaltung, die Kommunen sowie Stiftungen, Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts umfasst. Dazu zählen etwa öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten und Universitäten, aber auch Sparkassen und Entwicklungsbanken. Die nächsten zwei Ebenen umfassen juristische Personen des Privatrechts mit staatlicher Beteiligung, entweder vollständig, mehrheitlich oder minderheitlich. Hier geht es vor allem um den unterschiedlichen Grad der politischen Kontrolle. Beispiele hierfür sind die Deutsche Bahn AG, kommunale Unternehmen oder die Volkswagen AG. Auf der vorletzten Stufe stehen beliebige Akteure, also Institutionen, die staatliche Aufgaben übernehmen, etwa Notare oder der TÜV. Die letzte Stufe umfasst öffentlich-rechtliche Religionsgemeinschaften.

Die X-Achse beschreibt das Einnahmemodell der jeweiligen Institutionen. An der Basis stehen Akteure mit eigener Steuerhoheit, also die Kernhaushalte von Bund, Ländern und Kommunen. Danach folgen Institutionen, die sich über Haushaltsmittel, Abgaben oder eigene Einkünfte finanzieren, wie Universitäten oder kommunale Wohnungsbaugesellschaften. Ab der sechsten Ebene steigt die finanzielle Autonomie, da hier keine direkten Zuschüsse aus dem Kernhaushalt mehr fließen. Während die mittelbare Staatsverwaltung (II) noch parlamentarischer Kontrolle unterliegt, bestimmen die privatrechtlichen Akteure (III)

Rechtliche Stellung

VI. Juristische Personen aus dem Staatskirchenrecht	Öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften	Öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften						
V. Beliehene juristische Personen des Privatrechts ohne Beteiligung der Staatsverwaltung	Beliehene Unternehmen, Stiftungen oder Vereine							
IV. Juristische Personen des Privatrechts (Unternehmen, Stiftungen oder Vereine) mit Minderheitsbeteiligungen...	...von Stiftungen, Anstalten oder Körperschaften des öffentlichen Rechts							
	...der Kommunen							
	...der unmittelbaren Staatsverwaltung							
III. Juristische Personen des Privatrechts (Unternehmen, Stiftungen oder Vereine) mit alleinigen oder mehrheitlichen Anteilen...	...von Stiftungen, Anstalten oder Körperschaften des öffentlichen Rechts							Kommunale Verkehrsunternehmen
	...der Kommunen						Autobahn GmbH	Kommunale Wohnungsbau-gesellschaften
	...der unmittelbaren Staatsverwaltung						Deutsche Bahn AG	Bundesdruckerei GmbH
II. Mittelbare Staatsverwaltung	Körperschaften des öffentlichen Rechts						Konradfonds	PIK e.V.
	Anstalten des öffentlichen Rechts						Gesetzliche Kranken- und Rentenversicherungen	Landeswohlfahrtsverband Hessen
	Stiftungen des öffentlichen Rechts						Universitäten	Deutsche Rentenbank Landesentwicklungs-banken
	Gebietskörperschaften des öffentlichen Rechts (Kommunen)						Bundesagentur für Arbeit	Bayerische Forschungsstiftung
I. Unmittelbare Staatsverwaltung	Bundes- und Landesbetriebe						Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung	Landesbetrieb Straßenbau NRW
	Sondervermögen des Bundes und der Länder						BWB	MFPA Weimar
	Kernhaushalte des Bundes und der Länder						BSR	Bundeseisenbahnvermögen

Abbildung des deutschen fiskalischen Ökosystems mit Kernhaushalten und bilanzexternen Fiskalagenturen



bis V) ihre eigenen Einnahmen und sind weitgehend unabhängig, etwa der öffentlich-rechtliche Rundfunk oder kommunale Wasserwerke. Auf der letzten Ebene stehen bilanzexterne Fiskalagenturen, die ausschließlich durch eigene wirtschaftliche Aktivitäten finanziert werden, wie Volkswagen oder die Deutsche Post. Zusätzlich unterscheidet die Grafik als Drittes zwischen verschiedenen Verschuldungsmöglichkeiten, dargestellt durch die Art der Symbole. Manche Institutionen dürfen keine eigenen Schuldtitel ausgeben, während andere Staatsanleihen ausgeben können. Dazwischen gibt es

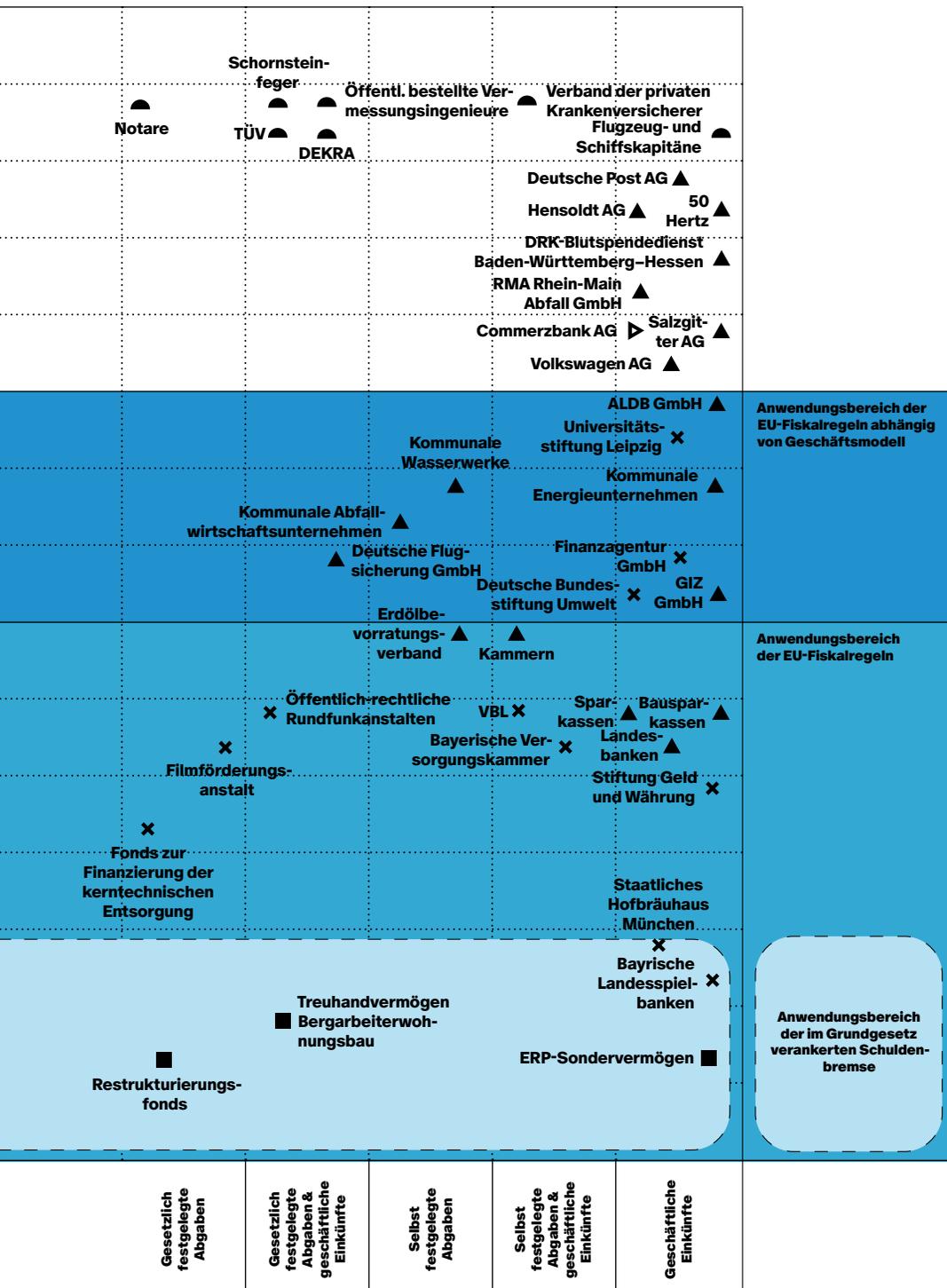
Abstufungen, je nachdem, ob Schuldtitel explizit oder implizit durch den Staat oder andere Akteure abgesichert sind. Eine implizite Absicherung liegt vor, wenn es zwar keine rechtliche Verpflichtung zur Unterstützung gibt, aber die Erwartung besteht, dass der Staat oder eine andere Instanz im Ernstfall einspringt. Bezieht man alle föderalen Ebenen ein (also den Bund, die Länder und die Kommunen) und betrachtet nicht nur öffentlich-rechtliche, sondern auch privatrechtliche Institutionen, so lassen sich mehrere zehntausend bilanzexterne Fiskalagenturen in Deutschland finden. Die ge-

naue Zahl lässt sich kaum bestimmen. Bei den Sondervermögen des Bundes handelt es sich um eine zählbare Menge, aber die genaue Anzahl an kommunalen Versorgungsunternehmen (inklusive ihrer Eigentumsverhältnisse) zu bestimmen, ist schwierig. Daher zeigt die Grafik eine Reihe von Beispielen, um die Bandbreite des deutschen fiskalischen Ökosystems abzubilden. **Schuldenregeln und bilanzexterne Fiskalagenturen** In Deutschland gibt es zudem zwei Schuldenregeln, die unterschiedlich auf das fiskalische

Verschuldungsmöglichkeiten

- ✗ Keine Ausgabe von Schuldtiteln
- Schuldtitel identisch mit Staatsanleihen
- ◊ Schuldtitel abgesichert vom Kernhaushalt via Gewährträgerhaftung
- Schuldtitel abgesichert von Kernhaushalt via Patronatserklärung
- * Schuldtitel abgesichert von anderer bilanzexterner Fiskalagentur via Patronatserklärung
- ▲ Schuldtitel mit impliziter Absicherung durch Kernhaushalt
- ▷ Schuldtitel mit impliziter Absicherung durch andere bilanzexterne Fiskalagentur
- ▲ Schuldtitel ohne Absicherung

Quelle: Gregor Laudage, Armin Haas, Andrei Guter-Sandu und Steffen Murau, »Staatsfinanzen jenseits des Kernhaushalts. Bilanzexterne Fiskalagenturen im deutschen fiskalischen Ökosystem«



Staat mindestens eine Mehrheit der Anteile besitzt. Die Komplexität lässt sich dadurch erklären, dass die EU-Fiskalregeln im Gegensatz zur deutschen Schuldenbremse einen ökonomischen und keinen juristischen Ansatz verfolgen, um die relevanten Akteure zu bestimmen.

Schattenhaushalte und finanzpolitische Taschenspielertricks?

Handelt es sich nun also bei Sondervermögen um »Schattenhaushalte«, deren Hauptfunktion es ist, die Regeln des Kernhaushalts zu umgehen und die Schuldenbremsen auszuhebeln? Wenn wir einen realistischeren Blick auf die Staatsfinanzen einnehmen und deren Komplexität anerkennen, dann zeigt sich, dass die Finanzierung von staatlichen Aktivitäten über den Kernhaushalt keinesfalls die Norm darstellt. Zahlreiche Einnahmen und Ausgaben, und vielfältige Verschuldungsaktivitäten, laufen über andere bilanzexterne Fiskalagenturen. So gesehen wimmelt es nur so von »Schattenhaushalten« in Deutschland!

Anstatt Sondervermögen und andere bilanzexterne Fiskalagenturen pauschal zu verurteilen, sollte man eher nachvollziehen, warum das fiskalische Ökosystem heute so aussieht: Es ist ein Spiegel der deutschen Geschichte und gibt Zeugnis von verschiedenen politischen Initiativen, politökonomischen Paradigmen und gesellschaftlichen Kompromissen.

Es ist nicht hilfreich, eine theoretische Abstraktion zur Norm zu erklären, wonach staatliche Aktivität ausschließlich über den Kernhaushalt läuft oder laufen sollte. Bilanzexterne Fiskalagenturen können beispielsweise den Vorteil bieten, dass sie oft viel zielgerichteter und für Unternehmen verlässlicher Ausgaben und Investitionen finanzieren können, als dies über den Kernhaushalt möglich wäre. Dies trifft auch auf die vielgescholtenen Sondervermögen zu, die ja in der Regel auch unter die Schuldenbremse fallen. Auch etwa das Sondervermögen Deutsche Einheit wurde in den 1990er Jahren für die Finanzierung der Wiedervereinigung verwendet. Ein weiteres Beispiel ist der Klima- und Transformationsfonds, der für die sozial-ökologische Transformation gedacht ist. In anderen Fällen trägt die aktive Trennung von bilanzexternen Fiskalagenturen und Kernhaushalt zur staatlichen Gewaltenteilung bei, so wie beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk. ●

STEFFEN MURAU forscht als politischer Ökonom über das Geld- und Finanzsystem. Er leitet das **OBFA-TRANSFORM-Projekt**, eine Emmy-Noether-Forschungsgruppe am Global Climate Forum und der Freien Universität Berlin.

MORITZ KAPFF studiert Politische Ökonomik und ist Research Assistant im **OBFA-TRANSFORM-Projekt**. Er beschäftigt sich mit der internationalen Finanzarchitektur und der sozial-ökologischen Transformation.

Ökosystem Einfluss nehmen: die im Grundgesetz festgehaltene Schuldenbremse und die EU-Fiskalregeln. Jedoch sind beide Schuldenregeln sehr unterschiedlich konstruiert. Die Schuldenbremse im Grundgesetz hat eine binäre Herangehensweise und bezieht sich nur auf Institutionen der unmittelbaren Staatsverwaltung, also die Kernhaushalte des Bundes und der Länder, Sondervermögen sowie staatliche Betriebe ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Grundsätzlich unterliegen alle Sondervermögen der grundgesetzlichen Schuldenbremse. Allerdings wurde mit dem Bundeswehr-

Sondervermögen die Variante eingeführt, ein Sondervermögen von der Schuldenbremse auszunehmen. Das Gleiche ist für das Infrastruktursondervermögen vorgesehen.

Die EU-Fiskalregeln dagegen haben ein breiteres Verständnis des Staates und der staatlichen Verschuldungsaktivitäten. Sie berücksichtigen auch die mittelbare Staatsverwaltung und zählen etwa die Verbindlichkeiten der Kommunen oder der KfW als Teil der staatlichen Gesamtverschuldung. Außerdem werden je nach Geschäftsmodell auch private juristische Personen einbezogen, in denen der

Wege zur Freiheit

Monopolkapitalismus Der heutige Kapitalismus ist weit davon entfernt, faire Wettbewerbsmärkte zu schaffen. Die Monopolmacht verhindert überall Innovationen und befeuert die Ungleichheit. Von **Joseph Stiglitz**

Rose und Milton Friedman betitelten ihren Lobgesang auf freie Märkte *Free to Choose*. Sie behaupteten, diese Wahlfreiheit trage maßgeblich zur Effizienz einer Marktwirtschaft bei und sei eine notwendige Voraussetzung einer freien Gesellschaft. Der Kapitalismus des 21. Jahrhunderts ist weit entfernt von der Wirtschaftsordnung, die von den Friedmans verklärt wurde. Er zeichnet sich durch ein hohes Maß an Marktmacht aus, die es Unternehmen erlaubt, Informationsdefizite und weitere Schwächen von anderen auszunutzen. Keine real existierende moderne Volkswirtschaft kommt der idealisierten, reinen, kompetitiven Marktwirtschaft auch nur nahe.

Neuere Forschungsarbeiten haben gezeigt, wie außerordentlich hoch Marktmacht in einer breiten Palette von Branchen in den USA konzentriert ist. Und die Konzentration nimmt weiter zu, wie man daran ersehen kann, dass ein wachsender Teil des Volkseinkommens auf Unternehmensgewinne entfällt, dass die Reallöhne (inflationsbereinigt)



JOSEPH STIGLITZ

ist Wirtschaftspräsident, Nobelpreisträger und war Chefökonom der Weltbank. Er ist weltweit einer der einflussreichsten Wirtschaftsanalysten.

und die Einkommen der Durchschnittsamerikaner stagnieren und die Margen (Verhältnis von Preisen zu Kosten) steigen. Schon vor der Covid-19-Pandemie war die Lage schlecht, aber in der Pandemie und im Anschluss daran wurde sie noch viel schlechter, wobei die Sektoren und die Unternehmen mit größerer Marktmacht höhere Margen durchsetzten. Dies bedeutete, dass Unternehmensgewinne deutlich zulegten, als Unternehmen ihre gewachsene Marktmacht infolge pandemiebedingter Lieferkettenunterbrechungen ausnutzen konnten.

Diese Art von Ausbeutung schadet der ökonomischen Effizienz und der Gesundheit der Wirtschaft. Unternehmensgewinne stiegen weit über das Niveau, das für eine normale (risikogerechte) Kapitalrendite notwendig gewesen wäre. Wenn eine Person eine andere ausbeutet, mag ihr Einkommen steigen und ihre Freiheit zunehmen, aber die andere Person verliert und ihre Wahlfreiheit schrumpft.

Bei vielen, die auf den obersten Sprossen der ökonomischen Leiter stehen, entstammt ein Teil oder auch ein Großteil ihres Einkommens aus der einen oder anderen Form von Ausbeutung. Die Finanzkrise von 2008 enthüllte, wie es so viele Banker zu Reichtum gebracht hatten: nicht nur durch übermäßige Risikoneigung – mit der Folge, dass die Regierung die Banken retten musste –, sondern auch durch Täuschung, Betrug und missbräuchliche Kreditvergabe. Auch viele Unternehmensführer verdanken einen Gutteil ihres Reichtums der Ausnutzung von Marktmacht. Bill Gates' Unternehmen Microsoft wurde von Gerichten auf drei Kontinenten wegen wettbewerbswidrigen Verhaltens verurteilt. Auch Google, Facebook (Meta) und Amazon wurden (meines Erachtens zu Recht) wegen wett-





Walmart

Mic

Disney

bewerbsbeschränkender Praktiken verklagt. Das ausbeuterische Verhalten von Walmart gegenüber seinen Beschäftigten ist ebenfalls gut dokumentiert. Hinter diesen Unternehmensfassaden verbergen sich einige der größten Vermögen der Welt.

Während wir die heutigen Erfolgsgeschichten kennen, scheinen viele Vermögen in der Vergangenheit auf noch schlimmere Weise aufgebaut worden zu sein. So machten viele ein Vermögen mit dem Sklavenhandel und den Produkten, welche die Versklavten herstellten, nämlich Baumwolle und Zucker. Die Gebrüder Lehman stehen auf dieser langen Liste. Die Unternehmen hinter John D. Rockefeller, dem reichsten Menschen seiner Generation, und James Buchanan Duke, einem weiteren der Plutokraten des frühen 20. Jahrhunderts, wurden wegen wettbewerbswidrigen Verhaltens verurteilt.

Die Tatsache, dass sich die Einkommen so vieler Reicher zumindest teilweise Ausbeutung verdanken, bestätigt die frühere Schlussfolgerung, dass wir der Einkommensverteilung, die von einer Marktwirtschaft erzeugt wird, keinen Vorrang einräumen sollten. Das hat nichts mit »gerechter Entlohnung« zu tun. Es gibt keine moralische Rechtfertigung für solche Einkommen, aber es gibt ein moralisches Argument für Umverteilung, dafür, Einkommen, das durch Ausbeutung erzielt wurde, abzuschöpfen. Wir können uns sogar auf das berufen, was Ökonomen am meisten interessiert: Effizienz und Anreize. Eine umverteilende Besteuerung verringert die Anreize zur Ausbeutung – insbesondere, wenn sie sich direkt gegen Ausbeutung und unrechtmäßige Gewinne richtet.

Marktmacht

Die Volkswirtschaften des 21. Jahrhunderts werden von Großunternehmen beherrscht, die über erhebliche Marktmacht verfügen – unter anderem die Macht, Preise zu erhöhen, Kunden schäbig zu behandeln und zu verlangen, dass jeder Streitfall durch ein Schiedsgericht entschieden wird, das von dem Unternehmen kontrolliert wird, statt durch ein staatliches Gericht. Unternehmen haben auch enorme Macht über ihre Mitarbeiter (die sogenannte Monopsonmacht), was Unternehmen die Möglichkeit gibt, Löhne zu drücken. Die Gewerkschaften sind geschwächt, und Arbeitsgesetze haben die Verhandlungsposition von Arbeitnehmern weiter verschlechtert.

Globalisierung bedeutet auch, dass Unternehmen mit der Verlagerung ihrer Werke ins Ausland drohen, wenn sich die Arbeitnehmer nicht mit niedrigen Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen abfinden. Dies hatte schwerwiegende Folgen: Der inflationsbereinigte Stundenlohn von Arbeitern in der US-Automobilindustrie ist zwischen Januar 1990 und Dezember 2018 um 17,1 Prozent gesun-

ken. Gut bezahlte Stellen wurden in schlecht bezahlte umgewandelt. Insoweit Löhne niedriger sind, als sie es in einer Welt mit vollständigem Wettbewerb wären, beziehungsweise die Lebensmittelpreise höher, als sie es bei funktionierendem Wettbewerb wären (aufgrund der Ausübung von Marktmacht), werden Mitarbeiter in gewisser Weise dazu gezwungen, mehr zu arbeiten.

Viele Libertäre wären vielleicht mit solchen staatlichen Eingriffen einverstanden, die Abweichungen vom Wettbewerbsgleichgewicht begrenzen sollen. So wirkt sich zum Beispiel das »Recht« eines Monopolisten, diese Macht auszuüben und seinen Preis nach Belieben anzuheben, offensichtlich auf meine Budgetbeschränkungen aus; es verringert meine Konsumfreiheit. Wenn ich eine gewisse Menge seines Gutes kaufe, bin ich gezwungen, weniger von anderen Gütern zu konsumieren. Ein drastischeres Beispiel: Wenn der Monopolist die totale Kontrolle über ein Medikament hat, das für mich lebenswichtig ist, besitzt er echte Zwangsgewalt. Er könnte mich dazu zwingen, alles aufzugeben, um zu überleben. Inwieweit unterscheidet sich dies von einer Situation, in der man mich mit vorgehaltener Pistole bedroht?

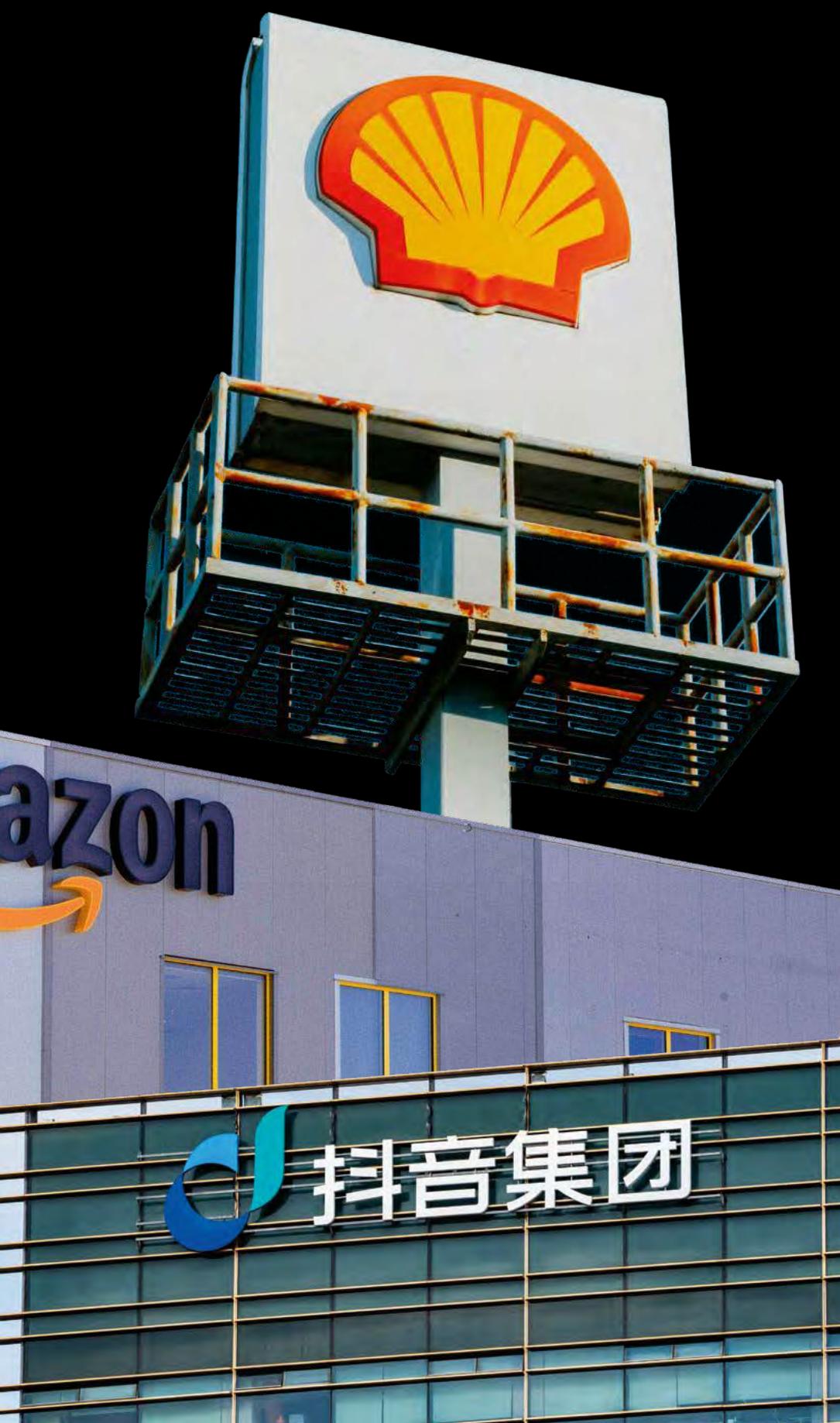
Besonders verwerflich ist Preistreiberei in Kriegszeiten. Die allgemeine Einstellung zu derartigen Fällen spiegelt sich in Kriegsgesetzen wider, die Preistreiberei verbieten und bei

Entdeckung die nachträgliche Herabsetzung und Rückforderung vertraglicher Zahlungen erlauben. Aus gutem Grund: Preistreiberei untergräbt die nationale Solidarität, die es für den Erfolg im Krieg braucht. Während junge Menschen zumindest vorübergehend ihre Karrieren aufgeben und sogar ihr Leben opfern, machen andere Profit.

Zu Beginn des russisch-ukrainischen Krieges, als Ukrainer ihr Leben hingaben, um dem russischen Aggressor die Stirn zu bieten, verdienten sich multinationale Öl- und Gaskonzerne und viele Energiehändler eine goldene Nase; sie strichen zig Milliarden Dollar an zusätzlichen Gewinnen ein, für die sie keine Leistung erbracht hatten. Bemerkenswerterweise haben sie dieses Geld nicht investiert, um die Produktion rasch auszuweiten und so die schmerzlichen Entbehrungen zu lindern, vielmehr verteilten sie diese Gewinne an ihre wohlhabenden Aktionäre, entweder in Form von Dividenden oder durch Aktienrückkäufe. Auch wenn es keine Belege für ausdrückliche Absprachen gibt, scheint es doch stillschweigende Absprachen gegeben zu haben. Offenbar haben alle Unternehmen erkannt, dass die Preise bei einer raschen Produktionsausweitung fallen würden, sodass das Preissignal (in Marktwirtschaften sollen höhere Preise Unternehmen signalisieren, mehr zu produzieren), welches lautstark forderte, die Produktion zu steigern, ignoriert wurde.



Die Volkswirtschaften des 21. Jahrhunderts werden von Großunternehmen beherrscht, die über erhebliche Marktmacht verfügen.



Der Staat hätte stärker eingreifen sollen, um die Energieproduktion zu erhöhen und die Lasten des Krieges und der post-pandemischen Anpassungen gerechter zu verteilen. Eine Sondergewinnsteuer – eine Steuer auf die Übergewinne infolge der kriegsbedingten Preisanstiege – wäre eine Umverteilung von den Unternehmen, die von dem Krieg profitieren, zu denjenigen, die Opfer für ihn bringen. Dies wäre auch dann angebracht, wenn Unternehmen sich nicht an Preistreiberei beteiligten, sondern lediglich auf wettbewerbliche Marktkräfte reagierten. Weil sowohl beschäftigungsbezogene als auch Kapitalkosten bei der Berechnung des steuerpflichtigen Gewinns abgezogen werden können, ist eine sachgerecht ausgestaltete Sondergewinnsteuer nicht verzerrend. Sie wirkt sich weder positiv noch negativ auf Investitionen und Beschäftigung aus; sie nimmt lediglich eine Umverteilung von Geldern von den Kriegsgewinnlern zu allen anderen vor. Bemerkenswerterweise war die Rechte gegen eine Sondergewinnsteuer. Sie unterstützte die hohen Preise, welche die Öl- und Gasunternehmen verlangten, die sich einfach nur an Putins Niedertracht bereichern wollten. In den Vereinigten Staaten hatten sie Erfolg – in vielen europäischen Ländern nicht.

Es gibt viele Gründe dafür, dass Marktmacht von Dauer ist und sogar zunimmt. Erstens ist es so, dass wir heutzutage in einer Wirtschaft leben, in welcher »der Gewinner alles abräumt« und der Markt tendenziell von einem oder zwei Unternehmen beherrscht wird – Google, das den Suchmaschinenmarkt dominiert, Facebook und TikTok, die die sozialen Medien dominieren, und Microsoft mit seiner beherrschenden Stellung bei PC-Betriebssystemen. Mit dem Aufstieg der Digitalwirtschaft, wo die Grenzkosten der Produktion (die zusätzlichen Kosten der Produktion einer weiteren Einheit) niedrig sind, kommt den »Gemeinkosten« (Fixkosten) eine größere Bedeutung zu. Zu den Gemeinkosten gehören zum Beispiel die Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen für die Produktgestaltung, die Kosten für den Bau von Fabriken oder für die Entwicklung der Software für eine Plattform. Wenn die Gemeinkosten der größte Kostenfaktor eines Unternehmens sind, zeichnen sich Märkte in der Regel durch eine begrenzte Zahl von Unternehmen aus. In dem Maße, wie unsere Wirtschaftsstruktur immer mehr von Dienstleistungen geprägt wird, haben zudem lokale Märkte, auf denen ein Unternehmen oder einige wenige dominieren, an Bedeutung gewonnen.

Vielleicht am wichtigsten ist, dass der private Sektor mehr Entschlossenheit zeigte, Marktmacht zu schaffen und aufrechtzuerhalten, als die Regierung, einen Markt mit funktionierendem Wettbewerb sicherzustellen. Und das ist weder ein Zufall noch eine Überraschung. Wir

haben darüber gesprochen, dass Märkte nicht in einem Vakuum existieren, dass sie durch Regeln und Vorschriften strukturiert werden müssen. Ein wichtiger Bereich dieser Regulierung betrifft den Wettbewerb. Aber viele Personen und Unternehmen mit Macht – einschließlich Marktmacht – betrachten wettbewerbsrechtliche Regelungen nicht gerade wohlwollend; sie tun, was sie können, um die Einführung und Durchsetzung jener Art von Wettbewerbsgesetzen, die für eine gut funktionierende Volkswirtschaft des 21. Jahrhunderts erforderlich sind, zu begrenzen. Google, Facebook (Meta)

Unternehmensinteressen
ist es gelungen, unsere Sprache
zu infiltrieren.



und Amazon stemmen sich mit ganzer Kraft gegen Gesetze, die den Wettbewerb auf dem digitalen Markt erhöhen würden.

Es gibt noch einen weiteren Grund für die unverhältnismäßig große Macht der Großunternehmen in der Gegenwart: die Schwächung von Gegenkräften, insbesondere Arbeitnehmern. Die vielleicht bedeutendste gegen Unternehmen gerichtete Kraft sind Gewerkschaften, die Arbeitnehmer nicht nur am Verhandlungstisch, sondern auch im politischen Prozess repräsentieren, indem sie Kandidaten und Gesetzesvorhaben unterstützen, die ein Gegengewicht zu Unternehmensinteressen bilden. Aber Gesetzesänderungen, richterliche Entscheidungen und Veränderungen der Wirtschaftsstruktur haben die Gewerkschaften entkernt und ihre Fähigkeit geschwächt, als eine Gegenmacht zu fungieren.

Monopolmacht beschneiden und Innovation fördern

Eine wichtige Quelle von Monopolmacht sind Patente, die einer Person oder einem Unternehmen für eine begrenzte Zeit (im globalen Durchschnitt rund 20 Jahre) exklusive Nutzungsrechte an einer Entdeckung gewähren. Die US-Verfassung überträgt der Regierung die Befugnis, Patente zu erteilen, und der Grund, der selbst in jener Frühzeit der Wissenschaft augenfällig war, ist klar: die Förderung von Innovationen, die den größten Anteil an der Steigerung unseres Lebensstandards in den letzten 250 Jahren hatten.

Die Grenzen des Wissens sind weniger eindeutig als die Grenzen eines Grundstücks, und wie weitreichend Patente sein sollten, wird sehr kontrovers diskutiert. Sollte sich ein Patent auf alle vierrädrigen, angetriebenen Fahrzeuge erstrecken (wie es das ursprüngliche Patent auf Kraftfahrzeuge tat) oder nur auf einen spezifischen Konstruktionstyp wie zum Beispiel ein Fahrzeug mit Verbrennungsmotor? Eine weitere Debatte dreht sich um die Frage, was patentiert werden kann. Die mathematischen Theoreme, auf denen Computer basieren, die im Zentrum der heutigen Wirtschaft stehen, konnten nicht patentiert werden, obwohl diese Ideen enorm wertvoll sind.

Sowohl die USA als auch die EU schränken die aus geistigem Eigentum hervorgehende Monopolmacht ein. Betrachten wir zum Beispiel ein Patent auf ein lebensrettendes Medikament. Angenommen, das Unternehmen kann dieses nicht in ausreichender Menge produzieren. In diesem Fall kann die Regierung eine Zwangslizenz erteilen, die anderen das Recht gibt, das Gut herzustellen (wobei das Unternehmen, welches das geistige Eigentum nutzt, dem Patentinhaber eine »angemessene« Gebühr zahlt, die jedoch weit geringer ist als die Monopolvergewinne, die das Unternehmen andernfalls erzielt hätte). Selbstverständlich wird die

Produktionssteigerung den Preis senken und folglich den Gewinn des Patentinhabers.

Unternehmensinteressen ist es gelungen, unsere Sprache zu infiltrieren. Wir nennen diese Eigentumsansprüche aus Patenten und Urheberrechten Rechte an geistigem Eigentum, wodurch wir dieser Form von Eigentum den Rang eines Rechts verleihen. Es ist so, als würden diese Unternehmen behaupten, dass Einschränkungen des geistigen Eigentums eine Freiheitsentziehung sind, vergleichbar mit der Beschneidung anderer Rechte, die uns lieb und teuer sind. Aber die Grenzen des geistigen Eigentums waren schon immer eng gezogen und uneindeutig und es obliegt der Gesellschaft, darüber nachzudenken, wo genau diese Grenzen verlaufen sollten.

Ich gehörte dem Wirtschaftsbeirat des US-Präsidenten an, als im Rahmen des TRIPS-Abkommens (Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums), aus dem die WTO hervorgehen sollte, Bestimmungen zum Schutz des geistigen Eigentums diskutiert wurden. Mir war klar, dass die Bestimmungen nicht hinter einem Schleier des Nichtwissens ausgewählt worden waren, um das Gemeinwohl zu maximieren, nicht einmal, um die Innovationsgeschwindigkeit in den USA oder in der Welt zu maximieren, sondern schlichtweg zu dem Zweck, die Gewinne einiger weniger Unternehmen zu maximieren, vor allem in der Pharma- und in der Unterhaltungsindustrie (mit vielleicht einigen wenigen Beschränkungen, um nicht allzu unanständig zu erscheinen).

Das Urheberrechtsgesetz enthielt eine Bestimmung, die höhnisch »Gesetz zum Schutz von Mickey Mouse« genannt wurde und anscheinend nur zu dem Zweck in das Gesetz aufgenommen worden war, Disney zu helfen, indem die Schutzfrist für die Marke Mickey Mouse etliche Jahre über den Tod ihres Urhebers hinaus verlängert wurde, zum großen Nachteil für Wissenschaftler, die sich Zugang zu den Nachlassunterlagen bedeutender Literaten wünschen. Disney konnte sich auf Kosten der Allgemeinheit über die Zusatzeinnahmen freuen. Am 1. Januar 2024 endete schließlich die Schutzfrist früherer Versionen von Mickey Mouse. ●



Dieser Artikel ist ein Auszug aus dem Buch »Der Weg zur Freiheit. Ökonomie für eine gerechte Gesellschaft« von Joseph Stiglitz. Das Buch ist im Mai 2025 in der deutschen Übersetzung im Siedler Verlag erschienen.



MAURICE HÖFGEN
ist Ökonom, Publizist und Herausgeber von Surplus.

Der CO₂-Emissionshandel garantiert Klimaschutz ganz ohne Subventionen und Verbote, behaupten Friedrich Merz, Christian Lindner und viele andere. Dahinter steckt der feuchte Traum des Neoliberalismus: Der Markt regelt die Klimaneutralität bis 2045, der Staat kann sich raushalten. Was sie verkennen: Der Emissionshandel bringt Chaos, verprellt Verbraucher und stärkt sogar die AfD.

Im VWL-Lehrbuch klingt die Idee hinter dem Emissionshandel gut: Man errechnet, wie viel CO₂ bis 2045 noch emittiert werden darf; verpflichtet Firmen dazu, sich das Recht auf Emissionen mit Zertifikaten zu kaufen – und verkauft nur so viele Zertifikate, wie das Klimaziel zulässt. Man verknappt also die Menge und lässt den Markt entscheiden, wie teuer Emissionen für jene werden, die sie verursachen.

In der EU wurde ein solcher Emissionshandel 2005 eingeführt, galt zunächst aber nur für große Firmen aus der Energiewirtschaft und der Industrie, etwa für Kohlekraftwerke und Chemiefabriken. Im Jahr 2027 sollen die Sektoren Gebäude und Verkehr hinzukommen, für die es bisher einen eigenen deutschen Emissionshandel gibt – wobei hier die Politik und nicht der Markt den Preis bestimmen, ein entscheidender Unterschied. Die Erfahrung aus 20 Jahren EU-Emissionshandel widerlegt das Lehrbuch.

Denn: die Vorstellung, Firmen könnten sich verlässlich auf höhere Preise einstellen und ihre Produktion danach ausrichten und umstellen, ist naiv. In der ersten

Mythos

Der Preis der Klimakrise



Warum der Emissionshandel versagt, die Wirtschaft gefährdet und die AfD stark macht. Von **Maurice Höfgen**

Zeit kannte der Preis nur die stabile Seitenlage, krebste irgendwo unter der zehn Euro-Marke entlang. Der Grund: Es gab schlicht viel zu viele Zertifikate im Markt – auch weil vielen Industrien Zertifikate geschenkt wurden. Lenkungswirkung? Fehlanzeige.

Dann aber ging es steil bergauf. Zwischen Mitte 2017 und Ende 2020 verfünffachte sich der Preis von 5 Euro pro Tonne CO₂ auf rund 25 Euro. Und von da an vervierfachte sich der Preis nochmal in nur einem Jahr auf knapp 100 Euro. Seitdem schwankt der Preis

zwischen 60 und 100 Euro. Verlässlichkeit? Fehlanzeige.

Wer vor dem steilen Anstieg in neue Anlagen investiert oder eine neue Gasheizung eingebaut hat, wurde mit explodierenden Betriebskosten überrascht – und bestraft. Daraus ergeben sich folgende Fragen: Wie sollen Firmen und Verbraucher ihre Investitionen von diesem Preischart abhängig machen? Mit welchen Preisen sollen sie in Zukunft kalkulieren? Folgt wieder eine große Talsohle oder geht es erneut steil bergauf? Und wenn es bergauf geht: wann genau, wie hoch und wie steil wird der Anstieg?

Der Emissionshandel bringt Chaos. Und Chaos ist Gift für Investitionsentscheidungen. Besonders für solche, die nicht schnell korrigiert werden können. Etwa Anlagen und Heizungen, die 20 Jahre und länger laufen müssen, um sich zu amortisieren. Statt garantiertem Klimaschutz bringt der Emissionshandel nur falsche Entscheidungen. Und er steigert den Frust derjenigen, die von den CO₂-Kosten schmerzlich getroffen werden und nicht ausweichen können: Firmen, Pendler, Mieter.

Diesen Frust wird die AfD politisch ausschlichten. Das hat sich schon bei der ersten Regierungserklärung von Kanzler Merz angekündigt und darf spätestens dann erwartet werden, wenn der CO₂-Preis fürs Heizen und Tanken ab 2027 vom EU-Emissionshandel bestimmt wird. Und weil die neue Regierung das schon ahnt, hat sie bereits im Koalitionsvertrag angekündigt, Preissprünge verhindern zu wollen. Das allein zeigt: Der Emissionshandel ist ein dysfunktionaler Markt.

Wenn man schon auf Preissignale setzen will, wäre eine echte CO₂-Steuer die bessere Alternative: Statt der Menge legt man damit einen Preis für CO₂-Emissionen fest, der in festen Abständen steigt. Dann gäbe es Planungssicherheit, weil jeder schon heute wüsste, wie teuer Emissionen in fünf, zehn oder zwanzig Jahren sein werden – und Investitionen damit kalkulieren könnte. So schafft man mehr Akzeptanz. So nimmt man der AfD den Wind aus den Segeln! ●



THOMAS PIKETTY
ist Professor für Volkswirtschafts-
lehre an der Paris School of
Economics und Kolumnist bei Surplus.

Vor genau zwei Jahrhunderten, im Jahr 1825, erlegte der französische Staat Haiti einen Tribut auf, um vormalige Sklavenhalter für ihren Verlust an »Eigentum« zu entschädigen. Diese Schulden, die der fragile haitianische Staat bis in die 1950er Jahre mühsam zurückzahlen musste, haben die Entwicklung des Landes stark beeinträchtigt. Haiti ist heute einer der ärmsten Staaten der Welt. Alle Regime Frankreichs in den vergangenen 200 Jahren – Monarchien, Imperien und Republiken – haben diese Zahlungen dennoch weiterhin eingezogen; sie wurden ordnungsgemäß an die Caisse des Dépôts überwiesen. All dies ist Fakt, gut dokumentiert und völlig unumstritten.

Sagen wir es ganz offen: Frankreich schuldet Haiti in diesem Sinne heute rund 30 Milliarden Euro und Paris sollte unverzüglich Rückzahlungsgespräche aufnehmen. Das Argument, Frankreich könne sich eine solche Zahlung nicht leisten, ist nicht haltbar. Die Summe ist zwar beträchtlich, macht aber weniger als ein Prozent der Staatsverschuldung (3,3 Billionen Euro) beziehungsweise nicht einmal 0,2 Prozent der französischen Privatvermögen (15 Billionen Euro) aus. Wir sprechen hier von einem buchstäblichen Tropfen auf den heißen Stein.

Um Befürchtungen entgegenzutreten, das Geld könne veruntreut oder zweckentfremdet werden, könnte es in einen Sonderfonds für den Aufbau einer grundlegenden Bildungs- und Gesundheitsinfrastruktur in Haiti eingezahlt werden. Das schla-

Französische Kolonialsoldaten um 1802
in Saint-Domingue, heute Haiti.



Kolonialismus

Seit 200 Jahren hält Frankreich Haiti in Armut

Haiti ist eines der ärmsten Länder der Welt und steckt in einer schweren humanitären Krise. Frankreich sollte seine 30 Milliarden Euro Kolonialschulden bei Haiti begleichen. Von **Thomas Piketty**.

gen die Länder der Karibischen Gemeinschaft (CARICOM) schon seit 2014 ausdrücklich vor. Der Vorschlag wird in einem bemerkenswerten Bericht des Centre for Reparation Research der University of the West Indies im jamaikanischen Kingston und der American Society of International Law aus dem Jahr 2023 weiter ausgeführt. Der Bericht – erstellt unter der Leitung von Patrick Robinson, dem jamaikanischen Ex-Vorsitzenden des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) sowie früheren Richter am Internationalen Gerichtshof – geht dabei über den Fall Haiti hinaus. Er ist das wohl bedeutendste Dokument, das bisher zum Thema Reparationen im Zusammenhang mit Sklaverei veröffentlicht wurde. Seine gut mit Daten untermauerten Schlussfolgerungen wurden inzwischen von der Karibischen Gemeinschaft und der Afrikanischen Union offiziell übernommen. Die Tatsache, dass dieser Bericht in westlichen Ländern so wenig diskutiert wurde, ist ein Sinnbild für die alarmierend tiefen Gräben zwischen Globalem Norden und Globalem Süden.

Die Haitianische Revolution

In diesen turbulenten Zeiten, in denen die Trump-Bewegung versucht, die brutalsten Erscheinungsformen der kolonialen Ausbeutungsideologie wiederzubeleben, würde es Frankreich gut zu Gesicht stehen, einen entgegengesetzten Ansatz zu verfolgen. Paris könnte zeigen, dass man in der Lage ist, vergangene Ungerechtigkeiten anzuerkennen und zu korrigieren, und dabei mit dem zwar besonderen, aber auch besonders symbolträchtigen Fall Haiti beginnen.

Im 18. Jahrhundert war Haiti (damals Saint-Domingue) das Kronjuwel der französischen Kolonien und dank seiner Zucker-, Kaffee- und Baumwollproduktion auch die profitabelste. Aus Afrika verschleppte Sklaven machten 90 Prozent der Inselbevölkerung aus, die um 1789 auf eine halbe Million Menschen angewachsen war. Dies war die höchste Konzentration von Sklaven im Atlantikraum zu dieser Zeit. Diese Sklavinnen und

Trump will die koloniale Ausbeutung wiederbeleben. Frankreich sollte dem nicht folgen.

Sklaven rebellierte 1791/1792 und eroberten die Kontrolle über die Insel. Unter dem Druck dieses Aufstands schaffte die französische Führung 1794 die Sklaverei ab.

Sklavenhalter mobilisierten und erwirkten rasch die Wiedereinführung der Sklaverei auf anderen französischen Inseln wie Martinique, Guadeloupe und Réunion (wo die Sklaverei bis 1848 fortbestand). Trotz mehrerer Versuche gelang es Frankreich aber nicht, die Kontrolle über Saint-Domingue zurückzugewinnen, das 1804 seine Unabhängigkeit erklärte. Der neue Inselstaat nannte sich fortan Haiti.

Der französische Staat erkannte Haiti schließlich 1825 an, jedoch nur unter der Auflage der besagten, berühmt-berüchtigten Tributzahlungen in Höhe von 125 Millionen Goldfranken. Diese Summe entsprach etwa 300 Prozent des damaligen jährlichen Nationaleinkommens Haitis, also drei Jahren Produktion. Es war unmöglich, den Betrag auf einmal zu bezahlen. Ein Konsortium französischer Bankiers schoss das Geld daher vor – mit Zinsen natürlich. Diese auferlegten Schulden wirkten bis in die 1950er Jahre wie ein Klotz am Bein Haitis. 1904 weigerten sich die Behörden der Dritten Republik Frankreichs, an den Feierlichkeiten zum hundertjährigen Jubiläum der Unabhängigkeit des Karibikstaates teilzunehmen. Damit protestierte man gegen verspätete Schuldentrückzahlungen. 2004 entschied sich der damalige Präsident Jacques Chirac aus einem ganz anderen Grund, nicht an den Feierlichkeiten zum zweihundertsten Jahrestag teilzunehmen: Er befürchtete haitianische Entschädigungsforderungen. Wie wird sich Frankreich wohl beim dreihundertsten Jubiläum im Jahr 2104 verhalten?

Zeit für Rückzahlungen

Um die Tributzahlung von 1825 in einen äquivalenten Betrag für das Jahr 2025 umzurechnen, ist es am sinnvollsten, den entsprechenden Anteil des heutigen Nationaleinkommens Haitis heranzuziehen. Unter Berücksichtigung der Schuldenreduzierungen ergibt sich ein Betrag von mindestens 30 Milliarden Euro. Würde

man den ursprünglichen Betrag nicht an das nominale Wirtschaftswachstum, sondern an die durchschnittliche Kapitalrendite koppeln, wäre der Betrag sogar fünf- bis zehnmal höher! Die hier vorgeschlagene Minimal-Berechnung ähnelt derjenigen, die im oben genannten Robinson-Bericht von 2023 verwendet wurde.

Der Bericht kommt jedoch zu wesentlich höheren Gesamtbeträgen (mehrere Billionen Dollar an Post-Sklaverei-Reparationszahlungen für Frankreich und etwa 100 Billionen Dollar auf globaler Ebene). Dies liegt daran, dass er nicht nur den Tribut von 1825 berücksichtigt, sondern auch eine Schätzung aller Löhne, die Sklavenarbeitern vorenthalten wurden, sowie eine Bewertung des erlittenen Leids und Unrechts (als ein Betrag, der mit der Summe der Löhne vergleichbar ist). Dieser Ansatz ist durchaus vertretbar und wird im Bericht sehr klar erläutert.

Wir müssen derweil auch anerkennen, dass nicht alles mit expliziten Reparationszahlungen gelöst werden kann. Die Diskussion muss in eine allgemeinere Debatte über die Reform des internationalen Wirtschafts- und Finanzsystems und die Bewältigung der sozialen sowie Klima-Herausforderungen des 21. Jahrhunderts eingebettet werden. Genau dies geschieht im Robinson-Bericht. Der Fall Haiti rechtfertigt meiner Meinung nach eine direkte Wiedergutmachung und Rückzahlung, da es sich um gut dokumentierte zwischenstaatliche Zahlungspflichten handelte. Ganz grundsätzlich ist es aber wohl besser, einen universellen, zukunftsorientierten Gerechtigkeitsansatz vorzuziehen. Dieser müsste zu Summen führen, die mindestens so hoch sind wie diejenigen, die bei einer Entschädigung mit dem Ziel wiederherstellender Gerechtigkeit gezahlt würden.

Sicher ist, dass die westlichen Länder sich derartigen Debatten nicht mehr länger entziehen können – es sei denn, sie wollen sich dauerhaft vom Rest der Welt isolieren. ●



BIP: 338,2 Milliarden US-Dollar (2023)

Industrieanteil: 21,9 % (2023)

Durchschnittliches pro-Kopf Einkommen: 1.460 US-Dollar (2023)

Arbeitslosenquote: 8,5 % (2023)

Schuldenquote: 77,1 % (2023)

Pakistan zwischen Krieg, Klimawandel und Kapitalflucht

Pakistan befindet sich an der Schwelle eines Krieges mit Indien. Auch ökonomisch hat das Entwicklungsland große Turbulenzen hinter sich: Ein Schuldenschnitt würde helfen. Von **Patrick Kaczmarczyk**



Pakistan ist ein Land im Konflikt. Grenzschießungen, Sperrungen der Lufträume, diplomatische Ausweisungen und Raketenstarts folgten im

April dieses Jahres aufgrund wachsender Spannungen mit Indien. Im nordindischen Pahalgam wurde im April ein Anschlag verübt: Indien macht die pakistanische Terrorgruppe »The Resistance Front« verantwortlich. Anfang Mai folgten militärische Vergeltungsschläge von Indien, die von Pakistan erwidert wurden – bevor unter Vermittlung der USA eine brüchige Waffenruhe zustande kam. Die beiden

Nachbarländer stehen am Rand eines Krieges. Die Gesellschaft Pakistans ist relativ jung und vom Islam geprägt. Hochgebirge im Norden, trockene Plateaus im Westen, Reisfelder am Indus – das Land zeichnet sich durch eine große Weite aus. Doch Staat und Gesellschaft stehen unter enormem Druck – durch Machtkämpfe, ökonomische Ungleichheit und ethnische Brüche.

Instabile wirtschaftliche Entwicklung

Die Eskalation der politischen Spannungen kommt für Pakistan zu einer Zeit, in der es auch ökonomisch höchst turbulent zugeht.

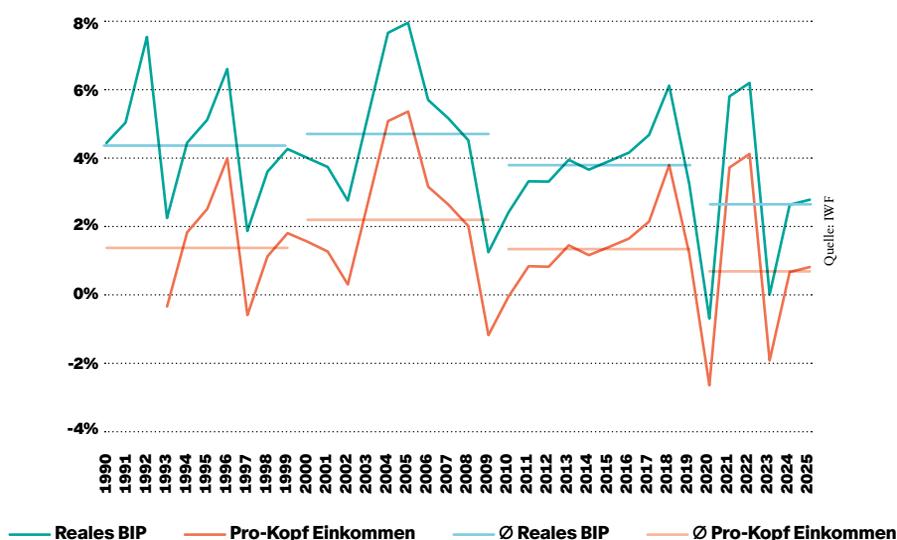
Wie in vielen Ländern des globalen Südens haben die vielfältigen Krisen der vergangenen Jahre – Umweltkatastrophen, eine Pandemie und der Ukrainekrieg – die ohnehin fragilen wirtschaftlichen Strukturen erschüttert.

Die pakistanische Wirtschaft stützt sich in erster Linie auf die Landwirtschaft, insbesondere den Anbau von Weizen, Reis, Zuckerrohr und Baumwolle. Letztere ist eng mit dem Textilsektor verknüpft, der den größten Teil der Exporte ausmacht und damit den wichtigsten Industriesektor des Landes stellt. Vor allem einfache Textilien und Bekleidung für den Weltmarkt sichern hier Millionen Arbeitsplätze – und mehr als ein Drittel (35 Prozent) der pakistanierten Textilexporte gehen in die EU.

Die Instabilität des pakistanierten Wachstumsmodells zeigt sich auch in dessen volatilen Wachstumsraten. Abbildung 1 veranschaulicht das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) für die Gesamtwirtschaft und auch pro Kopf, da das Bevölkerungswachstum die Interpretation der gesamtwirtschaftlichen Zahlen verzerren kann. Die Wachstumsraten gleichen in den vergangenen 30 Jahren einer wahren Achterbahnfahrt: Auf vereinzelte Jahre sehr hoher Wachstumsraten folgte in der Regel ein deutlicher Abschwung, bevor wieder ein kurzfristiger Boom einsetzte.

Auf und Ab ging und geht es auch bei der Inflation. Während die Preissteigerungen größtenteils zwischen 5 und 10 Prozent pro Jahr betragen, folgten in Zeiten globaler Krisen Inflationsraten von 20 Prozent oder gar 30 Prozent. Geschuldet ist dies der landwirtschaftlich

① BIP-Wachstum (1990–2025)



geprägten Wirtschaft, dem instabilen Wechselkurs und der hohen Anfälligkeiten für externe Schocks, wie durch die höheren Zinsen in den USA oder durch die Klimakatastrophen.

Die Investitionsquote blieb in dem Zeitraum für ein Entwicklungsland durchweg sehr schwach und bewegte sich zumeist um einen Wert von 15 Prozent des BIP. In der Folge konnte auch kein nachhaltiger Strukturwandel stattfinden. Die Wertschöpfungsanteile der drei wesentlichen ökonomischen Sektoren in Pakistan – Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen – haben sich in den vergangenen 30 Jahren kaum geändert: Der Anteil der Landwirtschaft sank zwischen 1990 und 2023 leicht von 28 auf 25 Prozent, der Anteil der Industrie stieg von 20 auf 22 Prozent und der Dienstleistungssektor blieb nahezu unverändert bei 52 bis 53 Prozent. In der Beschäftigungsstruktur hingegen fand ein gewisser Wandel statt: Während 1990 noch fast die Hälfte (46 Prozent) der Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig waren, fiel der Anteil bis 2023 auf 36 Prozent. Die Beschäftigten aus der Landwirtschaft sind zu ähnlichen Anteilen in die Industrie und in den Dienstleistungssektor abgewandert, wo es entsprechende Zuwächse gab.

Externe Abhängigkeiten

Die schwierigen Bedingungen auf der Angebotsseite treffen auf der Nachfrageseite (also der pakistanischen Importe) auf Abhängigkeiten bei industriellen Vorprodukten. Energie (Öl und LNG-Gas) macht mehr als ein Drittel der Importe aus, Maschinenbau und Chemieprodukte um die 12 Prozent der Importe. So entsteht eine höchst fragile Außenhandelsstruktur: Pakistan exportiert primär Güter mit geringer Wertschöpfung und importiert Rohstoffe und höherwertige Produkte. Das führt zu einer unausgeglichene und instabilen Handelsbilanz. Meist war diese in tiefroten Zahlen – in den vergangenen 20 Jahren oftmals zwischen 6 und 10 Prozent des BIP.

Teilweise ausgeglichen wurde die Handelsbilanz durch sogenannte Rücküberweisungen. Die pakistanische Diaspora, die größtenteils in den Golfstaaten einer Arbeit im Baugewerbe, Transportsektor oder im Dienstleistungsbereich nachgeht, schickt einen Teil ihres Gehalts an die in Pakistan verbliebene Familie zurück.

Das Ausmaß der Rücküberweisungen ist gewaltig. In Pakistan machten sie zuletzt zwischen 8 und 9 Prozent des BIP aus. Zum Vergleich: Bei Ländern mit einem vergleichbaren Einkommensniveau bewegen sie sich zwischen 4,5 und 5 Prozent des BIP. Die stabilisierende Wirkung dieser Kapitalströme für Pakistan sollte nicht unterschätzt werden. Allerdings haben die kurzfristig positiven Effekte langfristig nicht nur Vorteile. Die strukturellen Schwächen der pakistanischen Volkswirtschaft werden damit kaschiert, nicht

korrigiert. Zudem wird das Land stark abhängig von Kapitalflüssen aus dem Ausland, was ebenfalls Risiken und Instabilitäten mit sich bringt. Wenn eine Krise nämlich zuschlägt, sind die Migrantinnen und Migranten im Ausland diejenigen, die davon am stärksten betroffen sind. Wie die Daten zeigen, reichen die gigantischen Rücküberweisungen zudem nicht aus, um die Leistungsbilanz vollständig auszugleichen. Das bedeutet: Tendenziell steigt Jahr für Jahr die Verschuldung Pakistans gegenüber dem Ausland – wobei das Ausmaß der Defizite, wie die übrigen Indikatoren, einem Boom-and-Bust-Zyklus unterworfen ist.

Klimakrisen schlagen durch, der Ukraine-krieg gibt den Knockout

Die wirtschaftlichen Bedingungen waren aus all diesen Gründen höchst instabil, als die Polyrise der vergangenen Jahre zuschlug. Die Erschütterungen nahmen bereits vor der Covid-19 Krise zu: Die Leitzinserhöhungen der

Federal Reserve in den späten 2010er Jahren, die einen hohen Druck auf die Währungen von Entwicklungs- und Schwellenländern ausübten, sowie die zunehmenden Spannungen im internationalen Handel verlangsamten das BIP-Wachstum im Jahr 2019. Die ökonomischen Auswirkungen der Coronapandemie versetzten der Wirtschaft einen weiteren Schlag – und unter den Folgen des Ukrainekriegs und den Fluten 2022, die auf eine Dürre folgten, brach sie zusammen.

Um die ökonomischen Turbulenzen der vergangenen Jahre zu verstehen, führt vor allem am Ukrainekrieg kein Weg vorbei, denn dieser hatte nicht nur gravierende ökonomische, sondern auch politische Konsequenzen – die sich wiederum auf die Wirtschaft auswirkten. Der in Pakistan populäre Premierminister zu der Zeit, Imran Khan – ein ehemaliger Weltklasse-Cricketspieler und Kapitän der pakistanischen Nationalmannschaft –, bestand auf einer neutralen Haltung Pakis-

② Inflation (1990-2025)



③ Leistungs- und Handelsbilanz (in % des BIP)



tans gegenüber der russischen Invasion. Am 24. Februar 2022, dem Tag des russischen Einmarsches in der Ukraine, war er sogar auf dem Weg nach Moskau. Seine Haltung stieß im Westen, insbesondere in Washington, auf massive Kritik. Das renommierte Investigativmagazin *The Intercept* berichtete in der Folge über ein Gespräch zwischen US-Diplomaten und dem pakistanischen Botschafter, in dem ein Regierungswechsel gar als Voraussetzung für bessere Beziehungen genannt wurde. Auch das Militär in Pakistan, das eine traditionell wichtige Rolle spielt (und Khan bei seinem politischen Aufstieg gefördert hat), stellte sich offen gegen den außenpolitischen Kurs des Premierministers.

Im April 2022 wurde Imran Khan durch ein Misstrauensvotum aus dem Amt gehoben – Shehbaz Sharif, der Bruder des ehemaligen Premierministers Nawaz, übernahm. Eine der Dynastiefamilien saß somit wieder im politischen Sattel. Kahn hingegen warf sowohl dem Militär als auch den USA vor, ihn aus dem Amt geputzt zu haben – was beide Seiten abstritten. Die politische Unsicherheit befeuerte eine massive Kapitalflucht und eine Abwertung der pakistanischen Rupie, zog die Börse in den Keller, und trug zu einer höheren Inflation bei, was die Zentralbank mit Zinserhöhungen zu kontern versuchte.

Der IWF übernimmt, die Krise bleibt

Der Cocktail aus wirtschaftlicher Fragilität, ökonomischen Schocks und politischer Krise führte Pakistan wiederholt an den Rand des Zahlungsausfalls. Wie es in solchen Fällen bei Entwicklungs- und Schwellenländern die Regel ist, folgt der Gang zum Internationalen Währungsfonds (IWF). Dieser stellt dann Zugang zu Devisen (vor allem US-Dollar) im Gegenzug für marktliberale Reformen bereit.

Mit Pakistan hat der IWF bereits 2019 ein Programm über einen Kredit in Höhe von 6 Milliarden US-Dollar vereinbart. Premierminister Khan versuchte zwar, über Hilfe aus Saudi-Arabien, den Emiraten und China an Devisen zu kommen, doch letztlich blieb ihm nur der Gang nach Washington.

Oben: Pakistaner pumpen Wasser aus einem Brunnen.
Unten: Eine pakistanische Textilfabrik in Peschawar produziert für den globalen Markt.



Eine der wichtigsten Bedingungen des IWF waren neben der üblichen Austeritätsmaßnahmen, dass der Wechselkurs dem Markt überlassen und Energiesubventionen gestrichen werden sollten. Wie es bei dem Fonds üblich ist, wird die Kreditsumme in Tranchen ausbezahlt – und die häppchenweise Auszahlung wiederum hängt vom Fortschritt bei der Umsetzung des Programms ab. Im Laufe der Zeit ergab sich ein Streit zwischen dem IWF und Pakistan, da sowohl die Freigabe des Wechselkurses als auch die Streichung der Energiesubventionen die Lebenshaltungskosten massiv verteuert haben. Die Inflation schoss 2022 auf 20 Prozent – bei Nahrungsmitteln und Energie belief sie sich sogar auf 45 Prozent – und blieb 2023 bei über 30 Prozent auf hohem Niveau. Als Khan zur Linderung der sich verschärfenden Wirtschaftskrise die Subventionen Anfang 2022 wieder einführte, stellte der IWF die Auszahlungen im Rahmen des Kreditprogramms ein.



Der Cocktail aus wirtschaftlicher Fragilität, ökonomischen Schocks und politischer Krise führte Pakistan wiederholt an den Rand des Zahlungsausfalls.

Die Probleme jedoch konnten auf diese Weise nicht gelöst werden – im Gegenteil: Zu den wirtschaftlichen und politischen Turbulenzen kamen die verheerenden Fluten, die das Land im Sommer 2022 trafen. Angesichts der gravierenden Lage kündigte der IWF im August 2022 an, mehrere Milliarden US-Dollar des beschlossenen Programms freizugeben. Die Frage der Subventionen blieb dabei vorläufig ungeklärt, denn obwohl der neue Premierminister Sharif schmerzhaft Kürzungen im Haushalt durchgesetzt hat (was die Krise vertiefte), behielt er die Subventionen bei. Mit dem IWF wollte er das Programm neu verhandeln, da sich die Gemengelage seit 2019 deutlich verändert hatte.

Der Druck wuchs allerdings unter seiner Ägide beträchtlich; die Devisenreserven, mit denen Pakistan seine lebenswichtigen Importe bezahlen konnte, schmolzen dahin: Im Frühjahr 2022 lagen sie bei weniger als 10 Milliar-

den US-Dollar – was nicht einmal für die Importrechnung von 2 Monaten ausreichte. Im Februar 2023 waren nur noch weniger als 3 Milliarden US-Dollar vorhanden, was die Importe von lediglich drei Wochen gedeckt hätte. Der IWF gab daraufhin einen Notkredit von 3 Milliarden US-Dollar frei, was einen Zahlungsausfall im letzten Moment abwendete. Von Stabilität aber blieb weiterhin keine Spur.

Keine Besserung in Sicht

Im Jahr 2024 einigte sich Pakistan mit dem IWF schließlich auf einen 7 Milliarden US-Dollar Kredit, der die Regierung zu einem harschen Austeritätskurs zwang: Pakistan musste die ökonomischen Anreize in den Sonderwirtschaftszonen abschaffen, die auf eine robustere Industrialisierung abzielten. Hinzu kamen Steuererhöhungen für die Landwirtschaft und die arbeitende Mittelschicht, sowie eine Erhöhung der Energiepreise um 20 Prozent. Inner-

halb der fragilen Regierungskoalition stießen die Maßnahmen auf erheblichen Widerstand.

Kurzfristig gestärkt wurde die Umsetzung des Programms durch das pakistanische Militär, das sich hinter die Maßnahmen stellte, um einen Zahlungsausfall zu vermeiden. Doch während es fiskalische Reformen mitträgt, bleiben die eigenen wirtschaftlichen Interessen unangetastet – etwa Steuerprivilegien für militärnahe Unternehmen. Bereits 2021 beschrieb das UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) das weitverzweigte Geflecht von Militärfirmen als das »größte Unternehmenskonglomerat des Landes«.

Realitäten werden verleugnet

Die Regierung und das Militär bestehen darauf, dass das Programm des IWF »alternativlos« sei. Die neuen Maßnahmen sollen die Einnahmen stärken und für Wachstum sorgen – doch wie so oft liegt der IWF mit seinen Prognosen daneben.

Fakt ist, dass der Fonds der pakistanischen Regierung mit dem Programm mehr Zeit erkaufte. Allerdings wird diese zu Maßnahmen gezwungen, die die tiefgehenden, strukturellen Probleme des Landes nicht adressieren, sondern den Zahlungsausfall lediglich hinauszögern. Für einen Erfolg müssten nämlich die wichtigsten ökonomischen Parameter eine 180-Grad-Wende hinlegen. Doch wie das gelingen soll, bleibt unbeantwortet. In der Schuldentragfähigkeitsanalyse des IWF wird ein neues Wirtschaftswunder vorausgesagt, aber nicht begründet. Bereits in der Vergangenheit stellten sich dessen Einschätzungen über die Entwicklung der Schulden, der Zinsen und des Wachstums immer wieder als viel zu optimistisch heraus.

Auch die nackten Zahlen ohne Modellannahmen sprechen dafür: Dem Bedarf von jährlich 25 Milliarden US-Dollar, um die ausländischen Gläubiger zu bedienen und das

Leistungsbilanzdefizit zu finanzieren, stehen keine 10 Milliarden US-Dollar an Reserven gegenüber. Der neue Kredit von über 7 Milliarden US-Dollar ist nicht einmal ausreichend, um für die kommenden vier Jahre die Schulden beim IWF zu begleichen.

Die Zinszahlungen Pakistans belaufen sich auf mehr als 6 Prozent des BIP – mehr als in nahezu jedem anderen Land der Welt. Die Schuldentilgung nimmt sagenhafte 65 Prozent der Staatseinnahmen in Anspruch. Für Bildung, Gesundheit und Soziales bleibt da schlicht kein Geld übrig. In der Folge wird dem Land die Zukunft geraubt: 40 Prozent der Kinder unter fünf Jahren sind körperlich unterentwickelt, 26 Millionen Kinder besuchen keine Schule. Wie soll sich ein Land angesichts solcher Zahlen und Refinanzierungskosten mit mehr Sparpolitik aus der Krise kämpfen?

Düstere Perspektiven

Ein Schuldenschnitt, der wegen der hohen Auslandsverschuldung Pakistans gegenüber China und einigen arabischen Staaten politisch nicht einfach, aber ökonomisch absolut notwendig wäre, müsste ebenso angegangen werden wie die Frage, wie die Politik ihre wirtschaftspolitischen Spielräume erweitern könnte. Sofern Pakistan sich selbst überlassen und die wirtschaftliche Lage durch drakonische Sparprogramme verschlimmert wird, wird es für die Menschen immer schwieriger, ihr Recht auf ein Leben in Freiheit und Stabilität zu verwirklichen. Deutlich wurde dies in den vergangenen Monaten, wo das Militär immer weitere Teile der Wirtschaft für sich vereinnahmte. Armeechef Asim Munir nutzt die wirtschaftliche Stabilisierung zunehmend für die Öffentlichkeitsarbeit des Militärs, wobei der offiziell regierungsnah, in der Praxis aber von ihm mitgesteuerte Special Investment Facilitation Council (SIFC) eine zentrale Rolle spielt.

Über den SIFC steuert das Militär heute milliardenschwere Großprojekte – etwa das umstrittene Kanalsystem zur landwirtschaftlichen Erschließung von Wüstengebieten in Ostpakistan, das rund 720 Millionen US-Dollar kostet und ausländische Investitionen anziehen soll. Der federführende Betreiber und Nutznießer des Projekts: Green Pakistan, ein Agrarkonzern unter militärischer Leitung. Auch darüber hinaus durchdringen die Streitkräfte zunehmend zivile Bereiche: Sie kontrollieren die nationale Bevölkerungsregistrierung, das Anti-Korruptionsbüro sowie Steuerreformkommissionen und Einheiten zur Neuverhandlung von Energieverträgen.

Politisch, gesellschaftlich und ökonomisch nutzt das Militär in Pakistan somit die Krise, um die eigene Machtbasis auszuweiten. Der Demokratie sowie der wirtschaftlichen Entwicklung in dem Land hat dies bereits nachhaltige Schäden zugefügt. Im Konflikt mit Indien hingegen liefert die instabile wirtschaftliche und politische Lage dem pakistanischen Militär erhebliche Nachteile – denn sofern der Krieg weiter eskalieren sollte und sich auf die Wirtschaft durchschlagen würde, geriete auch die Lebenslinie zu den IWF-Krediten und Devisen in Gefahr.

Wie auch immer der Konflikt weitergehen wird: Es spricht derzeit wenig dafür, dass die Menschen in Pakistan in naher Zukunft wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Stabilität werden genießen dürfen. ●

PATRICK KACZMARCZYK ist Ökonom an der Universität Mannheim und Redakteur bei Surplus. Zuletzt war er Leiter für volkswirtschaftliche Grundsatzfragen beim Wirtschaftsforum der SPD und UNO-Berater.

Pakistan einigte sich mit dem IWF auf einen Kredit von 7 Milliarden US-Dollar, der das Land zu einem harten Austeritätskurs zwang.

Nahe dem Dorf Ayubia sitzen zwei Frauen auf Felsbrocken, während daneben eine Ziegenherde grast.



Impressum

Schließe jetzt ein Abonnement ab!

Surplus ist das Wirtschaftsmagazin, das sich um die Interessen der großen Mehrheit und nicht die der Reichsten dreht. Dafür bringen wir weltweit führende ökonomische Denkerinnen und Denker zusammen.



- Alle zwei Monate das Print- und Online-Magazin
- Regelmäßig neue Video- und Podcastformate
- Täglich exklusive Texte, Kolumnen und Analysen

120€ pro Jahr (DE)
12€ pro Monat (DE)

www.surplusmagazin.de

ISBN: 978-3-69151-001-0

VERLAG
Brumaire Verlag GmbH
Portal 1a, Erkelenzdamm 59-61
10999 Berlin

© 2025
Surplus Magazin GmbH
c/o Brumaire, Portal 1a
Erkelenzdamm 59-61
10999 Berlin, Deutschland

GESCHÄFTSFÜHRUNG
Ole Rauch, Lukas Scholle

V.I.S.D.P.
Lukas Scholle (Chefredakteur)
scholle@surplusmagazin.de

CREATIVE DIRECTOR
Markus Stumpf
stumpf@surplusmagazin.de

FREIE MITARBEIT (DESIGN)
Cristina Zickert

KORREKTORAT
Marlen van den Ecker

KONTAKT ZUR REDAKTION
redaktion@surplusmagazin.de

KONTAKT ZUM ABO-SUPPORT
support@surplusmagazin.de

ANZEIGEN/WERBUNG
rauch@surplusmagazin.de

MEDIADATEN
www.surplusmagazin.de/mediadaten

BILDRECHTE: Cover © Surplus, S. 4-8
© Maïscha Souaga, S. 10 © Liga fuer
unbezahlte Arbeit, S. 11 © Surplus,
S. 12 © Jonas Mertens, S. 13 © Gudrun
Senger, S. 14 © IMAGO / imagebroker,

IMAGO / Gerhard Leber, IMAGO /
imagebroker, S. 15 © XXX, S. 16
© IMAGO / imagebroker, IMAGO /
Funke Foto Services, S. 17 © Øyvind
Holmstad, S. 18-23 © Jonas Mertens,
S. 20 © XXX, S. 24 © Bundesinstitut
für Bevölkerungsforschung, S. 24-25
© Jonas Mertens, S. 26-27 © Cristina
Zickert, S. 28 © Creativ Studio Heine-
mann, S. 30 © University of Chicago,
S. 31 © Creativ Studio Heinemann,
S. 32 © Marta Jara, S. 35 © IMAGO
/ H. Tschanz-Hofmann, Hans Sebald
Beham, IMAGO / imagebroker, S. 36
© IMAGO / UIG, S. 37 © Surplus,
S. 39-41 © Erii Grünzweil, S. 42-43
© IMAGO / Panthermedia, S. 44-45
© IMAGO / sepp spiegel, S. 46 © Sur-
plus, S. 47 © Global Climate Forum,
S. 50 © IMAGO / ABACAPRESS, S. 50-
54 © Surplus, S. 55 © Zane Zlemeša,
S. 56 © IMAGO / EI Mundo, IMAGO /
KHARBINE-TAPABOR, S. 58 © Surplus,
S. 61 © IMAGO / Middle East Images,
IMAGO / Xinhua, S. 63 © IMAGO /
Middle East Images

DRUCK
Druckhaus Sportflieger GmbH, Berlin

VERSAND
Heftwerk / OML GmbH & Co. KG, Berlin

VERTRIEB
PressUp GmbH, Hamburg

VERLAG
www.brumaireverlag.de



Wöchentlich neue
Videointerviews zu
aktuellen Fragen
mit **Adam Tooze** und
Isabella Weber



Jetzt auf YouTube und Spotify abonnieren





»Freedom is the by-product of economic surplus.«

Aneurin Bevan

- Alle zwei Monate als Print- und Onlinemagazin
- Regelmäßig neue Video- und Podcastformate
- Täglich exklusive Texte, Kolumnen und Analysen

**Jetzt kostenlos
für eine Woche testen!**



surplusmagazin.de